Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 51. | Dresden, Freitag den 4. März 1910. | 21. Jahrg.

Industrielle Revolutionen.

Die moderne Industrie, schreibt Karl Marx im „Kapital", betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Hand in Hand mit der Konzentration der Betriebe entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel und die Oekonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit. Alle die revolutionären Vorgänge in der Produktion zielen darauf hin, die produktive Kraft zu steigern, um mit Hilfe von Naturkräften das höchste Maß von Produkten erzeugen zu können, wodurch den Kapitalisten höhere Profite erwachsen. Aber sie haben auch zur Folge, daß damit alle Vorbedingungen einer sozialistischen Produktionsweise entwickelt werden, daß überhaupt erst die Möglichkeit gegeben wird, die Menschen von der Arbeit wesentlich zu entlasten, durch Verkürzung der Arbeitszeit, und trotzdem jenen Reichtum an Gütern herzustellen, der erforderlich ist, um allen Mitgliedern der Gesellschaft einen hohen Wohlstand verbürgen zu können. Heute kommt der vermehrte Reichtum durch erhöhte Güterproduktion nur einer kleinen Klasse von Menschen zugute. Aber um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen und ein Gleichgewicht herbeizuführen, vollzieht sich auf der Basis der ökonomischen auch die politische und soziale Revolution, die vom Proletariat getragen und deren Endresultat der Sozialismus sein wird. Bisher war es vor allem die Dampfkraft, welche die Form des Produktionsprozesses ständig revolutionierte. Jedoch das „Zeitalter des Dampfes" ist bereits überwunden, die Elektrizität, erzeugt ohne Aufwand von Kohlen durch Wasserkräfte und in der Produktion selbst frei werdende Gase —, hat ihre Laufbahn begonnen, und sie wird, wie ein soeben erschienenes interessantes Buch über die „Elektrizität als Triebkraft"* zeigt, eine gänzliche Umgestaltung in den Produktionsformen und vor allem eine gewaltige Entwicklung der kooperativen Form des Arbeitsprozesses zur Folge haben.

Unter der Ausnützung der Dampfkraft entwickelte sich der Großbetrieb, die Anwendung der elektrischen Energie als Triebkraft führt zu ganz neuen Zusammenschlüssen und damit zu einer ganz außerordentlichen Steigerung der Produktivität in der Industrie. Bisher wurde die Elektrizität zu industriellen Zwecken meistens noch in Einzelanlagen erzeugt, die nach einer Schätzung von Dettmar 5,1 Millionen Pferdekräfte lieferten, während aus öffentlichen Elektrizitätswerken in Deutschland im Jahre 1909 für feststehende Motoren erst [illegible] Pferdekräfte bezogen wurden. Sowohl der Eigenbetrieb als auch die kleineren und mittleren Zentralkraftanlagen sind aber bereits unrentabel geworden. Denn die großen Zentralkraftanlagen können selbst bei Erzeugung der Elektrizität durch Kohle die Energie um 50 Prozent und mehr billiger herstellen, als es der Einzelbetrieb oder eine kleine Kraftzentrale vermag. Die Herstellungskosten des elektrischen Stroms waren bisher viel zu groß, als daß die Entwicklung hätte rascher vor sich gehen können. Dies wird nun anders werden. Die Ausnützung der Wasserkräfte durch riesige Kraftanlagen, die ein ganzes Land mit Energie versorgen können, wird den Strompreis außerordentlich billig machen und große Umwälzungen in der Produktion bewirken. Aber auch die Errichtung der großen Elektrizitätswerke bei den Gruben wird den gleichen Erfolg erzielen. Denn auch hier wird die elektrische Kraft bereits ohne Aufwand von Kohle erzeugt. Dies geschieht nämlich durch die Ausnützung der riesigen Menge Gase, die bei der Koks- und Eisenproduktion frei werden und die, in elektrische Energie umgewandelt, den eigenen Bedarf der Betriebe weit übersteigen. Um was für gewaltige Mengen es sich handelt, hat Dr. Hoffmann berechnet. Danach sind aus der deutschen Koksproduktion rund 600 000 Pferdestärken, aus der deutschen Eisenproduktion sogar 1 Million Pferdestärken mittels der Abfallgase zu gewinnen, wovon auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk 800 000 ständige Pferdestärken entfallen. Diese machen fast die Hälfte der Kraft aus, die im Jahre 1907 in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg mittels Dampfkraft gewonnen wurde. Professor Ballod meint, man könne in Anbetracht des raschen Vordringens der Gasmaschinen sogar fragen, ob wir nicht einem Zeitalter der „Dampfesdämmerung" entgegengehen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Eisenindustrie allein mittels des durch die Abgase erzeugten elektrischen Stroms in der Lage sei, nahezu ¾ Million ständige Pferdestärken an andere Industrien abzulassen, wodurch sechs bis sieben Millionen Tonnen Kohlen zu sparen seien. „Die genannten ¾ Millionen Pferdestärken entsprechen nahezu den [illegible] Millionen Pferdestärken wirklich ausgeübter Leistung der Maschinen, die in Preußen 1904 in allen Industriezweigen, abgesehen von der Bergwerks- und Eisenindustrie, überhaupt in Betrieb waren. Die außerhalb der Montanindustrie vorhandenen Maschinen sind eben noch nicht die halbe Tageszeit in Betrieb."

Die Gruben und Hüttenwerke gewinnen also bei der Herstellung ihrer Produkte, Koks und Eisen, gleichzeitig nicht nur die Kraft für den eigenen Betrieb, sondern noch mehr. Die Zeche Rheinpreußen z. B. hat über ihre fünf linksrheinischen Schächte ein gemeinsames Kabelnetz gespannt; mittels ihres Gasüberschusses vermag sie fortlaufend 17 000 Pferdestärken zu erzeugen, während der Eigenbedarf 10 000 Pferdestärken nicht übersteigt. Den Energieüberschuß gibt die Zeche an die Städte Krefeld und Homberg ab. Interessant ist die Gestaltung der großen Kraftzentralen aus diesem Zustand. Das große Elektrizitätswerk in Essen hat bereits Gegenseitigkeitsverträge mit der Firma Krupp und einer großen Reihe von Gruben, dahingehend, daß diese Werke in Zeiten stärkeren Bedarfs an Strom, den die Werkzentralen nicht zu erzeugen in der Lage sind, Energie aus dem Essener Werk beziehen, während sie ihre überschüssigen Strommengen in das Netz des Essener Werks schicken. Dr. H. Hoffmann vergleicht diesen Kraftverkehr mit dem Geldverkehr, wie ihn ein Bankhaus vermittelt, und nennt deshalb das Essener Werk einen „Elektrizitätsbankier". Die Entwicklung im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk treibt nun dahin, aus dem ganzen Industriebezirk eine einzige Kraftzentrale zu bilden, die alle überschüssige Kraft sammelt, um sie wieder auf das vorteilhafteste auszunutzen und von der aus die Elektrizität in alle Nachbargebiete verteilt wird. Da nicht nur private Unternehmer, sondern vor allem die Kommunen und auch der Staat sowohl als Konsumenten wie als Produzenten in Betracht kommen, so bringt diese Zentralisation gleichzeitig auch eine enge Verbindung staatlicher, kommunaler und privatkapitalistischer Produktion, deren Entwicklungsausgang eine Vergesellschaftlichung der gesamten Betriebe wird sein müssen.

* Dr. P. Gilles. Die Elektrizität als Triebkraft in der Großindustrie und die Frage der Kraftversorgung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Berlin 1910. Verlag von R. Trenkel.

Die preußische Wahlrechtsvorlage.

In einer einzigen Sitzung hat am Donnerstag die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses die zweite Lesung der elenden Flick- und Scheinreformvorlage durchgeführt. Die Majoritätsparteien haben es sehr eilig, sie möchten die ganze Sache so rasch wie möglich fertig bekommen, um den Protesten der Bevölkerung aus dem Wege zu gehen. Sie bilden sich ja auch ein, daß sie durch Erledigung dieser Bethmannschen Vorlage der Wahlrechtsbewegung des Volks ein Ende bereiten können, worin sie sich freilich gründlich täuschen werden. Jedenfalls beweist die emsige Eile, „fertig zu werden", wie sehr die konservativen und klerikalen Beutemacher von Pein und Verlegenheit geplagt sind.

Die Verhandlungen in der zweiten Lesung bestätigten die Tatsache, daß zwischen Konservativen und Zentrum ein vollständiger Pakt abgeschlossen ist. Das Zentrum bringt die fabelhaft freche Teufelei fertig, sich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen „prinzipiell" zu erklären und zugleich sich mit den Konservativen, den Todfeinden der geringsten Wahlrechtsverbesserung, zu verbünden. Das ist ein politisches Kunststück, wie es so frivol die abgefeimte Partei der Jesuiterei noch nicht fertig gebracht hat.

Die Nationalliberalen andrerseits haben ihre Zustimmung zu den konservativ-klerikalen Abmachungen in der zweiten Lesung nicht gegeben. Sie haben einige Bedingungen gestellt. Sie forderten in erster Linie die direkte Wahl, wie sie die Regierungsvorlage vorgeschlagen hatte. Aber die konservativ-klerikale Majorität wollte diese Gefälligkeit nicht erweisen, so daß die Nationalliberalen bisher in der „Opposition" blieben. Diese Opposition ist nun auch danach. Das Verhalten der Nationalliberalen ist jetzt noch viel jammervoller als bei der vorjährigen Reichssteuergesetzgebung. Durch die nationalliberale Elendigkeit wird erst die Zentrumsfrivolität ermöglicht. Nur weil die Nationalliberalen sich gegen das gleiche Wahlrecht, gegen die Beseitigung der Klassenwahl erklärt haben, hat das Zentrum den Vorwand gefunden, für das gleiche Wahlrecht sei doch keine Mehrheit zu erreichen, also müsse es mit den Konservativen gehen. Es wäre eine schwierige Preisfrage, zu entscheiden, welche von diesen beiden Parteien, ob Zentrum oder Nationalliberale, die Höchstleistung im Verrat der Volksrechte und Volksinteressen vollbringt!

* * *

Ueber den wesentlichen Gang der Beratungen in der Kommission am Donnerstag wird uns berichtet:

§ 4 lautet nach den Beschlüssen der ersten Lesung: „Die Abgeordneten werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Wählern in Stimmbezirken gewählt. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt mittels verdeckter Stimmzettel." Die Konservativen beantragen die öffentliche Wahl auch für die Wahlmännerwahl. Der Minister des Innern erklärte, der Standpunkt der Regierung sei nicht zweifelhaft, sie bleibe stehen bei der Vorlage (öffentliche Wahl) und deren Begründung.

Die Vertreter der Nationalliberalen, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Polen sprachen sich für die geheime Abstimmung aus. Die Freikonservativen erklärten sich für die Wiederherstellung der öffentlichen Wahl. Der Vertreter der Konservativen bestreitet, daß die Mehrheit der Wähler im Lande für das geheime Wahlrecht sei. Dagegen liefert ein freisinniger Redner statistisch den Nachweis, daß die Wahlkreise der Konservativen 14 Millionen Einwohner umfassen, dagegen diejenigen der für die geheime Wahl eintretenden Parteien 23 Millionen Einwohner.

Bei der Abstimmung wird der konservative Antrag auf Wiederherstellung der öffentlichen Abstimmung auch bei den Wahlmännerwahlen mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Zum § 4 liegt weiter der nationalliberale Antrag auf Einführung der direkten Wahl vor. Die Freisinnigen beantragen, dem § 4 einen längeren Zusatz zu geben, durch den die geheime Abstimmung durch ähnliche Einrichtungen, wie sie für die Reichstagswahl bestehen: Ausgabe amtlicher Stimmzettel, Errichtung von Isolierräumen, Bereithaltung amtlicher Wahlurnen usw., geschützt werden soll. Ein nationalliberaler Abgeordneter führte aus, daß die Verbindung der geheimen Abstimmung mit der indirekten Wahl außerordentlich schwer durchführbar sei. Wer für das geheime Wahlrecht bei den Landtagswahlen eingetreten sei, habe an der ganz selbstverständlichen Voraussetzung festgehalten, daß die direkte Wahl hinzutrete.

Gegen den freisinnigen Antrag wandte sich ein konservativer Abgeordneter. Es sei nicht nötig, daß man in Preußen alles dem Reiche nachmache. Andere Bundesstaaten hätten ebenfalls die geheime Abstimmung eingeführt, ohne deswegen den Isolierraum und amtliche Wahlkuverts miteinzuführen. Die für das Reich geschaffenen Einrichtungen seien in weiten Wählerkreisen unpopulär.

Der Minister spricht den Wunsch aus, die Kommission möge die von der Regierung vorgeschlagene direkte Wahl wieder herstellen. Gerade in der direkten Wahl sehe die Regierung einen wesentlichen Fortschritt des Wahlrechts.

Ein Zentrumsabgeordneter betonte, daß die geheime Wahl für das Zentrum so wichtig sei, daß man dafür die direkte Wahl opfern könne. Beides zu erreichen sei nicht möglich. Der freisinnige Antrag gehöre in das Wahlreglement.

Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, seine Partei werde gegen das Kompromiß stimmen, unabhängig davon, ob die nationalliberalen Anträge auf Abschwächung des Charakters der indirekten Wahl angenommen würden oder nicht. Wenn die Konservativen gegen den freisinnigen Antrag stimmten, so wahrten sie nur ihr Parteiinteresse. Wer den Wählern wirklich Wahlfreiheit geben wolle, müsse diesem Antrag zustimmen.

Es wurde hierauf beschlossen, die Beratung über diesen Punkt zu verbinden mit dem von der Kommission in erster Lesung neu beschlossenen § 16a: „Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Stimmbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilung gewählt." Hierzu beantragten die Nationalliberalen, daß die Wahlmänner nicht den einzelnen Stimmbezirken angehören müssen, sondern aus dem ganzen Wahlkreise genommen werden können, während das Zentrum prinzipaliter forderte, daß, falls die Gemeinde aus mehreren Stimmbezirken besteht, die Wahlmänner aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler der Gemeinde zu entnehmen sind; ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so werden die Wahlmänner in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Wahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilung gewählt. Der Redner der Konservativen erklärte: Wenn er auch noch keine absolut sichere Erklärung abgeben könne, so scheine seiner Partei der Zentrumsantrag der bessere zu sein. Der nationalliberale Antrag gehe zu weit und würde von seinen Freunden abgelehnt werden. Ein nationalliberaler Abgeordneter erwiderte, daß seine Partei in erster Lesung nur mit Vorbehalt für das Kompromiß gestimmt hätte. Sie wollten damals zunächst einmal die geheime Wahl sichern, hätten aber im übrigen ausdrücklich betont, daß sie erst dann definitiv für die Verbindung der indirekten und geheimen Wahl stimmen würden, wenn die indirekte Wahl wesentlich geändert würde. Daran hielten sie auch jetzt noch fest. Der Zentrumsantrag aber bleibe weit zurück hinter dem, was das Zentrum selber angeregt habe. Auf dem Lande, namentlich im Osten, sei es schwer, liberale Wahlmänner zu finden. Deshalb müsse der Bezirk, aus dem der Wahlmann genommen würde, wesentlich erweitert werden. Ein Zentrumsredner betonte demgegenüber, daß es notwendig sei, eine große Mehrheit für die Vorlage zusammenzubringen. Bleibe eine erhebliche Minderheit in der Opposition, so werde sie den Kampf um das Wahlrecht weiterführen, den man zu einem gewissen Abschluß bringen wolle. Die Nationalliberalen forderten aber vom Zentrum für ihre Zustimmung zu dem Kompromiß Abänderungen, die seine Partei nicht annehmen könne, wie insbesondere die Beseitigung der Dritteilung in dem Wahlbezirk.

Der Vertreter der Freikonservativen erklärte es für notwendig, daß eine möglichst große Mehrheit für das Gesetz geschaffen werde. Die Wahl durch den ganzen Wahlkreis beseitige aber den bisherigen Charakter des Wahlmannes. Ein freisinniger Redner sprach sich für den ersten nationalliberalen Antrag aus, daß die Wahlmänner dem ganzen Wahlkreis entnommen werden können. Der Zentrumsantrag, daß der Wahlmann der Gemeinde angehören müsse, bedeute nichts anderes, als den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. In den östlichen Provinzen fielen die Gemeinden mit den Urwahlbezirken vielfach zusammen. In demselben Sinne sprach sich der sozialdemokratische Vertreter aus.

Bei der Abstimmung wurde der erste Teil des nationalliberalen Antrags, der dahin geht, daß die Wahlmänner dem ganzen Wahlkreis entnommen werden können, mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Zentrumsantrag, wonach der Wahlmann der betreffenden Gemeinde angehören muß, wurde mit den 20 Stimmen der Konservativen, der Freikonservativen, des Zentrums und der Polen gegen die 8 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Der Antrag der Nationalliberalen auf Wiedereinführung der direkten Wahl wurde gegen die 9 Stimmen der Nationalliberalen, der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt, ebenso der freisinnige Antrag auf Sicherung des Wahlgeheimnisses. Der § 4 wurde darauf mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen. Gegen ihn stimmten außer den Parteien der Linken die beiden Freikonservativen, die grundsätzliche Gegner der geheimen Wahl sind.

§ 5 wurde dann gegen die 9 Stimmen der Linken angenommen.

§ 6 bestimmt, daß die Wähler in der Art in drei Abteilungen eingeteilt werden sollen, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt. Hierzu beantragten Freikonservative und Nationalliberale, die Dritteilung in den Stimmbezirken zu beseitigen und dafür die Dritteilung durch die ganze Gemeinde einzuführen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Weiter wollen die Nationalliberalen vorschreiben, daß jedem zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagten Wähler an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 5 M. statt wie bisher 3 M. anzurechnen ist. Ein Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß statistische Unterlagen für die Erhöhung des Satzes von 3 auf 5 M. nicht vorliegen, wohl aber solche für eine Erhöhung auf 4 M. Dies sei tolerabel und ergebe eine Abschwächung des plutokratischen Charakters. Von konservativer Seite wurde beantragt, den fingierten Satz von 3 auf 4 M. heraufzusetzen. Das Zentrum erklärte, daß es für den Satz von 5 M. stimmen würde; aber es sei zu befürchten, daß die Konservativen dann gegen die Wertzählung eintreten würden, an der dem Zentrum sehr viel gelegen sei. Das Zentrum wolle aber etwas zustande bringen, und deswegen könne es sich nicht darauf einlassen, mit den Nationalliberalen eine andere Mehrheitsbildung herbeizuführen. Nur wenn man mit den Konservativen zusammen das Gesetz mache, sei zu hoffen, daß es auch durchgehe. Ein Nationalliberaler stellte darauf fest, daß das Zentrum sich nicht durch sachliche, sondern durch rein taktische Erwägungen leiten lasse.

Bei der Abstimmung wurde der freikonservative Antrag auf Drittelung im ganzen Wahlbezirk gegen die acht Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt, ebenso der nationalliberale Antrag auf Erhöhung des fingierten Steuersatzes auf 5 M. mit 19 gegen 9 Stimmen. Dagegen wurde der konservative Antrag, den Satz auf 4 M. zu erhöhen, einstimmig angenommen. Darauf gelangte der ganze § 6 mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums zur Annahme.

Zu § 7, der die Einteilung der Wähler in die Wahlabteilungen festsetzt, liegt ein nationalliberaler Antrag vor, wonach die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß. Die Freisinnigen beantragten, der ersten Abteilung zwei Zehntel, der zweiten drei Zehntel der Wähler zuzuweisen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Zu § 8, der von der Privilegierung handelt, lag eine Reihe von Anträgen vor, welche einer Anzahl sogenannter „Kulturträger" ein höheres Stimmrecht zuteilen wollen, nachdem die dahingehenden Vorschriften der Regierungsvorlage in erster Lesung gänzlich gefallen waren. Konservative, Nationalliberale, Zentrum stellten verschiedene Bedingungen für die Privilegierung auf. Aus der langen Debatte sei hervorgehoben, daß ein konservativer Redner erklärte, er hoffe, daß, wenn heute nichts zustande komme, sich im Plenum hinsichtlich dieser Frage ein Kompromiß ergeben werde.

Die Abstimmung ergab **die Ablehnung sämtlicher gestellten Anträge**; danach bleibt es bei der Privilegierung nur auf Grund der Steuerleistung.

Zu § 17, für welchen in erster Lesung beschlossen war, in Zukunft die Wahlmänner nur noch in der Form der Friswahl vorzunehmen, beantragten die Konservativen, daneben die Terminswahl zuzulassen. Der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

§ 21a handelt von der Wahl der Abgeordneten. Die Freisinnigen beantragten auch für diese Wahl geheime Wahl. Der Antrag wurde mit allen gegen die 8 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten **abgelehnt**, nachdem ein konservativer Redner erklärt hatte, daß für seine Partei das Gesetz mit der geheimen Abstimmung der Wahlmänner unannehmbar sei. Die übrigen Paragraphen wurden unverändert angenommen.

Vor der definitiven Abstimmung erklärte ein Vertreter der Konservativen, daß seine Partei den Beschlüssen des Kompromisses nur mit allem Vorbehalt zugestimmt habe. Die Abstimmung hier in der Kommission lasse der Fraktion und jedem Mitglied derselben im Plenum volle Freiheit. Es seien verschiedene Bestimmungen angenommen worden, wegen deren es durchaus fraglich sei, ob die Fraktion in der Gesamtabstimmung für das Gesetz werde stimmen können.

Ein freikonservativer Redner führte aus, seine Freunde neigten der Kombination der geheimen Wahl mit der indirekten Wahl zu. Zweifelhaft sei es, ob aber seine Partei für dieses Gesetz stimmen könne. Jedenfalls lehne sie heute die Zustimmung ab, nachdem aus dem Gesetz die Terminswahl völlig beseitigt, eine Lücke hinsichtlich der Privilegierung der Bildung entstanden und die Drittelung in den Urwahlbezirken beibehalten sei.

Ein Zentrumsredner sah in den zustande gekommenen Beschlüssen eine Verbesserung des bestehenden Gesetzes. Die Vertreter des Zentrums würden für das Gesetz stimmen, ohne die Fraktion zu präjudizieren.

Im Gegensatz dazu erklärte ein nationalliberaler Redner, daß seine Freunde die jetzige Vorlage ablehnen müßten, allerdings auch ohne die Fraktion zu präjudizieren. Auch die Vertreter der Sozialdemokraten und der Polen erklärten ihre ablehnende Haltung. Ein freisinniger Redner betonte, was hier zustande gekommen sei, sei so beschaffen, daß die Freisinnigen es als eine irgendwie in Betracht kommende Abschlagszahlung nicht betrachten können.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Deutschkonservativen und das Zentrum.

Die Kommission wandte sich sodann der Beratung der Resolutionen zu. Die von sozialdemokratischer Seite beantragte Resolution, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem System der Verhältniswahl für alle Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts, sowie eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise nach jeder Volkszählung fordert, wurde gegen die Stimme des Sozialdemokraten, einige weitere Resolutionen, die sich auf Aenderung der Landtagswahlkreise beziehen, gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. In der Debatte hierüber betonte der sozialdemokratische Redner: Seine Freunde würden **die Wahlbewegung nicht zur Ruhe kommen lassen**, ehe nicht ihren Forderungen Rechnung getragen worden sei. Ein Redner des Zentrums wandte sich dagegen, die Frage der Neueinteilung der Wahlkreise mit dieser Vorlage zu verquicken. Die Zahl der Bevölkerung sei nicht der maßgebende Faktor für die Wahlkreiseinteilung. Ein freikonservativer Redner lehnte alles das ab, was darüber hinausgehe, starke Mißstände wegzuräumen. Ein nationalliberaler Redner betonte, daß seine Partei niemand etwas nehmen wolle. Aber denjenigen Wahlkreisen, die über Gebühr in ihrer Bevölkerung gewachsen seien, müsse eine weitere Vertretung eingeräumt werden. Ein konservativer Redner meinte: Die Erklärung des sozialdemokratischen Vertreters sei belehrend für die Staatsregierung. Sie möge daraus entnehmen, daß sie nicht in der Lage sei, mit Wahlrechtsvorlagen die Bevölkerung in den Großstädten zur Ruhe zu bringen. Ein nationalliberaler Redner führte aus, es habe ohnehin festgestanden, daß die Sozialdemokraten durch ein von der Regierung eingebrachtes Wahlgesetz nicht zur Ruhe gebracht würden. Was aber die Konservativen mit dem Zentrum geleistet hätten, sei ungenügend für die Parteien, von den Freikonservativen bis zu den Freisinnigen, so daß neben den sozialdemokratischen Wählern **auch die Wähler dieser Parteien nicht beruhigt und befriedigt würden.**

Der Wahlrechtsspaziergang.

Durch ihren ausgezeichneten Einfall, die Versammlung der Berliner Wahlrechtsfreunde im Treptower Park zu verbieten, hat die Polizei glücklich erreicht, daß sich alle Kreise der Berliner Bevölkerung sehr lebhaft mit den bevorstehenden Demonstrationen beschäftigen und dem kommenden Sonntag mit größter Spannung entgegensehen.

Nach den großen Straßendemonstrationen unter den Fenstern Wilhelms II. hätte eine genehmigte Versammlung draußen vor den Toren der Stadt wohl auch keine Steigerung bedeutet. Die Polizei, hilfreich und bereitwillig wie immer, hat aber durch ihre Maßnahmen dafür gesorgt, daß der nächste Wahlrechtssonntag zum ausschließlichen Gesprächsstoff der Reichshauptstadt geworden ist.

Allgemein fragt man sich, wie sich nun die Behörden gegenüber der Ankündigung des Vorwärts weiter verhalten werden. Werden sie den Treptower Park nun von Infanterie umzingeln lassen und in der Mitte Artillerie aufstellen, damit dieser der Stadt gehörige Erholungsort vor politisch verdächtigen Spaziergängern gesichert wird? Sie würden damit natürlich nur erreichen, daß die Massen der Spaziergänger in das Innere der Stadt gedrängt würden, also dahin, wo man sie am allerwenigsten haben will.

Die Kreuzzeitung, die noch immer nicht begreift, in welche Blamage sie und ihre agrarische Kollegin die Polizei hineingehetzt hat, kreischt wie besessen:

> Die Umsturzführerschaft scheint sich in dem Wahne zu bewegen, für die Revolution ohne Barrikade, in deren Anfängen wir uns tatsächlich befinden, eine neue Form gefunden zu haben. Sie wird sich täuschen.

Wer sich täuscht, wird man ja am nächsten Sonntag sehen. „Revolution ohne Barrikade" ist übrigens ein gutes Wort, das dankend akzeptiert wird.

Die Deutsche Tageszeitung ist sehr ungehalten darüber, daß man in Kassel, Solingen und Essen den „sozialdemokratischen Revolutionsübungen" die polizeiliche Genehmigung erteilt hat. Ja, über ganz Preußen reicht der Arm des mächtig gebietenden Oertel doch nicht!

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

In seiner langen Donnerstagssitzung setzte der Reichstag die Beratung der zahlreichen Einzelkapitel und Einzeltitel des Reichsamts des Innern fort. Genosse Schwartz-Lübeck, der Leid und Freud des Seemanns am eigenen Leibe erfahren hat, legte überzeugend die Notwendigkeit wirksamerer Schutzmaßregeln gegen das gewissenlose Reederkapital dar. Genosse Brey schilderte das Arbeiterelend in der menschenverwüstenden chemischen Industrie, Genosse Legien wies auf die Mängel der Streikstatistik hin und Genosse Lehmann-Wiesbaden lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die furchtbare Geißel so vieler Arbeiterkategorien, die Bleivergiftung.

Trotz des erdrückenden vom Genossen Brey vorgebrachten Materials lehnte das Haus unsere Resolution zugunsten der chemischen Arbeiter ab, während die Resolution auf Verbesserung der Streikstatistik angenommen wurde, obwohl Erni in gewohnter Ungeschicklichkeit die Annahme zunächst nicht gelten lassen wollte.

Unter den bürgerlichen Rednern dieses Tages zeichnete sich durch halb freiwilligen, halb unfreiwilligen Humor der freisinnige Schlächtermeister Kobelt-Magdeburg aus. Zur Wohnungsfrage erging sich Justizrat Junck-Leipzig in typisch nationalliberalem Einerseits-Andrerseits.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Man hofft, an diesem Tage mit dem Etat des Innern zu Ende zu kommen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Für die 2.00 deutschen Soldaten in Kiautschau werden 12 Marineärzte mit hohen Gehältern und Kolonialzulagen bezahlt. Tirpitz meint, sie sollen Träger deutscher Kultur und Bahnbrecher für das Ansehen der deutschen medizinischen Wissenschaft in China sein. Trotzdem beschloß die Budgetkommission, daß im Jahre 1911 die Zahl der deutschen Aerzte zu vermindern sei. Dafür sollen rückständige Zivilärzte, die hinausziehen, Zuschüsse vom Reiche erhalten. Von den Beamtenstellen beim Kassen- und Rechnungswesen wurden mehrere gestrichen. Gekürzt wurde die für Reise- und Umzugskosten angesetzte Summe um 25000 M., die für Ablösungsstrandreste um 20000 M.

Mit der in Tsingtau, dem Hafen von Kiautschau, errichteten großen Werft nebst Dock hofft Herr v. Tirpitz mit der Zeit ein gutes Geschäft zu machen. Ob seine Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, ist aber recht zweifelhaft.

Die Hafenbauten in Tsingtau sind immer noch nicht fertiggestellt. Es sollen noch 1370000 M. verbaut werden, wovon für 1910 375000 M. gefordert werden. Wegen der Vorkommnisse bei den Hafenbauten, Vergebung der Arbeiten usw. sind im März und in der Frankfurter Zeitung sehr schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung erhoben worden. — Der Hafenbaudirektor des Marineamts bestritt, daß Mißgriffe und Verfehlungen vorgekommen seien. Es wurde trotz der Rechtfertigungsversuche der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Verwaltung sich schleunigst zu den erhobenen Vorwürfen in der Nordd. Allgem. Zeitung äußere, damit die Sachlage gründlich geklärt werde. Von der geforderten Summe wurden 20000 M. abgestrichen. Die Summe von 150000 M. zu Tiefbauten wurde um 50000 M. gekürzt.

Bei der Beratung der Einnahmen zeigte sich, wie gering die Entwicklung von Kiautschau ist, denn die Einkünfte aus Steuern sind nur ganz minimal höher veranschlagt als im Vorjahre. Die Beamten zahlen von ihren hohen Gehältern keinen Pfennig Steuern. Eine Einkommensteuer wird im ganzen Schutzgebiet nicht erhoben. Eine Einkommensteuer soll nicht eingeführt werden können; die Chinesen würden kein Verständnis dafür haben und könnten sich der Veranlagung entziehen; die großen Firmen würden sich um das Zahlen drücken und die Offiziere und Beamten wollen nichts zahlen. Nun wird nach neuen Steuern gesucht, weil die Verwaltung einsieht, daß endlich höhere Einnahmen geschaffen werden müssen. Vorläufig ist eine Salzsteuer neu eingeführt worden.

Rasch erledigt wurde der Etat des Invalidenfonds, wobei der Schatzsekretär darauf hinwies, daß das Reich im Jahre 1911 mit einer Ausgabe von 29 Millionen Mark Zuschuß zum Invalidenfonds belastet sein werde.

Es folgte die Beratung des Etats des Allgemeinen Pensionsfonds, der eine fortdauernde Ausgabe von 107 341 014 M., 2 525 492 M. mehr als im Vorjahre, vorsieht. Erörtert wurde, daß in letzter Zeit Apotheker und Militärpersonen pensioniert worden sind, die dann vollbezahlte Zivilämter annahmen und noch ausüben. Für die Zukunft soll bei einem Einkommen in gewisser Höhe eine Kürzung der Pension möglich gemacht werden. Auf die eingeworfene Frage, ob die Regierung bald ein Gesetz wegen der Veteranenfürsorge einbringen werde, erwiderte Schatzsekretär Wermuth, er werde dann das Gesetz einbringen, wenn er wisse, woher die erforderlichen 15 bis 17 Millionen zu nehmen seien.

Beachtenswert ist, daß aus Anlaß der Expedition nach Ostasien, dem Boxerfeldzug noch rund 4 Millionen M. Pensionen zu zahlen sind.

Aus der Geschäftsordnungskommission des Reichstags.

Die verstärkte Geschäftsordnungskommission beendete am Donnerstag die Debatte über die Anträge zur Gestaltung des § 35, der von der Festsetzung der Tagesordnung handelt. Zu der Behandlung der Initiativanträge (Schwerinstage) lag ein national liberal-freisinniger Antrag vor, der bestimmt, daß sich der Präsident mit dem Hause über die Reihenfolge der Beratung der gleichzeitig eingebrachten Anträge zu verständigen habe. Ist eine Verständigung nicht möglich, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Los. Diesem Antrage wurde folgendes Amendement zugefügt:

„Auf Wunsch des Antragstellers tritt an die Stelle seines nach der Reihenfolge unmittelbar auf die Tagesordnung zu setzenden Antrages ein anderer Antrag."

Gegen die es Amendement stimmten nur die Konservativen. Mehrere konservative Abänderungsanträge, die eine Verschärfung des eben angenommenen Antrags bezweckten, wurden abgelehnt. Ein Zusatzantrag des Zentrumsabgeordneten Fischer lautet:

„In jeder Woche findet eine Sitzung statt, in der an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträge erledigt werden. Eine Abweichung von dieser Regel ist nur zulässig, wenn 15 Mitglieder widersprechen."

Am 9. März wird zunächst über den Antrag des konservativen Grafen v. Westarp verhandelt, der eine Verschleppung der Verhandlungen bedeutet. — Den Vorsitz in der Kommission führt an Stelle des erkrankten Genossen Singer der Abg. Geyer.

Die Geschäftslage im Reichstage.

Der Seniorenkonvent des Reichstags trat am Donnerstag zur Plenarsitzung zusammen, um sich über die Geschäftslage und die Fertigstellung des Etats zu verständigen. Es stehen noch fünfzehn Tage hierfür bis Ostern zur Verfügung, wenn bis zum 19. März einschließlich getagt wird. Man will versuchen, auf Grund der Kontingentierung des dahin fertig zu werden, wenn es sich anders geht, muß noch am Montag und Dienstag der Karwoche gearbeitet werden. Kontingentiert hat man einstweilen folgendermaßen: Das Reichsamt des Innern soll heute, am Freitag, erledigt werden, dann drei Tage für Marine und Kiautschau, drei Tage für den Postetat, ein Tag für die Reichseisenbahnen, drei Tage — den 14., 15. und 16. März — für den Etat des Reichskanzlers und das Auswärtige Amt, und dann noch einen Tag für den Etat des Reichsschatzamts (Zölle, Finanzierung, allgemeinen Pensionsfonds und Reichsschuldenfonds). Dann würde die dritte Lesung des Etats in zwei Tagen, am 18. und 19. März, erledigt werden. Die Osterferien werden vom 12. April dauern. Man rechnet damit, daß der Schluß oder mehr die Vertagung des Reichstags zu Himmelfahrt eintreten wird.

Das preußische Maulkorbgesetz.

Die Geschäftsordnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses beriet am Mittwoch den konservativen Antrag wegen Aenderung der Geschäftsordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Einschränkung von langen Reden.

Die Kommission war der Ansicht, daß beide Teile des Antrags getrennt behandelt werden sollen. Zunächst stand die Aufrechterhaltung der Ordnung zur Beratung. Ohne näheres Eingehen auf die Sache selbst wurde beschlossen, eine Subkommission zu ernennen, die sich mit der Zusammenstellung der betreffenden Bestimmungen in anderen Geschäftsordnungen befassen und dann der Kommission einen formulierten Vorschlag in der Richtung der bereits früher beantragten Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags unter Hinzufügung der entsprechenden Bestimmungen in der Geschäftsordnung des württembergischen Landtags vorlegen soll. Der Beschluß wurde gegen die Stimmen des polnischen und des freisinnigen Mitglieds der Kommission gefaßt. Der Vertreter der Freisinnigen lehnte auch die Teilnahme an der Subkommission mit der Begründung ab, daß er in Uebereinstimmung mit seiner Fraktion nicht gewillt sei, in dieser Sache etwas zu unternehmen.

Der zweite Teil des Antrages über Einschränkung der langen Reden wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Liberaler Einigungseifer.

Ueber den Zusammenschluß der linksliberalen Parteien wird am nächsten Sonnabend und Sonntag in Berlin die endgültige Entscheidung getroffen werden. Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei wird am Sonnabend zusammentreten. Ebenso wird am Sonnabend der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung abgehalten. Am Abend des 5. März vereinigen sich die Delegierten aller drei Richtungen. Der gemeinsame Parteitag der vereinigten Parteien findet am Sonntag statt. Die Mitglieder des Vorstandsausschusses werden über die Einigungsfrage und über die politische Lage referieren und Vertreter der einzelnen Landesteile Erklärungen über die Stellungnahme der Parteiorganisationen abgeben. Den Schluß der Veranstaltungen bildet ein Festmahl in der Wandelhalle des Reichstags.

Preußische Ausweisungspolitik.

Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, veröffentlicht folgende Mitteilung, die die preußische Verhältnisse überaus kennzeichnend ist:

> In letzter Zeit sind an ausländische Verbandsmitglieder im Ruhrbecken Ausweisungsbefehle gegangen. Diese Ausweisungsbefehle werden rückgängig gemacht, wenn die Ausgewiesenen dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter beitreten. So erging es unserem früheren Kassierer Müller in Hörde. In Disteln ist einem Kameraden Ausweisung zugestellt worden, der schon 19 Jahre im Ruhrbecken ist und sich redlich durchgeschlagen hat. Der katholische Geistliche Bröcker will die Ausweisung rückgängig machen, wenn unser Verbandskamerad die Kinder katholisch taufen lassen will. Wir werden die Fälle, die sich zurzeit mehren, noch in ihren Einzelheiten veröffentlichen.

Die verantwortlichen Behörden scheinen nichts unterlassen zu wollen, um die Erbitterung unter den Bergarbeitern durch plumpe Provokationen zu steigern.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Einführung einer Wertzuwachssteuer angenommen.

Nach Kattowitzer Muster. Aus Magdeburg wird der Volkswacht mitgeteilt: Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenwahlverein genannt, hat sich kürzlich entschieden gegen die preußische Wahlrechtsvorlage ausgesprochen. Verschiedene Redner protestierten dagegen, daß die Beamtenschaft aus der Bürgerschaft herausgehoben und mit einem Sonderwahlrecht bedacht werde. Unter den Rednern befanden sich Staatsbeamte, deren Namen durch die Referate der Zeitungen über die Versammlung bekannt wurden. Sie sind nun von ihren vorgesetzten Behörden darüber vernommen worden, wer die betreffenden Aeußerungen getan habe.

Wegen Wahlfälschung ist gegen den Freiherrn v. Gemmingen-Hornberg im Neckarsummern das Hauptverfahren eröffnet worden, nachdem ursprünglich die Strafkammer in Mosbach die Einleitung eines Strafverfahrens abgelehnt hatte. Freiherr v. Gemmingen war bei der letzten Landtagswahl im Neckarsummern nicht in der Wahlliste verzeichnet. Er wurde deshalb vom Wahlvorsteher von der Wahl zurückgewiesen, erzwang dann aber sein vermeintliches Abstimmungsrecht, indem er den Zettel gegen den Willen in die Urne steckte.

Natürlich hat niemand gewagt, den rabiaten Hochadeligen mit Gewalt aus dem Wahllokal an die frische Luft zu befördern.

Die Schiffahrtsabgaben. Der Verband Südwestdeutscher Industriellen hat in Eingaben die Regierungen von Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen gebeten, dahin zu wirken, daß bei der Berechnung der Abgaben im Fall der Einführung von Schiffahrtsabgaben nach Tonnenkilometer eventuell eine Staffelung in der Weise eingeführt werde, daß die Abgaben für die Tonne bei zunehmender Länge der befahrenen Strecke entsprechend abnehmen. Wenn der Transitverkehr von Abgaben befreit bleiben sollte, so sei zu erstreben, daß die Abgaben für alle aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe usw., die im Inland weiterverarbeitet und in diesem weiterverarbeiteten Zustande wieder ausgeführt werden, bei der Ausfuhr auf Grund einer noch festzustellenden Berechnungsweise wieder zurückerstattet werden. Außerdem käme es natürlich noch besonders darauf an, eine feste Bindung der Abgabensätze nach oben zu erzielen und die Selbstverwaltung in den Stromkassen, das Mitbestimmungsrecht der Schiffahrtsbeteiligten gesetzlich festzulegen.

Die Ersatzwahl zum preußischen Landtag für den 6. Berliner Wahlkreis, in dem Genosse Hermann sein Mandat niedergelegt hat, ist auf den ... April festgesetzt. Eine Anzahl Wahlmänner-Ersatzwahlen wird ... vorgenommen. Diese Ersatzwahlen können an der sozialdemokratischen Mehrheit der Wahlmänner nichts ändern.

Kleine politische Nachrichten. Der finnische Landtag ist vom Generalgouverneur Seyn eröffnet worden. — Der französische Minister des Auswärtigen teilte seinen Ministerkollegen mit, daß die ... Angelegenheiten zur vollen Befriedigung Frankreichs erledigt worden sind und ... französischen Forderungen bewilligt habe. Es seien alle ... getroffen, um die Realisierung der vereinbarten Bestimmungen zu sichern. — Aus Casablanca wird gemeldet: Die Kolonne Moinier ist nach Ain Auseur zurückgekehrt. Sie meldet, daß ... gegen den ... die letzten Kämpfe stattfanden, ... die Mörder des Leutnant Meaux ... angehören; ... in den Kreis geflüchtet. — Die persische Ministerkrisis beigelegt. Die Minister bleiben auf ihren Posten.

Ausland.

England.

Der Frontwechsel der Regierung.

London, 3. März. In Beantwortung mehrerer Anfragen erklärte Premierminister Asquith im Unterhaus, es sei keine Aenderung in der Absicht der Regierung eingetreten, vor Ende des Frühlings vom Hause die Zustimmung zum Budget zu erbitten. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, würde die Regierung das Haus bitten, eine Entscheidung über das Budget zu treffen, sobald es über die Stellung der Lords abgestimmt habe. Die Regierung werde nicht im Amte bleiben, wenn sie keine Garantien dafür erhalte, daß ihre Politik nicht nur im Unterhause angenommen, sondern auch Gesetz werden würde.

Belgien.

Der Kongoschwindel vor der Kammer.

Brüssel, 3. März. In der Deputiertenkammer wurde über eine ... und eine liberale Interpellation betreffend die Kokurager ... des Königs Leopold verhandelt, in deren Aktivbestand für ... Kongowerte gefunden wurden. Justizminister de Lantsheere erklärte, daß das Ministerium jene Aktien reklamiert habe. Mehr könne er über den Stand der Verhandlungen nicht sagen. Kolonialminister Renkin gab unter großer Erregung des Hauses zu, daß er bei Uebergabe des Kongostaats an Belgien getäuscht worden sei, was große Erregung hervorrief. Wenn er vor der ... des Kongo eine unrichtige Angabe gemacht habe, so sei dies ... geschehen, da Beamte die Buchführung geprüft und ... ihn in dieser Weise informiert hätten. Die Besprechung der Interpellation endete nach einer scharfen Kritik des Radikalen Janson ...

Rußland.

Duma und Polizeianarchie.

Petersburg, 3. März. Bei den Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern erklärte in der Duma der Referent, Fürst Golizyn, die Reorganisation der Polizei sei äußerst notwendig. Die im Lande herrschenden Zustände seien nicht länger zu ertragen. Die Tätigkeit der ... der politischen Polizei übersteige die Grenze des Möglichen. ... offenkundige Unantastbarkeit der Person ... Die Budgetkommission schlage vor, die Ausgaben ... um 301 988 Rubel zu kürzen, da die Reichsduma sich ... des Rechts der administrativen Verbannung ausgesprochen ... Der Gehilfe des Ministers des Innern Krysanowski erklärte, ... sei einverstanden mit der Streichung der für den Unterhalt ... unter Polizeiaufsicht befindlichen Personen ausgeworfenen ...

Amerika.

Philadelphia.

Philadelphia, 3. März. 5000 Streikende zündeten unter ... von Frauen und Kindern die Kraftstation der Straßenbahn an und rissen die Gleise auf. Die Polizei schoß mit Revolvern. Der Generalstreik soll Sonnabend beginnen. In Neuyork wird ein Riesenstreik befürchtet. 90 Prozent der Bahnbediensteten von der Baltimore- und Readingbahn haben gegen die Annahme der Lohnvorschläge der Gesellschaften gestimmt.

Streikjustiz.

Philadelphia, 3. März. Die große Anklagejury hat den Präsidenten der Zentralvereinigung der Arbeiterorganisationen Murphy ... Pratt wegen Anstiftung zum Aufruhr in den Anklagezustand versetzt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gärung unter den Gelben.

Zu Anfang dieser Woche hatte die Verwaltungsstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach dem Saalbau ... öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, die sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübten Terrorismus gestaltete. ... 1000 Metallarbeiter, darunter mehr als die Hälfte Gelbe, ... erschienen und spendeten den Rednern stürmischen Beifall. ... Thema war: „Die Arbeitsverhältnisse der Maschinenfabrik Augsburg in den Werken Nürnberg, Gustavsburg und Augsburg". ... Redner konnte nachgewiesen werden, daß, im Gegensatz zu anderen Werken, in Augsburg, dem Sitze der gelben ..., die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen, ... die Erfolge der gelben Organisation in unwürdiger Behandlung und Lohnreduktionen — innerhalb eines Jahres wurden ... für Akkordarbeiten bis zu 60 Proz. reduziert — bestehen. ... Aufforderung an die Gelben, aus den gelben Vereinen auszutreten und dem Deutschen Metallarbeiterverband einzutreten, wurde mit ... Beifall aufgenommen. Die Versammlung schloß mit einem ... aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die ... ungeachtet der neben ihnen sitzenden Meister und Vorgesetzten, lebhaft einstimmten. Die großartig verlaufene Versammlung hat aufs neue gezeigt, daß die gelbe Bewegung selbst an ihrer Geburtsstätte ihren Höhepunkt überschritten hat und daß die Arbeiter Augsburgs sich wieder auf sich selbst besinnen.

Neues aus aller Welt.

Gnesen, 3. März. Die Strafkammer hat die drei Gymnasiasten, die die Aufgaben für die Abiturientenprüfung dem Direktor durch Einbruch entwendet hatten, wegen Hausfriedensbruchs und Entwendung von Formularen und Prüfungsthemen zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Bremen, 3. März. Im Geestemünder Fischereihafen wurde eine große Diebes- und Hehlergesellschaft ermittelt. Vierzehn Personen wurden verhaftet. Die Betrügereien wurden jahrelang betrieben. Der Wert der gestohlenen Waren beträgt viele Tausende.

Bromberg, 3. März. Heute früh 7 Uhr ist hier auf dem Gerichtshofe der Landwirt Ryla aus Kunsdorf, der wegen Ermordung seiner Schwiegermutter im Juni vorigen Jahres zum Tode verurteilt worden war, durch den Scharfrichter Schwietz aus Breslau hingerichtet worden.

Paris, 3. März. Dem Aviatiker Rougier gelang gestern ein Flug von Monaco über das Meer nach Kap Martin und zurück. Die zurückgelegte Strecke beträgt etwa 20 Kilometer.

Petersburg, 3. März. Bei der im Bau befindlichen Eisenbahn Wolga—Bogul—Minsk sind vier Millionen Mark gestohlen worden. Der Präsident der Verwaltung Neratow sowie sein Bruder, der ebenfalls einen hohen Posten bekleidet, wurden verhaftet.

Everett (Washington) 3. März. Wie jetzt feststeht, beziffert sich die Zahl der Toten und Vermißten in dem von einer Lawine verschütteten Eisenbahnzuge im ganzen auf 84 Personen. Es besteht wenig Aussicht, noch Ueberlebende zu bergen.

Juneau (Alaska), 3. März. Durch eine Explosion in der Treadwell-Mine wurden 23 Arbeiter getötet und viele verletzt.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 4. März, vorm. 9½ Uhr.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. v. Rüger, Kultusminister Dr. Beck.

Die Rechenschaftsdeputation beantragt, die Etatsüberschreitungen bei Kap. 94 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1906/07, Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen (9090,74 M.) nachträglich zu bewilligen.

Abg. Dr. **Seyfert** (natl.): Bei der Beratung des Volksschuletats in der Ersten Kammer ist gestern auch der Bestrebung der Lehrerschaft auf eine Reform des Religionsunterrichts gedacht worden. Dabei habe er es dankbar empfunden, daß sich der Kultusminister (?) und der Oberbürgermeister Keil warm der Lehrerschaft angenommen haben. Dabei hat aber der Graf v. Schönburg eine Angelegenheit angeschnitten, die mich persönlich angeht. In einer Zeitschrift, die ich herausgebe, ist im November v. J. ein Artikel erschienen, durch den sich, wie ich zugebe, die katholischen Mitbürger verletzt fühlen können. Ich bin mit dem Inhalt jenes Artikels, soweit er diese Stelle betrifft, keineswegs einverstanden, er ist auch nur infolge eines Versehens aufgenommen worden. Im übrigen muß ich aber doch betonen, daß der Artikel im übrigen getragen ist vom warmen, tiefreligiösen Interesse. In der Ersten Kammer ist nun der Gedanke ausgesprochen worden: Wie muß es mit dem Religionsunterricht in solchen Seminaren aussehen? Ich bin es nun, um Mißdeutungen zu vermeiden, meinen Kollegen als auch den Seminaren im allgemeinen schuldig, zu erklären, daß von einem die Konfessionen verhetzenden geschichtlichen Unterricht in den Seminaren nicht die Rede sein kann.

Der Antrag der Deputation wird darauf einstimmig angenommen.

Debattelos werden hierauf die vom Landtagsausschusse zur Verwaltung der Staatsschulden bezüglich der von demselben über die Verwaltung auf die Jahre 1906 und 1907 abgelegten Rechnungen für richtig anerkannt.

Hierauf werden

Eisenbahnangelegenheiten

verhandelt. Die Deputation beantragt, die Petitionen der Gemeinderäte zu Eibau, Neugersdorf und Ebersbach, sowie des Stadtrats und der Stadtverordneten zu Zittau um zweigleisigen Ausbau der Bischofswerda—Zittauer Staatseisenbahn „zurzeit" auf sich beruhen zu lassen. Dagegen empfiehlt die Deputation der Regierung, für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Sorge zu tragen.

Für die Petition verwenden sich die Abgg. **Schwager** (freis.) und **Riem** (Soz.); letzterer weist darauf hin, daß es sich hier nicht bloß um eine Verkehrsfrage der an der Linie liegenden Ortschaften handele, sondern um eine allgemeine Verkehrsfrage. Auf der genannten Strecke bestünden unhaltbare Zustände.

Finanzminister Dr. **v. Rüger** sagt zu, die Regierung werde erneut in wohlwollende Erwägung darüber eintreten, ob sich weitere Aufwendungen für eine Ausgestaltung des Fahrplanes rechtfertigen lassen.

Die Kammer beschließt gegen 6 Stimmen im Sinne des Deputationsantrages.

Die Petition der Gemeinden Ober- und Niederfriedersdorf um Errichtung einer Personen- und Güterhaltestelle in der Flur Niederfriedersdorf wird, soweit sie einen Personenhaltepunkt anstrebt, der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überreicht, im übrigen bleibt sie aber auf sich beruhen. Auf die warme Befürwortung der Petition durch den Abg. **Linke** (Soz.) erklärt Ministerialdirektor v. Seydewitz, daß sich die Regierung nicht grundsätzlich ablehnend verhalte, und daß sie über die Bedürfnisfrage nochmals Erörterungen anstellen will.

Weiter beschließt das Haus antragsgemäß, Tit. 9 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats, Umgestaltung der Verkehrsstellen Deuben und Hainsberg, sowie viergleisiger Ausbau zwischen Potschappel und Station 116 D W, mit 640 000 M. (7. Rate) nach der Vorlage zu bewilligen. Zu diesem Punkte liegt eine Petition des Kurt Grützner in Deuben vor, in der um Schaffung einer Unterführung für den Personenverkehr zwecks besseren Zugangs zum Bahnhofe Hainsberg gebeten wird.

Abg. **Fleißner** (Soz.) bemerkt, von interessierter Seite darauf aufmerksam gemacht worden zu sein, daß sich in der Nähe bereits eine Unterführung befindet, die einem Wasserabfluß dient. Die Interessenten sind der Meinung, daß es möglich wäre, die Unterführung für den genannten Zweck dienstbar zu machen. Vielleicht prüft die Regierung nach dieser Richtung hin die Angelegenheit und kommt den Interessenten doch entgegen.

Ministerialdirektor **v. Seydewitz** erwidert, daß die vom Vorredner ins Auge gefaßte Unterführung sich nicht für eine Erweiterung, die dem Personenverkehre dienen könnte, eignet.

Die Petition bleibt auf sich beruhen.

Für die Herstellung einer vollspurigen Nebenbahn von Limbach nach Oberfrohna (Tit. 37 des außerordentlichen Etats) werden nach der Vorlage 460 000 M. bewilligt.

Endlich wird noch beschlossen, die Petitionen des Stadtrats und der Stadtverordneten zu Freiberg und Genossen wegen Erbauung einer Eisenbahn von Freiberg nach Hainichen, für die die Abgg. Dr. Mangler (kons.), Schiebler (natl.) und Braune (natl.) eintraten, der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nächste Sitzung: Dienstag vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnpetitionen; Antrag Clauß (natl.), Vermehrung der Mitglieder des Landeskulturrats; Antrag Friedrich (kons.), Wiedereinführung des Abrufens der Eisenbahnzüge; Antrag Wiener und Dr. Spieß (kons.) und Genossen, Erhöhung des Darlehens an die gewerblichen Genossenschaften.

Dresdner Polizeibericht vom 4. März.

Der Kunstmaler und Zeichner Charles Martens, am 2. Oktober 1877 in Neuyork geb., zuletzt Zinzendorfstraße 1, 1. wohnhaft, ist nach Unterschlagung und Diebstahl wertvoller Retouchierapparate und einer Marmorskulptur (Der Raub der Sabinerinnen) zum Nachteil einer hiesigen Firma sowie unter Hinterlassung zahlreicher Schulden flüchtig geworden. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib der Gegenstände oder den Aufenthalt des Martens werden nach Zimmer 37 der Kriminalabteilung erbeten. Der Flüchtige hat krankhaftes Gesicht und spricht gebrochen polnisch-deutsch.

Es ist zur Anzeige gebracht worden, daß am 3. März 1910 gegen 3 Uhr nachmittags auf dem an der Ringstraße befindlichen Kinderspielplatze in einer sogenannten Schutzhütte auf einer Bank zwei kleine fünf Jahre alte Mädchen von einem etwa 45 Jahre alten Manne unsittlich belästigt worden sind. Da der Täter leugnet, werden die Eltern der betreffenden Kinder ersucht, sich in der Kriminalabteilung zu melden.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
am 4. März, mittags 12 Uhr.

Barometer: 750. Schön Wetter.
Thermometer: + 5° R.
Thermometrograph: Min. + 1. Maxim. + 5.
Hygrometer: 76%.
Wasserstand: — 3.

Letzte Telegramme.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 4. März. (Privattelegramm.) Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Abg. Erzberger mit, daß er aus Südwestafrika eine Anzahl Depeschen wegen des beabsichtigten Diamantenausbeutungsvertrages erhalten habe. Dernburg habe seinerzeit erklärt, daß er vor dem Abschlusse der Verhandlungen der Budgetkommission die Verträge vorlegen werde. Erzberger machte den Vorschlag, bei dem Staatssekretär des Kolonialamtes anzufragen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Die Kommission schloß sich dem Vorschlage an und beauftragte ihren Vorsitzenden mit der Einleitung der erforderlichen Schritte.

Eine halbe Stunde später erschien Dernburg selbst in der Kommission und erklärte, daß er die in der Kommission vereinbarten Linien einzuhalten versuchen werde. Eine Verpflichtung dazu erkenne er aber auch aus staatsrechtlichen Gründen nicht an. Uebrigens sei es noch zweifelhaft, ob der Reichstag dann gerade zusammen sein werde, wenn die Verhandlungen zu ihrem Abschlusse gediehen seien. Ueber die Verhandlungen und seinen Standpunkt machte Dernburg eingehende vertrauliche Mitteilungen. — Wegen der staatsrechtlichen Seite der Frage führte Abg. Erzberger aus, daß er den von dem Staatssekretär aufgestellten Grundsatz, daß die Verwaltung bei solchen bedeutsamen Entschließungen das Parlament nicht zu fragen habe, nicht anerkennen könne.

Kiel in Frankreich.

Paris, 4. März. Aus Toulon wird berichtet, daß der Untersuchungsrichter über die im Arsenal von Toulon verübten Unregelmäßigkeiten fortdauernd neue Betrugsfälle zutage fördert. Der Skandal nimmt einen unerhörten Umfang an. Fünf weitere Verhaftungen stehen unmittelbar bevor. Zu dem Selbstmorde des Assekuranzbeamten Picard wird berichtet, daß vor einigen Tagen ein von diesem an einen Pariser Lieferanten gerichteter Brief gefunden wurde, in dem er sich anheischig machte, zur Verhandlung verschiedener Angelegenheiten seine Vertrauensmänner im Arsenal aufzusuchen. Picard wurde aufgefordert, seine Vertrauensmänner zu nennen; er zog es aber vor, seinem Leben ein Ende zu machen.

Einberufung der griechischen Nationalversammlung.

Athen, 4. März. Die Einberufung der Nationalversammlung wurde in einer lebhaften Kammersitzung mit hundertfünfzig gegen elf Stimmen beschlossen. Der Zusammentritt soll am 1. September erfolgen.

Zur Vergewaltigung Finnlands.

Petersburg, 4. März. Das Kabinett hat in einer Reihe von Sitzungen die finnländische Frage beraten und dabei den Beschluß gefaßt, im Prinzip den Entwurf der Charitonowschen Kommission über die Angliederung Finnlands ans russische Reich zu verwirklichen. Nur will man im Hinblick auf die Entrüstung Europas doch etwas vorsichtiger und diplomatischer zu Werke gehen. Alle neuen Bestimmungen über die Einschränkung der Rechte Finnlands sollen eine sehr sorgfältige Redaktion erhalten, und die Regierung wird sich bemühen, die Presse des Auslandes mit inspirierten Darlegungen zu füllen, daß die Aenderungen in keiner Weise gegen die Sonderrechte Finnlands gerichtet sind. An den Sitzungen des Kabinetts beteiligte sich der aus Paris hierher beorderte Geheimagent des Ministeriums des Auswärtigen, Kammerherr Komarow. Kammerherr Komarow erklärte, seine Aufgabe, die öffentliche Meinung Europas zu beeinflussen, werde durch die Agitation zugunsten Finnlands sehr erschwert, denn die Sympathien seien überall auf seiten Finnlands.

Noch ein amerikanischer Riesenstreik in Sicht.

Neuyork, 4. März. 90 Prozent der Bahnbediensteten von der Baltimore- und Ohio-Bahn haben gegen die Annahme der Lohnvorschläge der Gesellschaft gestimmt. Man befürchtet einen Riesenstreik.

Studentenstreik in Prag.

Prag, 4. März. Die deutschen Hörer hielten eine Besprechung ab, in der beschlossen wurde, mit Rücksicht auf die unbegründete Entlassung eines deutschen Hörers in den Streik zu treten und den Schulbesuch gänzlich einzustellen. Die streikenden deutschen Hörer haben an den Unterrichtsminister eine telegraphische Beschwerde gerichtet, und auch ein deutscher Abgeordneter hat sich wegen der Angelegenheit an den Statthalter von Böhmen gewandt.

Schlagende Wetter.

Paris, 4. März. Aus Lille wird gemeldet: Von den durch schlagende Wetter in der Kohlengrube von Douchy Verwundeten sind gestern vier weitere gestorben.

Gerettet.

London, 4. März. Aus Neuyork wird gemeldet: Es ist dem Rettungskorps gelungen, noch neunzehn Personen lebend aus dem im Kaskadengebirge durch eine Lawine verschütteten Zuge zu retten, nachdem man bereits alle Hoffnung aufgegeben hatte.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/3
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Unterweissig u. Umg.

Sonntag den 13. März, nachmittags 1/4 4 Uhr
in **Damms Gasthof, Unterweissig**

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Reichstag und die Junker.

Referent: Genosse **Franz Schmidt.**

Debatte.

Die Einwohnerschaft von Unterweissig und Umgegend wird dringend ersucht, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein!

Oeffentliche politische Versammlung. Einberufer: Emil Schulze, Unterweissig.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Plauenscher Grund

Sonntag den 6. März, nachmittags 2 Uhr, in der Roten Schenke, Döhlen

Außerordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: **Unsere bevorstehenden Kämpfe.** — 2. Antrag der Vertrauensmänner: **Erhöhung des Lokalbeitrags.** — 3. **Verbands-Angelegenheiten.**

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein pünktliches Erscheinen erwünscht. **Die Ortsverwaltung.**

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet.

Der

Total-Ausverkauf

in Herren- und Knaben-Garderoben

dauert nur noch bis Ende März!

Es sind noch in großer Auswahl vorhanden:

Herren-Anzüge, Konfirmanden- und Entlassungs-Anzüge
Jünglings- und Knaben-Anzüge
Paletots, Ulster und Stoffhosen, Pelerinen, Lodenjoppen
Burschen-, Knie- und Leibchenhosen
Phantasie- und Stoffwesten sowie sämtliche Arbeitskleider

Um eine möglichst totale Räumung zu erzielen, werden sämtliche Waren zu jedem annehmbaren Preis verkauft.

Gebrüder Deutsch

Dresden, **Frauenstr. 7**
neben Drogerie Klepperbein.

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet.

Deubener Hof

Deubener Strasse 5.
Sonnabend den 5. März
Gr. Schlachtfest
Früh 8 Uhr **Wellfleisch.**
Später **diverse Wurst.**
Es laden ergebenst ein
Franz Schlegel u. Frau.

A. Kinners Restaur.

Nieder-Gittersee
empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Hofbrauhaus-Märzenbier.

Der Ausstoß dieses ausgezeichneten goldhellen **Qualitätsbieres** in **Fässern** u. **Flaschen** hat begonnen.
Fernsprecher Nr. 102 u. 1323.
Hofbrauhaus
Dresden.

Franz Mützes
Rest. zur Schmiedeherberge
Jakobs-, Ecke Röhrhofsgasse.

Consumverein für Löbtau und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Hierdurch machen wir darauf aufmerksam, daß unsere zwei

Manufakturwaren-Geschäfte

Löbtau, Poststraße 15, part. u. 1. Et. **Cotta, Grillparzerstraße 12**

sowie das

Garderoben- und Schuhwaren-Geschäft

Löbtau, Poststraße 17, part. und 1. Etage

nächsten **Sonntag** (Jahrmarkts-Sonntag) von vorm. 11 bis 7 Uhr abends **geöffnet** sind.

Reiche Auswahl in allen Artikeln. Konfirmanden-Ausstattung.

Rizzi-Kell

empfiehlt seine Lokalitäten u. Genossen. **Donnerst. Schl**
O. Köbler

Restaurant

Löbtauer, Ecke Altenzaun
empfiehlt
sich einer geneigten Beachtung
Vereinszimme

Restauration Alte
Fisch-Götze.

Reichshal

Palmstraße 13, 1 Minute v.
Im Kabaretts
Ehrenhaus - Sär

Restaurant
Saxon
4 Rähnitzgasse
empfiehlt seine freundl.
Täglich Konz
Vorzügl. Speisen und Getr.
Edmund Richter u.

Joh. Mileks

Fischhofplatz
empfiehlt seine freund. **Lokalitäten** zu

Konfirmand.-A

Berufskleid
aller Art
Großes Lager in
Hemden und
empfiehlt
F. Glitz
Rosenstraße

Ein Posten Barchent- u. Schulsch. gelt. F. Richetz, Anzuc. Hem. billig Gebler, Schnittwaren, Jo

---

Skatverein Leuben u. Umgegend

Sonntag den 6. März und Sonntag den 13. März im **Gasthof Dobritz**
Sonntag den 20. März im **Gasthof Leuben**

Großes öffentl. Serien-Skat-Turnier

Es sind 50 Preise vorgesehen, eventuell werden noch welche eingeschoben. 1. Preis 200 M., 2. Preis 150 M., 3. Preis 100 M., 4. Preis 75 M., **Anfang 4 Uhr.** 5. Preis 50 M. 6. Preis 40 M. **Anfang 4 Uhr.**

Die Preise werden am dritten Spieltag ausgezahlt. Bei hoher Punktzahl wird Abschlagszahlung gewährt.

Consum-Verein Striesen.

Einem geehrten Publikum von **Weißig** bei Bühlau hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir am

5. März 1910 in der Hauptstraße Nr. 43
eine Verkaufsstelle eröffnen.

Die Verwaltung.

:: :: Arbeiter-Radfahrer-Verein :: ::

Freie Radler, Radeberg

Sonntag den 6. März, im **Saale des Schützenhauses**

Großes Wintervergnügen

Darbietungen: **Reigenfahren, humoristische Vorträge, Gabenverlosung, div. Ueberraschungen** :: :: :: :: und **feiner Ball** :: :: :: ::

Anf. 6 Uhr. Jeder Teilnehmer erhält ein Freilos. Anf. 6 Uhr.

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Der Vorstand.**

Fahrradhaus Frischauf

Nähe des Volkshauses **Könneritzstrasse 17** Am Wettinerbahnhof

Frisch auf-Fahrräder

mit dem **Original-Hülsengetriebe** D. R. P. Nr. 100596. Ferner: **Nähmaschinen, Laufdecken, Schläuche, Mützen** und **Sweaters** in allen Preislagen, einzeln und an Vereine, **Laternen, Glocken. Sämtliche Fahrradbestandteile. Volldampf-Waschmaschinen,** 75 Proz. Ersparnis an Zeit, Seife, Soda und Feuerung, bei unerreichter Schonung der Wäsche.

Die Geschäftsleitung.

Unsere Ware führt: **Julius Friedland, Laubegast.**

Sonntag den 6. März (Jahrmarkt) geöffnet!

Puhlmann's Restaura

jetzt: Am See Nr. 54.

Sonnabend den 5. und Sonntag den 6. März

Münchner Salvator-F

Musikalische Unterhaltung und Ueberraschungen. E. Biere a. gal

Es laden ergebenst ein **M. Puhlmann u. Frau.**

Gebrauchte Militärschuhe und **Schaftstiefel,** ganze komplette **Arbeitsgarderobe** bei **Partusch,** Pirnenhauerstraße 26.

Uhren-Reparaturen von 1.50 M. an. Federn von 75 Pf. an. Gläser, Zeiger gut und billig. **Krause,** Grunaer Straße 42.

Für unsere Abonnenten von Löbtau, Naußlitz usw. liegt der heutigen Nummer ein Prospekt des Schuhwaren **Freischütz, Löbtau, Kesselsdorfer Str. 5** auf den wir hiermit hinweisen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Größch, Dresden-Neustadt.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 51. Dresden, Freitag den 4. März 1910. 21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsische Pairskammer über die Reform des Religionsunterrichts.

Dresden, 3. März.

In der Ersten Kammer kam es am Donnerstag bei Beratung über Kapitel 96 des ordentlichen Staatshaushalts, Volksschulwesen, zu ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen. Regierungs... Graf zu Solms-Wildenfels erklärte, daß bei vielen Eltern die ...strebungen des Sächsischen Lehrervereins auf Reform des Religionsunterrichts, wie sie in den Zwickauer ... niedergelegt sind, große Besorgnis hervorgerufen hätten. Dem wahren Christentume entsprechen die Zwickauer Thesen in keiner Weise. ...welcher Gefahr sei der wahrhaft echte evangelische Religionsunterricht, wenn es nach den ...des Sächsischen Lehrervereins gehe! Gegenüber den Bestrebungen haben alle christlich gesinnten Eltern das Vertrauen zur Staatsregierung, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten wird, daß sie Mittel und Wege finden wird, damit unseren Kindern in den Volksschulen ein wahrhaft evangelischer Religionsunterricht erteilt werde.

Oberhofprediger D. Ackermann verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß unser (der Geistlichkeit) bisheriges Schweigen etwa eine Zustimmung zu den Forderungen bezüglich der Umgestaltung des Religionsunterrichts bedeute. Wir sind vielmehr der Ueberzeugung, daß eine Beseitigung oder Zurückdrängung des Religionsunterrichts aus dem Jugendunterricht eine schwere Schädigung unseres Volkslebens zur Folge haben würde. Mit großem Bedauern haben wir in der Zweiten Kammer aus Kreisen, wo man es nicht erwarten sollte, Angriffe gegen den bisherigen Religionsunterricht vernommen. ...jede aufrichtige, aus eigener Lebenserfahrung gewonnene Ueberzeugung, wir halten keineswegs denjenigen, der sich von der ...losgelöst hat, für einen unsittlichen oder der Achtung unwürdigen Menschen. (Wie gnädig! Die Red.) Auf der anderen Seite ... aber nicht die Ueberzeugung anderer, die an unserem Glauben festhalten, wenn man in völliger Unkenntnis der Dinge ...Geschichte Behauptungen aufstellt, wenn man erklärt, die ...habe nie etwas Gutes geschaffen, sie erziehe zur Charakterlosigkeit, der Religionsunterricht sei der Grund der wachsenden Kriminalität. Gewiß ist der Religionsunterricht einer Reform bedürftig, ...lebendiger, anschaulicher, volkstümlicher, auf das kindliche ...entsprechender erteilt werden. Wir sehen mit vollem Vertrauen den ...schließungen der Staatsregierung entgegen, aber ...jetzt auf das Materielle einzugehen halten ...für unangebracht. Zur gegebenen Zeit werden wir Stellung nehmen und Anträge stellen. (Bravo!)

Graf Schönburg-Glauchau: Wir Katholiken wünschen auf..., daß die Mitglieder der anderen Konfessionen als christliche ...erzogen werden. Befremden muß es erregen, daß in einem ...Lehrerseminar Sachsens gegen die Katholiken gehetzt ..., daß kürzlich in der „Schulpraxis", dessen verantwortlicher ...ein sächsischer Seminardirektor (der nationalliberale Landtagsabg. Dr. Seyfert!) ist, ein die beiden ...verletzender Artikel erschienen ist, der überall großes ...erregt hat.

Kultusminister Dr. Beck führt aus: Der Religionsunterricht bildet einen wesentlichen Bestandteil des Schulunterrichts, und daß es dabei bleibt, ist die wichtigste Aufgabe der Staatsregierung. Erfreulich ist es, daß sich auch die Zweite Kammer mit ...Mehrheit für die Beibehaltung der konfessionellen Schule ausgesprochen hat. So heftig wie in der heutigen Zeit, wo man für ...Moralunterricht propagiert, ist noch niemals gegen das ...tum angekämpft worden, weil man sich sagt, ist erst das ...und sicherste Bollwerk, die Religion, beseitigt, lassen sich ...andern Pläne leichter verwirklichen. Sickert diese Bewegung ...erst in die Köpfe der Jugend, so ist es mit der sittlichen Erziehung in der Schule vorbei. Die Staatsregierung erblickt nach wie vor ihre vornehmste Aufgabe darin, daß der Satz in der Thronrede: Dem Volke muß die Religion erhalten werden! voll und ganz zur Geltung gelangt.

Der Artikel in der Schulpraxis, der großes Aufsehen erregt ..., ist in Abwesenheit des Herausgebers (Der Artikel erschien in der Zeit der Wahlbewegung, wo sich Dr. Seyfert wenig um die Redaktion kümmern konnte; Dr. Seyfert hat auch einen Antrag ins Ministerium getan und hoch und heilig versichert, daß der Artikel durchaus nicht seine Ansichten wiedergebe, aufgenommen und von diesem selbst nicht gebilligt worden. Das Ministerium hat im übrigen aber Gelegenheit genommen, den ...Lehrer darauf hinzuweisen, daß sich solche Darstellung des ...Geschichtsunterrichts nicht mit der Dienstanweisung ..., und der Lehrer hat seinen Fehler auch eingesehen. (Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.)

Oberbürgermeister Keil-Zwickau meint, man dürfe die Bestrebungen der sächsischen Lehrerschaft, wie sie in den Zwickauer Thesen zum Ausdruck gelangen und mit denen er sich ...identifiziere, nicht zu schwarz beurteilen. Die Forderung nach einer Reform des Religionsunterrichts werde ...als berechtigt anerkannt. Es werde eben von beiden Seiten ..., wie man ..., zu scharf geschossen, das dürfe aber nicht dazu führen, die Bewegung zu verurteilen. Der Kern derselben sei berechtigt. Warten wir ab, welches Produkt uns die Reform ... dieser Bewegung vorlegen wird. Redner bedauert, daß Graf Schönburg in die Interna der evangelischen Konfession ...gegriffen habe.

Bischof D. Schäfer: Die katholischen Eltern dürfen ihre Kinder ...vertrauen der katholischen Lehrerschaft anvertrauen, denn ...habe noch treu auf dem Standpunkte des Christentums.

Im Laufe der weiteren Debatte erklärte noch Graf Schönburg, ...gegen die Unterstellungen des Oberbürgermeisters Keil auf ...entschiedenste Verwahrung einlegen. Er habe nur konstatieren ..., daß, wenn man, wie es „gewisse" Lehrer wollen, vom Dogma ...im Glaubenssätzen läßt, vom Christentume nichts mehr ...bleibe.

Oberbürgermeister Keil-Zwickau entgegnet, die „gewissen" ...beabsichtigten gar nicht, die Religion abzuschaffen.

In seinem Schlußwort bemerkt noch der Berichterstatter, Oberbürgermeister Beutler-Dresden: Die Volksschule sei eine Staatsanstalt ... wird ihr auch der Religionsunterricht erhalten bleiben. ...müsse auch allen Staatsbürgern ein Mitbeschließungsrecht bei der Gestaltung des Religionsunterrichts zu. Eine Reformbedürftigkeit des Religionsunterrichts sei wohl anzuerkennen, doch ...man eine Reform nicht übers Knie brechen, es ...sei der umsichtigsten, sorgfältigsten und gewissenhaftesten ...

Darauf wurde das Kapitel verabschiedet.

Die Debatte ist besonders deshalb interessant, weil sie zeigt, daß die Erste Kammer als Hindernis auch nur für den kleinsten Fortschritt im Volksschulwesen, besonders aber im Religionsunterricht erweisen wird. Was da ausgeführt wurde, waren orthodoxe Ansichten aus dem Mittelalter, die in die heutige Zeit und zur heutigen wissenschaftlichen Erkenntnis passen wie die Faust aufs Auge. Und die Regierung gab ihren Segen zu diesem Vorstoße der Orthodoxen. Fürwahr, die Aussichten für die Volksschulreform sind die denkbar schlechtesten, wenn sich das Volk nicht selbst der Sache annimmt.

Zum Arbeitslosen-Antrage im Landtage.

Die Dresdner Nachrichten teilen folgendes mit: „Die Rechenschaftsdeputation der Zweiten Kammer hatte sich mit dem bekannten sozialdemokratischen Antrage zu beschäftigen, der Mittel gegen die Arbeitslosigkeit vorschlägt. Sie beantragt, die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. in regelmäßigen Zwischenzeiten statistische, Stadt und Land umfassende Erhebungen über Zeit, Charakter und Umfang der Arbeitslosigkeit im Königreich Sachsen anzustellen, auf Grund derselben und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in verschiedenen Städten und anderen Ländern mit den daselbst getroffenen Arbeitslosenfürsorge- und Arbeitslosenversicherungs-Einrichtungen gemacht worden sind, eine Denkschrift ausarbeiten zu lassen, und zwar tunlichst unter Beifügung eines Entwurfs der Satzungen einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, dem im September 1910 in Paris stattfindenden internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aus Regierungsvertretern und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken, ungeachtet dieser Maßnahmen aber 2. in allen Groß- und Mittelstädten sowie in einzelnen das platte Land und die kleineren Städte umfassenden Bezirken die Errichtung paritätischer, unter neutraler Leitung stehender Arbeitsnachweise, die dann untereinander in Verbindung zu treten haben würden, in die Wege zu leiten; 3. die Petitionen des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen und des Landesverbandes der deutschen Gewerkvereine (H. D.) im Königreich Sachsen durch vorstehende Beschlüsse als erledigt zu erklären."

Wir wollen hierzu nur bemerken, daß ein Beschluß der Deputation überhaupt noch nicht vorliegt. Was die Dresdner Nachrichten veröffentlichen, ist lediglich ein vorläufiger Vorschlag des Berichterstatters, Abg. Schnabel (natl.), der aber bei verschiedenen Mitgliedern der Deputation nicht weit genug ging. Neben diesem Antragentwurfe lagen auch noch andere vor, insbesondere auch ein solcher des sozialdemokratischen Mitberichterstatters, Abg. Winkler, der vor allem fordert, die Regierung möge bei den Gemeinden die Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge anregen und für diese Zwecke 200 000 M. zur Subvention zur Verfügung stellen. Im Laufe der sehr eingehenden Verhandlungen, an denen auch eine Anzahl Abgeordnete teilnahm, die nicht der Deputation angehören, wurden noch weitere Vorschläge gemacht und Anregungen gegeben. So vertrat der Abg. Schwager (freis.) die Ansicht, die Regierung lediglich zu ersuchen, einen Betrag zur Verfügung zu stellen.

Auch der Vorsitzende, Genosse Fräßdorf, unterbreitete der Deputation einen Vorschlag, der dahin ging, paritätische Zentralarbeitsnachweise einzurichten, auf Veranlassung der Regierung Arbeitslosenfonds in den Gemeinden anzulegen und hier eine staatliche Subvention von 50 Proz. zu gewähren. Auf Vorschlag des Genossen Fräßdorf wurde beschlossen, eine Redaktionskommission zu wählen, die unter Berücksichtigung der verschiedenen Anregungen einen Antrag ausarbeiten soll, der möglichst die einstimmige Annahme der Deputation fand. Es sollen und müssen dann darüber auch noch die Regierungsvertreter gehört werden. Von einer endgültigen Entschließung der Deputation über die wichtige Angelegenheit ist also noch keine Rede. Es wäre auch traurig, wenn aus den Verhandlungen der Deputation nichts Besseres herauskäme, als dieser provisorische Vorschlag des nationalliberalen Berichterstatters besagt. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation werden alles aufbieten, wenigstens etwas mehr zu erreichen.

Darf in den Gemeinderatssitzungen Obstruktion geübt werden?

a. Eine eigenartige Entscheidung hat soeben das sächsische Ministerium getroffen. Im Gemeinderat zu Bennewitz bei Wurzen, einem Arbeiterdorfe, sollte ein Beschluß gefaßt werden, welcher für die Arbeiterschaft sehr nachteilig gewesen wäre. Die vier im Gemeinderat sitzenden Parteigenossen suchten nun den Beschluß dadurch zu verhindern, daß sie immer, wenn es zur Abstimmung kommen sollte, die Sitzung verließen. Nachdem das einige Male geschehen war, erhielten sie von der Amtshauptmannschaft Grimma eine Verfügung, wonach sie eine Ordnungsstrafe von je 50 M. bezahlen sollten, wenn sie sich der Beschlußfassung weiter entziehen. Die Strafandrohung stützte sich auf § 95 der Landgemeindeordnung, wonach allerdings derjenige Gemeindevertreter bestraft werden kann, der „seine Pflicht verletzt." Die Betroffenen reichten hiergegen Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft Leipzig ein und wiesen darauf hin, daß der regelmäßige Besuch der Sitzungen und das Ausharren darin gar nicht, und zwar weder im Ortsstatut noch in der Landgemeindeordnung, zu den Pflichten der Gemeinderatsvertreter gemacht worden sind. Die Kreishauptmannschaft wies aber die Beschwerdeführer ab. Die Amtshauptmannschaft sei, so sagt sie, noch sehr milde verfahren, denn sie hätte gar nicht erst eine Strafe anzudrohen brauchen, sondern gleich aussprechen können. Hiergegen wurde das Ministerium des Innern angerufen, das ohne nähere Begründung mitteilte, daß zu einem Eingreifen kein Anlaß vorliege. Da inzwischen der Gemeindevorsteher immer wieder neue Sitzungen anberaumte, waren die Genossen gezwungen, ihre Aemter niederzulegen. Sie sind aber bereits mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Mit der Sache hat sich nun noch das Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen.

Drückt die Einheitsschule das Bildungsniveau der Volksschule herab?

Dieser Einwand wird von den Gegnern der allgemeinen Volksschule gern erhoben. Wie steht es damit? Die Einheitsschule wird ungefähr unserer heutigen mittleren Volksschule entsprechen. Das große Heer der Schüler, das jetzt die einfache Abteilung besucht — etwa zwei Drittel der Gesamtschülerzahl —, wird demnach eine wesentlich bessere Beschulung erfahren als heute. Es kann also nicht von einem Herabdrücken, sondern muß von einem Hinaufdrücken des Bildungsniveaus gesprochen werden. Die Gegner behaupten nun, daß die Kinder der verschiedenen Stände so wenig gleichartige Voraussetzungen für den Unterricht mitbrächten, daß ein gemeinsames Unterweisen unmöglich wäre. Vor allem seien die Kinder der sozialen Mittel- und Oberschichten, die Schüler also der höheren Volksschule, unterrichtlich benachteiligt. Zweierlei sei da zunächst vorausbemerkt: einmal ist das nur ein verschwindend geringer Prozentsatz des Gesamtschülerheeres, zum anderen ist es Tatsache, daß zur Aufnahme in eine höhere Lehranstalt die Bildung der mittleren Volksschule vollauf genügt. Wie steht es nun mit der Benachteiligung? Einen Vorzug hat das Kind aus guter Familie sehr oft vor seinem ärmeren Kameraden: den der sprachlichen Gewandtheit. Der bildet aber durchaus nicht die Regel! Uebrigens ist auch der Unterschied nicht so groß, wie es beim ersten Blick scheinen möchte. Es handelt sich um Kinder, vielfach sogar nur um solche von 6 bis 10 Jahren. Deren Wortschatz weist noch nicht die Unterschiede auf wie der der Erwachsenen. Soweit sie aber vorhanden sind, gleicht sie der Unterricht sehr bald aus. Auch ist es im allgemeinen unrichtig, anzunehmen, das Arbeiterkind sei ärmer an Anschauung als das Kind anderer Stände. In Frage kommt meist nicht eine Verschiedenheit in der Größe, sondern nur in der Art des Vorstellungsschatzes. Die ist wiederum nicht so bedeutend, daß dadurch eine Trennung der Kinder bedingt würde. Oft zeichnet sich auch — das lehrt die pädagogische Praxis — gerade das Beobachtungsgut der ärmeren Kinder aus durch große Klarheit und Treue. Von einer Benachteiligung der einen vor den anderen in der allgemeinen Volksschule kann demnach nicht gesprochen werden, sondern eher von einer gegenseitigen glücklichen Ergänzung. Wenn aber niemand benachteiligt wird, dann wird auch das Bildungsniveau nicht herabgedrückt.

Oelsnitz i. V. Die Anfechtungsklage dreier sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen die Entscheidung der Königl. Kreishauptmannschaft, die wegen der Einführung des Berufsklassenwahlsystems bei den Stadtverordneten zugunsten des Stadtrats ausfiel, wurde vom Königl. Oberverwaltungsgericht abgewiesen.

Zwickau. Die Königl. Kreishauptmannschaft Zwickau genehmigte die Auflösung der Gemeindekrankenversicherung zu Oberhohndorf und die Vereinigung dieses Bezirks mit der Ortskrankenkasse zu Schedewitz und Umgegend.

Nachrichten aus dem Lande.

Radeberg. Auf dem Bahnkörper zwischen Arnsdorf und Radeberg wurde gestern abend 8¾ Uhr durch eine Lokomotive der in der Wendmühle bei Mohorn beschäftigte Bäckergehilfe Schurig aus Grund bei Mohorn überfahren und tödlich verletzt. Den Ermittlungen zufolge hat der Verunglückte seine Verletzungen vermutlich dadurch verschuldet, daß er den Bahnkörper als Weg benutzte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Wege zur Arbeit ist in Wildenau die 20jährige Tochter des Handarbeiters H. aus St. Katharina in den Flutgraben gestürzt und ertrunken; es liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. — In Netzschkau herrscht zurzeit große Wohnungsnot. Es fehlt in der Hauptsache an mittleren und kleineren Wohnungen. — Ein 74 Jahre alter, in der Vorstadt Kappel-Chemnitz wohnhafter Invalid und früherer Portier stürzte sich am Mittwoch nachmittag aus dem Fenster seiner im dritten Stock gelegenen Wohnung und zerschmetterte sich den Schädel. Schwere Krankheit trieb den alten Mann zum Selbstmord. — Nach der gerichtsärztlicherseits erfolgten Aufnahme des Tatbestandes in bezug auf den gemeldeten Todesfall des Administrators v. Berlepsky in Mittel ist festgestellt, daß kein Mord vorliegt. — Als in Pulsnitz die Ehefrau des Schuhmachers und Hilfsbriefträgers Wittzer die Hängelampe in die Höhe schrauben wollte, explodierte die Lampe und das brennende Petroleum ergoß sich über die Frau. Im Augenblick stand sie in hellen Flammen. Der Ehemann, der in der Stube beschäftigt war, ergriff sofort eine Kanne Wasser und übergoß seine brennende Frau, doch verbreitete sich dadurch die Flamme um so schneller. Die Frau ist am ganzen Körper, namentlich im Gesicht und an den Armen, schwer verbrannt. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. — Ein 13jähriges Schulmädchen namens Ebersbach hat sich in Glauchau aus Furcht vor Strafe in der Mulde ertränkt. Die Leiche wurde heute vormittag polizeilich aufgehoben. — Schwer verunglückt ist in Leisnig der Geschirrführer Kästner. Die vor seinen Wagen gespannten Pferde scheuten, wobei er zirka 30 Meter geschleift und an einen eisernen Zaun gedrückt wurde. Er hat schwere innere Verletzungen erlitten. — Als sich zwei Mädchen im Alter von 17 bis 20 Jahren von Zittau nach dem Lämmchen in Bertsch begaben, wurden sie von einem Manne, der sich am Fußwege hinter einem Birkenbusch verborgen gehalten hatte, angefallen. Das ältere Mädchen wurde von ihm auf eine Wiese geschleppt, wo er es vergewaltigen wollte. Die jüngere Begleiterin der Ueberfallenen stieß laute Hilferufe aus, die vier auf dem Fußwege befindliche Männer herbeitrieben. Der Täter ließ jetzt von seinem Opfer ab und ergriff die Flucht. Es gelang ihm, zu entkommen.

Stadt-Chronik.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zeitigte recht lebhafte Debatten, obwohl die Tagesordnung nur neun Punkte umfaßte. In einem recht dürftig begründeten Schreiben gibt der Rat die Ablehnung der Ueberlassung eines Teiles des von der Stadtgemeinde ermieteten, östlich und westlich der Großenhainer Straße gelegenen forstfiskalischen Landes an den Verein Dresdner Waldschule bekannt. Stadtv. Dr. Peters trat warm für die Errichtung bezw. städtische Unterstützung der Bestrebungen des genannten Vereins ein, während Genosse Nitzsche seiner Verwunderung über die ablehnende Haltung des Rates in einer so wichtigen sozialen Frage Ausdruck verlieh. Auf das bahnbrechende Beispiel der Stadt Charlottenburg verweisend, fordert unser Redner die Errichtung von städtischen Waldschulen für schwächliche Kinder, zum mindesten aber, solange man dazu nicht übergehe, eine tatkräftige Unterstützung des Vereins Dresdner Waldschule. Der Oberbürgermeister unterzog sich darauf der recht undankbaren Aufgabe, die ablehnende Haltung des Rates zu begründen. Seine Ausführungen fanden denn auch ungeteilten Beifall derjenigen Stadtverordneten, von denen in solchen Fragen eine fortgeschrittene Haltung nicht erwartet wird. Aus der Seele hatte der Oberbürgermeister besonders dem Stadtverordneten Neuschild gesprochen, der seiner Freude demonstrativ Ausdruck verlieh, während man bei der Rede unseres Genossen Nitzsche aus der „Neuschildecke" beständig unartikulierte Laute vernehmen konnte.

Die Mängel im Straßenbahnwesen scheinen ein ständiger Verhandlungsgegenstand der Stadtverordneten zu wer-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ken. Eine ausgedehnte Debatte fand vor wenigen Wochen bei Behandlung des Antrags Krüger statt, wo das Betriebsamt bezw. der Rat schon nicht besonders günstig abschnitten. Gestern war es der Stadtv. Kohlmann, der durch einen Dringlichkeitsantrag eine Regelung des Zeitfahrkartenverkaufs forderte, obwohl gerade dieser Herr die letzten Debatten durch einen Verschleppungsantrag unwirksam zu machen suchte. Genosse Krüger hob dies in seinen Ausführungen hervor und betonte, daß all die Mißstände, die von bürgerlicher Seite vorgebracht worden seien, wiederholt Gegenstand der sozialdemokratischen Kritik waren. Stadtrat Köppen, der Dezernent des Verkehrswesens, verteidigte so gut und so schlecht als es eben ging die „Straßenbahn". Wie schlecht man im Rat über die Bedürfnisse des fahrenden Publikums unterrichtet ist, zeigte ein Ausspruch dieses Herrn, nach welchem ein Bedürfnis für die Benutzung der Arbeiterfahrkarten in den Mittagsstunden nicht vorliege. Stadtv. Blüthner gab ein Beispiel, wie die bürgerlichen Herren im Straßenbahnausschuß ihre Aufgabe auffassen, indem er kurz und bündig erklärte, man habe im Straßenbahnausschuß nur die Vorlagen und Anregungen des Rates zu prüfen. Auf solche „aufgebauschte" Vorkommnisse, wie sie Krüger angeführt habe, könne man dort nicht eingehen. Nunmehr ist es auch erklärlich, warum man gerade von diesem Ausschuß, für den in nächster Sitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen ist, die Sozialdemokraten ängstlich fernhält. Unter solchen Umständen werden die Sozialdemokraten auch in Zukunft die Wünsche und Beschwerden des fahrenden Publikums im Plenum vorbringen müssen.

Behörde und Brotverkauf.

Eine Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden-N. bestimmt, daß jedes zum Verkauf stehende Schwarzbrot mit Gewichtsangabe versehen sein muß. Im Lagerraum der Brotfabrik Dobritz von Däumichen wurden vor einiger Zeit zwei Brote ohne Gewichtsangabe und zwei andere mit 30 Gramm Mindergewicht entdeckt. Das Schöffengericht verurteilte Däumichen darauf wegen Zuwiderhandlung gegen § 1 der Bestimmungen über den Verkauf von Schwarzbrot zu 5 M. Geldstrafe. Nachdem eine Berufung vor dem Landgericht erfolglos verlaufen war, wendete sich Däumichen mit einer Revision ans Oberlandesgericht und rügte in der Hauptsache eine Verkennung der Begriffe „Verkaufsstelle" und „Lagerraum". An sich sei ja jedes Brot zum Verkauf bestimmt; dem Fabrikanten müsse aber Gelegenheit gegeben werden, ungeeignete Brote auszuscheiden. Das könne aber nicht in der Backstube, sondern lediglich im Lagerraum geschehen. Die Vorschriften enthielten große Härten und ließen sich sehr schwer auf die Praxis übertragen, da die verschiedensten Umstände, darunter auch temporäre Einflüsse bei der Fabrikation eine Rolle spielten. (Bekanntlich wird das Gewicht meist im Brot eingebrannt und die Brotmasse vor dem Backprozeß gewogen.) Das Oberlandesgericht verwarf das Rechtsmittel kostenpflichtig. Wenn Bestimmungen über den Verkauf des Brotes getroffen worden seien, so müßten sie auch eingehalten werden. Die Vorinstanz habe mit Recht angenommen, daß die gefundenen Brote zum Verkauf bereitgehalten worden seien. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß sie auch vom Lagerraum aus in den Verkehr gebracht werden konnten.

Von den Ansprüchen unehelicher Kinder.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß uneheliche Kinder in der Regel ein besonders trostloses Dasein haben. Der Verdienst der Mutter reicht nicht aus, um auch ihm ein einigermaßen erträgliches Leben zu verschaffen. Der außereheliche Vater entzieht sich in vielen Fällen der Pflicht, für sein Kind zu sorgen. Es gibt wohl ein Gesetz, das ihn zu dieser Pflicht zwingen kann. Nach § 1708 B. G.-B. ist der Vater eines unehelichen Kindes verpflichtet, dem Kinde bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren. Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Berufe. Das B. G.-B. setzt also mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, die vorliegen können, keinen bestimmten Betrag fest, trotzdem der § 1710 des B. G.-B. vorschreibt: „Der Unterhalt ist durch Entrichtung einer Geldrente zu gewähren."

Es haben sich nun bei den meisten Amtsgerichten Sätze herausgebildet, die man regelmäßig anwendet, wenn die Mutter des Kindes dem Kreise der Arbeiter oder kleinen Handwerker entstammt oder selbst Arbeiterin, Dienstmagd oder dergleichen ist. So bewilligen das Amtsgericht Bremen 240 M. jährlich, Delmenhorst 100 bis 200, Oldenburg 150 bis 180, Emden 140 bis 160, Wilhelmshaven 300, Berlin und Vororte 240 bis 300, Potsdam jedoch nur 180, Durlach (Baden) 240 bis 300, Lübeck 180 bis 240, Straubing (Bayern) 90, Grabowmühlen (Mecklenburg) 50 bis 150, Frankfurt a. M. 30 bis 360, Frankfurt a. O. 180, Hannover: ein Prozeßrichter 260, ein anderer 200 bis 240, ein dritter 240 bis 300, die übrigen gleichmäßig 240 M. usw.

Diese wenigen Beispiele, die einer Zusammenstellung der Rechtsauskunftsstelle in Lübeck entnommen sind, zeigen, welche großen Unterschiede in der Praxis der Gerichte vorhanden sind. Vergleichungen unter den Städten lassen erkennen, daß die Verschiedenheit der Unterhaltungssätze vielfach ihren Grund nicht in anderen Verhältnissen, sondern lediglich in der verschiedenen Beurteilung und Schätzung hat. Auch im übrigen haben die deutschen Amtsgerichte recht verschiedene Anschauungen. Nach Ansicht des einen sind die Kosten der Unterhaltung im ersten Jahre besonders hoch, im zweiten Jahre niedriger und später noch niedriger, während nach Ansicht des andern Gerichts die Kosten für die ersten zwei Jahre gleich hoch und erst später niedriger sind. Nach anderer Ansicht wird das Kind erst vom sechsten Lebensjahre an billiger. In vielen ländlichen Bezirken sollen sich die Kosten für das 15. und 16. Jahr besonders ermäßigen. Im Gegensatz dazu setzt z. B. Frankfurt a. M. die Rente für die Zeit vom 7. bis 16. Jahre von 300 M. auf 360 M. herauf.

Das B. G.-B. bestimmt, daß für die Bemessung der Höhe der Rente die Lebensstellung der Mutter entscheidend ist. Danach würde also ein armer Arbeiter dasselbe zu zahlen haben wie ein reicher Kaufmannssohn. Diese Bestimmung widerspricht zweifellos dem Volksempfinden und der Billigkeit und tatsächlich weichen auch verschiedene Gerichte insofern von der gesetzlichen Bestimmung ab, als sie je entsprechend dem Stande des außerehelichen Vaters die Rente verschieden festsetzen. — Man ersieht daraus, wie notwendig eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie ist.

Eisenbahn-Bureaukratie.

Ein Arbeiter, der schon längere Zeit die Strecke Pirna—Krippen mit Monatskarte 3. Klasse fährt, wurde in der ersten Hälfte des Dezember v. J. krank. Um nun die Ausgabe für die gelöste Monatskarte, die er deshalb nicht weiter benutzen konnte, nicht umsonst gemacht zu haben, machte der Mann auf den Rat eines höheren Eisenbahnbeamten ein Gesuch um teilweise Zurückerstattung des Fahrgeldes an die Eisenbahndirektion. Zu diesem Zweck mußte er die Monatskarte vorher ungültig machen lassen. Die Eisenbahndirektion Dresden lehnte die Zurückerstattung eines Teilbetrages ab. Da der Mann noch im Dezember wieder seiner Arbeit nachgehen konnte, benutzte er auch die vorher zum Zwecke des Gesuches ungültig gemachte Fahrkarte, die ihm von der Direktion zurückgesandt worden war. Er war natürlich in dem guten Glauben, daß die Karte, nachdem die gewünschte Zurückzahlung abgelehnt wurde, auch für den gelösten Monat weiter Gültigkeit habe. Als er nun die erste Fahrt machte, wurde ihm in Pirna erklärt, die Karte sei ungültig und er müsse die doppelte Fahrt bezahlen. Trotzdem der Mann den Bescheid der Direktion vorlegte und die nötige Aufklärung gab, mußte er, wie ihm bedeutet wurde, froh sein, daß er nicht für die Fahrt mit ungültiger Fahrkarte bestraft wurde, sondern mit der Bezahlung der einfachen Karte davonkam. Bis zum Monatsschluß mußte er sich nun täglich eine Fahrkarte lösen, trotzdem er seine Monatskarte voll bezahlt hatte. Außer den Scherereien hat der Mann also noch zirka 5 M. doppelte Fahrkosten zu zahlen — weil er sich ein Gesuch an die Direktion geleistet hat. Leider beruhigte sich der Fahrgast bei diesem Verfahren und ließ sich obendrein noch seine Monatskarte abnehmen.

Behörden und Publikum.

Man schreibt uns: Kommt da in die Gerichtsburg auf dem Münchner Platze ein steuerzahlender Staatsbürger, um an Gerichtsschreiberstelle etwas zu Protokoll zu geben. Zufälligerweise ist ihm aber die Wohnung eines Zeugen nicht bekannt und er fragt den Gerichtsschreiber, ob er nicht im Landgerichtsgebäude ein Adreßbuch erhalten und darin die Adresse suchen könne. Der Gerichtsschreiber verweist ihn nach der gerade entgegengesetzt gelegenen Botenmeisterei, wo das einzige für das Publikum zugängliche Adreßbuch zur Einsicht nahme ausliegen soll. Der also Beschiedene begibt sich dahin und bringt dort beim Botenmeister sein Anliegen nochmals ebenso höflich vor. Der Herr Botenmeister, wahrscheinlich ein ehemaliger Feldwebel, herrscht den höflichen Frager im Unteroffizierstone an, was er wolle, und als dieser seine höfliche Frage wiederholt, erhält er die kriegsartikelmäßig kurze Antwort: „Das Adreßbuch ist für Privatpersonen hier nicht da; das hat der Chef angeordnet!" Auch auf die Einwendung, daß doch durch die Einsicht in das Adreßbuch ein Staatsgeheimnis wohl kaum verraten werden könne, läßt sich der gestrenge Herr Botenmeister nicht erweichen, denn der „Chef" hat es ja „angeordnet!"

Die kleine Episode ist bezeichnend für die Art, wie Subalternbeamte in ihrem Dienst erzogen werden.

Die Bedeutung der Revisionsinstanz.

Es herrscht noch große Unkenntnis über die Bedeutung der Revisionsinstanz. Viele Leute sind der irrtümlichen Ansicht, daß in dieser Instanz ebenso wie in der Berufungsinstanz die Prozeßsache von neuem verhandelt wird. Andere wissen zwar, daß dies nicht der Fall ist, sondern wie sie sich auszudrücken pflegen, ein Formfehler vorliegen muß; sie sind aber völlig im unklaren darüber, welcher Art ein solcher Formfehler sein muß. Wenn man eine richtige Vorstellung von der Bedeutung und Wirkung der Revisionsinstanz in Zivil- und Strafprozessen gewinnen will, ist es vor allem nötig, sich klar darüber zu werden, daß das Revisionsgericht an die tatsächlichen Feststellungen, die der Vorderrichter getroffen hat, gebunden ist. Beweisanträge werden somit in der Revisionsinstanz nicht zugelassen, ebensowenig Ausführungen, die sich auf rein tatsächlichem Gebiete bewegen. Es muß vielmehr dem Revisionsgerichte nachgewiesen werden, daß das Gericht, dessen Urteil mit dem Rechtsmittel der Revision angefochten wird, das Gesetz in bezug auf prozessuale Bestimmungen oder materiellrechtliche Vorschriften verletzt hat. Eine prozessuale Vorschrift wäre beispielsweise verletzt, wenn das Gericht die Beweisaufnahme in gesetzlich unzulässiger Weise beschränkt hätte, eine materiellrechtliche Vorschrift dann, wenn es irrtümlicherweise infolge falscher rechtlicher Schlußfolgerungen aus dem von ihm festgestellten Tatbestande eine Gesetzesbestimmung unrichtig anwenden würde, so z. B. Diebstahl annähme, obgleich der strafrechtliche Tatbestand der Unterschlagung vorliegt. Wenn die Revision bei dem Oberlandesgericht verhandelt wird, also wenn es sich um ein Urteil handelt, das die Strafkammer in der Berufungsinstanz erlassen hat, kann die Revision nur auf Verletzung materiellrechtlicher Vorschriften gegründet werden. Hat die Revision Erfolg, so wird die Sache, sofern von dem Revisionsgericht nicht ohne weiteres auf Freisprechung erkannt wird, in die Vorinstanz zurückverwiesen. Hier wird sie von neuem verhandelt, und es können dann selbstverständlich tatsächliche Ausführungen gemacht und Beweisanträge gestellt werden.

Der Umsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg im Jahre 1909 betrug 74 915 813 M., während im Jahre 1908 ein Umsatz von 65 778 277 M. erzielt wurde. Die Umsatzsteigerung beträgt also 9 137 536 M. oder 13.9 Proz. Im Monat Dezember 1909 betrug der Warenumsatz 8 979 313 M. gegenüber einem Umsatz von 7 785 451 M. im Dezember 1908. Auch die Bankabteilung, die zum erstenmal einen Jahresabschluß vorlegt, hat sich günstig entwickelt. Der Gesamtumsatz betrug 1909 auf Girokonto im Debet 33 131 164 M., im Kredit 33 164 424 M.

Straßenbahnverkehr. Die letzte Straßenbahn-Verbindung der Linie 1 nach der Ludwig-Hartmann-Straße wurde bisher durch die Wagen 10.30 und 11.27 ab Vorstadt Plauen vermittelt. Vom 1. März an werden mit 12-Minuten-Zwischenzeiten alle bis 11.27 ab Plauen nach Bahnhof Neugruna fahrenden Wagen der Linie 1 bis Endpunkt Ludwig-Hartmann-Straße durchgeführt. Der letzte Wagen trifft 12.16 dort ein.

Unfall. Das rücksichtslose Fahren der Fleischerwagen verschuldete wieder einmal einen Unfall. Auf der Leipziger Straße wurde ein stadtwärts auf seinem Rade fahrender Schlosserlehrling von einem Fleischergeschirr umgerissen und überfahren. Dem Schwerverletzten leistete ein hinzukommender Arzt die erste Hilfe, dann wurde der Verunglückte mittels Unfallwagens in die elterliche Wohnung gebracht.

Vermischte Nachrichten. Im Kaiser-Café am Bismarckplatz ist am 28. Februar in den Abendstunden einem hiesigen Generalagenten seine Brieftasche mit verschiedenen Legitimationspapieren abhanden gekommen, die er möglicherweise irrtümlich in einen anderen, neben dem seinigen hängenden Ueberzieher gesteckt hat. Die Personen, die zur fraglichen Zeit in dem genannten Café verkehrt sind, werden gebeten, sich von dem Inhalte ihrer Ueberziehertaschen zu überzeugen und bei Auffindung der Brieftasche der Kriminalabteilung Nachricht geben zu wollen. — Ein der Erpressung dringend verdächtiger Schreiber gibt an, er habe auf mehrere Annoncen, auf Grund deren Schreiber oder Bureauvorstände gesucht worden seien, Offerten eingesandt und um Antwort unter A. B. hauptpostlagernd ersucht. Da es für die Untersuchung von Wichtigkeit ist, festzustellen, ob diese Angaben der Wahrheit entsprechen, so werden die Personen oder Firmen, die Offerten unter dieser Chiffre erhalten haben, ersucht, der Kriminalabteilung diese Offerten vorzulegen. — Trübungen des Leitungswassers dürften in den nächsten Tagen in der Wilsdruffer Vorstadt eintreten. Zur Vornahme einer ... Arbeit an der Wasserhauptrohrleitung in der Ammon... Ecke Rosenstraße, muß diese teilweise abgestellt und ... werden. Es werden durch das Schließen der Hauptschieber und durch die veränderte Wasserbewegung im ... dieses Stadtteils Wassertrübungen auftreten, welche auf ... Arbeiten zurückzuführen sind.

Aus der Umgebung.

Mockritz. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung ist an den Anschlagtafeln bekannt gemacht.

Niedergorbitz. Morgen Sonnabend erfolgt Ausgabe von Büchern aus der Bibliothek des Sozialdemokratischen ... von Gorbitz und Umgegend. Es werden alle Leser, die im Neuen Jahr Bücher entnommen haben, ersucht, dieselben an diesem Tage abzuliefern. Regere Benutzung der Bibliothek wäre zu wünschen. Regelmäßige Ausgabe erfolgt jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats im Restaurant ... Bergstraße, abends von 9 Uhr an.

Hainsberg. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn bis zur ...grenze Coßmannsdorf erörtert. Es sind die Anlieger ... worden. Das Areal, das von diesen abzutreten ist, ... 12 148 M. angegeben worden. Die neuherzustellenden ...friedigungen, Verlegen von Treppen usw. erfordern nach Kostenanschlag einem Aufwand von 11 086 M. Dazu ... noch das der Gemeinde gehörige Land. Der Vorsitzende beantragte, daß letztere dem Staate unentgeltlich zur Verfügung stellen, blieb jedoch mit seiner Ansicht allein. Es wurde ... beschlossen, das Land mit 6 M. pro Quadratmeter zu be... Die Anlieger machen jedoch ihr Angebot davon abhängig, ... Staat eine neue eiserne Weißeritzbrücke baut und der ... sonst keine Kosten entstehen. — Den Anstalten in M... und Tobiasmühle wurden 10 bezw. 5 M. Unterstützung bewilligt. — Dem Ueberlaßvertrag mit der Staatseisenbahn über die durchgehende Wasserleitung wurde zugestimmt.

Unkersdorf. Die erwachsenen Söhne des Gutsbesitzers ... wurden am Dienstag nachmittag von einem schweren ... betroffen. Bei einer Ausfahrt von Unkersdorf nach ...druff gingen die Pferde durch, warfen in einer Kurve in ...bach das leichte Gefährt um, wobei der ältere Sohn eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen, der jüngere ... Verwundungen davontrug.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Der verprügelte Seladon. Der Schauspieler Bachmann ... hielt ein Liebesverhältnis mit der Ehefrau des Expedienten ...mann. Wenn Naumann nachts nicht zu Hause war, kam der ...haber und hielt mit N.s Frau Schäferstündchen. Einmal ... das sehr schlecht bekommen. Der betrogene Ehemann, der ...ses Verhältnisses mit seiner Frau in Scheidung liegt, hatte ... Geschichte Wind bekommen. In der Nacht zum 29. Oktober gegen 3 Uhr der Schauspieler an das Haus und setzte etwa ... hintereinander die elektrische Klingel in Bewegung. Aus ...sehen klingelte er auch bei anderen Mietern mit und das ... wurde rebellisch. Naumann nahm sich einen fingerdicken ... mit, schloß die Haustüre auf und prügelte den Liebhaber ... Zum Glück hatte N. damals noch keine Kenntnis von der ... der Beziehungen zwischen seiner Frau und dem Schauspieler, wäre es ihm weit schlechter gegangen. So kam B. nur mit ... und Beulen davon, die er sich ärztlich bescheinigen ließ. Beide ... sich nun zu verantworten: Der eine wegen „groben Unfugs", ... andere wegen gefährlicher Körperverletzung. Der Schauspieler ...schuldigt den „groben Unfug" damit, daß er angetrunken ... sei. Er habe in dieser Zeit „seelische Depressionen" gehabt ... jener Nacht deshalb in lustiger Gesellschaft gezecht. Erst ... Prügel sei er richtig munter geworden. Uebrigens habe er ... N.s Betreiben seine Stellung am Hoftheater verloren. N. ... geltend, daß er in begreiflicher Erregung gehandelt habe, ... bedauere nur, daß er B. nicht mehr verprügelt habe. Jeder ... 15 M. Geldstrafe.

Der „Taubstumme". Der Arbeiter Karl Johann August ... markierte den Taubstummen und bettelte. Dabei bediente ... falscher Papiere. Dem Gendarmen gegenüber legte er sich ... falschen Namen bei. Wegen Betrugs und falscher Namensangabe erkannte das Gericht auf 1 Monat Gefängnis und 1 Woche ...

Jugendgericht.

Ein Renitenter. Am 4. Oktober kurz vor Mitternacht ... sich der 15jährige Arbeitsbursche Sprenger auf dem Postplatz ... Nähe der Straßenbahnhaltestellen auf. Von einem Strecken... wurde er längerer Zeit beobachtet, wie er die aus- und einsteigenden Fahrgäste anbettelte. Ein Gendarm, den er auf den Jungen ...merksam machte, jagte ihn fort, darauf antwortete der ... „Wir sind arm, ich muß Geld verdienen, ich handle mit ... Vom Gendarmen nach seinem Namen befragt, weigerte er ... zu nennen. Als ihn der Beamte nun ergriff und arretieren ..., warf er sich hin, schrie, schimpfte und versuchte den Gendarmen mit den Beinen zu stoßen. Ein Rechtsanwalt schloß sich dem Transport auf die Wache nach der Scheffelstraße an. Durch das Betragen des Jungen auf der Wache wurde er aber über den Charakter des ... aufgeklärt. Nachdem Sp. aus der Wache entlassen war, ... auf der Straße seinen Skandal und das Schimpfen auf die ... fort und erzählte dem aufgeregten Publikum, er sei in der ... geschlagen worden. Er wurde nun noch einmal in die ...stube zurückgeholt und erst entlassen, nachdem sich die Leute auf der Straße verlaufen hatten. Der Angeklagte ist schon zehnmal ...lich und gerichtlich vorbestraft. Auch war er zehn Wochen in ... Besserungsanstalt. Nach den Akten und auch nach den ...lungen vor dem Schöffengericht lebt die Mutter des Angeklagten mit der Polizei auf Kriegsfuße. Nach den umfangreichen ...akten, von denen ein großer Teil verlesen wurde, hat ... gestanden, daß ihm seine Mutter den Rat gegeben habe, ... Gegenwart vieler Leute arretiert würde, stets den größten ...stand zu leisten und recht gefährlich zu tun, da bei solchen ... das Publikum stets Stellung gegen die Polizei nehme. ... Jugendabteilung des Schöffengerichts hatte den Angeklagten ... 7. Januar wegen Widerstands zu 2 Monaten Gefängnis und ... Bettelns und Lärmens zu 10 Tagen Haft verurteilt. Gegen ... Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, die aber ...pflichtig verworfen wurde.

Von den sozialen Verhältnissen, die hier sicher stark ... und den Jungen zu dem machten, was er ist, steht natürlich ... den Akten. — — —

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Stadtverordneten-Sitzung

vom 3. März.

Als Ersatzmann für den aus dem Kollegium ausgeschiedenen Gemeindevorstand a. D. Clauß ist der priv. Fleischermeister Renz gewählt worden, der auch erschienen und vom Vorsteher eingewiesen wird.

Unter den Registranden-Eingängen befindet ein Schreiben des Rats, in dem mitgeteilt wird, daß das Finanzministerium die Ueberlassung des von der Stadtgemeinde ermieteten, östlich und westlich der Radeberger Straße gelegenen forstfiskalischen Areals für die

Errichtung einer Waldschule abgelehnt

hat. Stadtv. Dr. Peters: Damit ist die Sache auf einem toten Punkt angelangt. Der Verein Dresdner Waldschule verfügt zwar über ein Kapital von 12 000 M., kann aber keinen Bauplatz erhalten. Der Verein will die Errichtung von Gebäuden auf erpachtetem Gelände nicht, er will vielmehr das erforderliche Areal kaufen, um es zu erbauen. Der Verein soll vielmehr das erforderliche Areal kaufen, für einen unverhältnismäßig hohen Preis, 10 bis 12 M. pro Quadratmeter. Was anderes wäre es gewesen, wenn die Stadtgemeinde als Besitzerin des König-Albert-Parkes das entsprechende Areal zur Verfügung gestellt hätte. Es wäre das Stück in Frage gekommen, was jetzt der Verein Volkswohl inne hat. Der Rat hat aber seine Genehmigung verweigert, er vermag ein Bedürfnis für Errichtung einer Waldschule nicht anzuerkennen. Ich will nur zu hoffen, daß in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Stadtv. Dr. Hopf pflichtet dem Vorredner bei. Die Errichtung von Waldschulen sei eine hygienische Forderung allerersten Ranges. Er beantragt Ueberweisung des Ratsschreibens an den Verwaltungsausschuß zur weiteren Behandlung.

Stadtv. Nitzsche (Soz.): Auch ich bin erstaunt, daß der Rat der Bestrebungen solche Schwierigkeiten bereitet, daß er erklärt, es bestehe kein Bedürfnis für die Waldschulen vorhanden. Schon der bloße Augenschein lehrt, und die Auslassungen der Schulärzte bestätigen es, daß die Zahl der schwächlichen und erholungsbedürftigen Kinder in Dresden außerordentlich groß ist. Das beweist auch die starke Inanspruchnahme der Ferienkolonien. Es ist aber auch darauf hinzuweisen, daß andere Städte mit den Waldschulen große Fortschritte erzielt haben, daß Charlottenburg jetzt daran geht, auf Grund der guten Erfahrungen seine Waldschulen weiter auszubauen. Wenn einmal aber ein Bedürfnis vorliegt — was zweifellos zu bejahen ist —, so ist es allerdings, nachdem sich das System der Waldschulen sieghaft durchgesetzt hat, unserer Ansicht nach am richtigsten, wenn die Stadt die Angelegenheit selbst in die Hand nimmt und die nötigen Mittel dazu bewilligt. Solange man sich aber dazu nicht entschließen kann, sollte man jedoch dem Verein in seinem löblichen Bestreben keine Schwierigkeiten bereiten. Wie wir am Geist schwache Kinder haben, so haben wir auch körperlich schwache Kinder, die sich in der Waldschule erholen könnten. Was jetzt die Stadt ausgibt, das kann sie später wieder an Armenunterstützung sparen! (Zuruf: Na, na!) Ich halte es also für sehr bedauerlich, daß der Rat den fraglichen Bestrebungen diese großen Schwierigkeiten bereitet. (Beifall bei den Soz.)

Oberbürgermeister Beutler: Wir haben der Angelegenheit durchaus keine Schwierigkeiten bereitet im Sinne des Vorredners. Was die Ueberlassung von Areal des Albertparks betrifft, so mußten wir uns auf den Boden der Stiftungsbestimmungen stellen, die ohne Genehmigung des Finanzministeriums nicht geändert werden können. Gern wäre der Rat mit der Errichtung einer Waldschule auf dem oben forstfiskalischen Areal oberhalb Trachaus einverstanden gewesen, aber der Fiskus wollte dies nicht gestatten. Wir sind aber auch der Meinung, daß wir in den letzten Jahren wahrlich genug Humanitätsbestrebungen mit großen finanziellen Opfern der Stadt unterstützt haben (Sehr richtig! bei der Mehrheit), so daß wir an diesbezügliche weitere Vorlagen, die weitere Opfer erfordern, mit größter Vorsicht herantreten müssen. Die reiche Stadt Charlottenburg kann sich schon solche Experimente erlauben. (Stadtv. Nitzsche: Hat höhere Steuersätze wie wir!)

Ich hoffe, daß der Verwaltungsausschuß bei einer genauen Prüfung der Sache zum selben Ergebnis kommen wird. Mit einem Kapital von 12 000 Mark kann ein solches Experiment nicht gemacht werden und mit einer jährlichen Beihilfe von 1500 Mark erst recht nicht. Wir erkennen die gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins an, wir sind auch bereit, alles zu tun, um dem Ziele nahe zu kommen, es ist aber ein ruhigeres Tempo notwendig. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Das Schreiben geht darauf an den Verwaltungsausschuß.

Stadtv. Kohlmann hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dahin geht, den Rat zu ersuchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, daß die Abnehmer von Zeitfahrkarten der Straßenbahn diese sofort ausgestellt erhalten können. Der Antrag wird als dringlich anerkannt und am Schlusse der Tagesordnung zur Erledigung kommen.

Eine längere Debatte ruft die

Abänderung des Ortsstatuts und die Neufestsetzung der Gehälter der besoldeten Stadträte

hervor. Das Kollegium hat am 29. April 1909 die Neufassung des Ortsstatuts beschlossen, das Ministerium hielt jedoch einige Punkte für abänderungsbedürftig, und da auch inzwischen von anderer Seite noch verschiedene Wünsche laut wurden, hat sich nochmals der Rat mit der Sache beschäftigt. Es wird nun für die Neuregelung der Gehälter der besoldeten Stadträte folgende Staffel vorgeschlagen: 7500 M. Anfangsgehalt, 8000 M. nach drei Jahren, 9000 M. nach sechs Jahren nach möglicher Wiederwahl, 10 000 M. nach neun und 11 000 M. (Höchstgehalt) nach zwölf Jahren. Weiter schlägt der Rat vor, daß in Zukunft allen die Bewilligung auch des zweiten Gnadenmonats dem Rate überlassen wird, während die Bewilligung des Gnadengehaltes für einen dritten Monat Rat und Stadtverordnete zu bestimmen haben. Eine weitere wesentliche Bestimmung ist die, daß der Vertreter des Rates bei allen Beratungsgegenständen nach Schluß der Beratung unmittelbar vor dem Schlußwort des Antragstellers oder der Berichterstatters das Wort zusteht. Das Ausschußgutachten empfiehlt hingegen eine Staffelung der Gehälter der Stadträte um je 1000 M. von drei zu drei Jahren vor, so daß das Höchstgehalt erst nach 15 Jahren erreicht wird. Ob der Gnadengenuß für einen zweiten und dritten Monat bewilligt werden soll, wird im einzelnen Falle durch den Rat und die Stadtverordneten bestimmt. Nur wenn das Gehalt des Verstorbenen 3000 M. nicht übersteigen hat, soll es allein, ob der Gnadengenuß für den zweiten Monat bewilligt werden soll, der Rat allein zu befinden haben. Hierzu lag noch ein Minderheitsgutachten des Stadtv. Dr. Graupner vor, wonach grundsätzlich auf zwei Monate der Gnadengenuß zu gewähren ist und nur die Frage, ob auch für einen dritten Monat, Rat und Stadtverordnete im einzelnen Falle zu entscheiden haben.

Die Berichterstatter der Ausschüsse, die Stadtvv. Schuricht, Merbitz und Kohlmann, empfehlen das Ausschußgutachten zur Annahme, während Stadtv. Dr. Graupner für das Minderheitsgutachten eintritt.

Stadtv. Nitzsche (Soz.): Der wichtigste Teil des Ausschußgutachtens ist Punkt 3, die Neuregelung der Gehälter der Stadträte. Es ist uns sehr schwer geworden, dafür zu stimmen, da der Mehraufwand ein viel beträchtlicher ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Es kommt nicht bloß die Erhöhung der Gehälter um je 1000 M. in Frage, sondern vor allem die Erreichung des Endgehalts in 15, bisher in 18 Jahren, was sehr ins Gewicht fällt. Es handelt sich damit um eine Gehaltserhöhung von reichlich 12 Proz., den Arbeitern hat man dagegen nur eine Lohnaufbesserung von 5 bis 6 Proz. zugestanden. Man wird zugeben müssen, daß die Erhöhung der Gehälter der Ratsmitglieder eine ganz erhebliche ist. Wenn wir trotzdem dafür stimmen, so geschieht es aus folgendem Grunde: Es kann nicht geleugnet werden, daß es für die Stadt wichtig ist, tüchtige und erfahrene Männer an der Spitze stehen zu haben, man wird auch zugeben müssen, daß die Stadträte eine verantwortliche und zum Teil auch eine aufreibende Tätigkeit haben im Gegensatz zu vielen höheren Beamten. Durch die Erhöhung der Gehälter ist es uns möglich, daß wir wirklich tüchtige Beamte zu Stadträten aussuchen und halten können, dieselben Gründe, die uns veranlaßt haben, der Lehrerbesoldungsvorlage zuzustimmen. Es ist aber zu betonen, daß die sicheren Ratsgehälter nur berechtigt sind, soweit wir tüchtige Ratsmitglieder haben. Das Kollegium hat alles daran zu setzen, daß wir uns auch wirklich Ratsmitglieder sichern, die ihren Platz voll und ganz ausfüllen. Unsere Zustimmung wird vor allem aber dadurch erleichtert, daß das Anfangsgehalt nicht erhöht wird, und daß nach den ersten drei Jahren nur eine Zulage von 700 M. eintritt. Der weiteren Gehaltserhöhungen hat es das Kollegium in der Hand, ob es das betreffende Ratsmitglied wieder wählen will. (Zuruf: War schon immer der Fall!) Gewiß, jetzt wird es das Kollegium aber ganz besonders notwendig haben, bezüglich der Tüchtigkeit des betreffenden Beamten eine gründliche Prüfung eintreten zu lassen. Sehr wesentlich kommt für uns in Betracht, daß die Gehaltsstaffel für die Ratsmitglieder nicht zwingendes Recht wird. Im Gegensatz zu den Gehaltsstaffeln für höhere Lehrer und andere höhere städtische Beamte haben die Ratsmitglieder keinen Anspruch, in eine höhere Gehaltsstufe einzurücken, denn nach § 35 des Ortsstatuts hat das Stadtverordnetenkollegium das Recht, die Gehaltserhöhungen in jedem einzelnen Falle trotz der aufgestellten Staffel zu bewilligen; es kann natürlich auch das Aufrücken in die höhere Gehaltsstufe ablehnen, wenn sich das betreffende Ratsmitglied nicht bewährt. Wir wünschen, daß von diesem Passus künftig entsprechender Gebrauch gemacht wird, daß man rücksichtsloser als bisher in dieser Beziehung verfährt. Wenn man unter Berufung auf die hohen Lebensmittelpreise die Gehälter der Ratsmitglieder erhöht hat, so wünschen wir, daß man in Zukunft diese Gründe mit demselben Nachdruck geltend macht, wenn es sich um Aufbesserung der Arbeiterlöhne und der Gehälter der übrigen Beamten handelt. Man hat zwar den übrigen Beamten zweimal zugelegt, doch reicht hier die Aufbesserung, namentlich bei den unteren Beamten, nicht an die Zulage heran, die man hier bewilligt.

Das Minderheitsgutachten hat keine große Bedeutung, ich halte es für ziemlich überflüssig. Gewiß kann man so weit gehen, für einen zweiten bezw. dritten Monat das Gnadengehalt zu gewähren, aber hier handelt es sich darum, das Mitbewilligungsrecht des Kollegiums aufrecht zu erhalten. Man wird nur dann bewilligen können, wenn wirklich eine Notlage gegeben ist. Das ist aber nicht immer der Fall. Wir wollen deshalb von Fall zu Fall entscheiden. Deswegen braucht man nicht engherziger und sparsamer verfahren zu werden. Vergegenwärtigt man sich, wie man die städtischen Arbeiter behandelt, so hat das Minderheitsgutachten erst gar keine Berechtigung. Für die Arbeiter hat man so gut wie keine Extravergünstigungen übrig, obgleich bei ihnen die Notlage beim Tode des Ernährers viel größer ist. Aus allen diesen Gründen werden wir gegen das Minderheitsgutachten stimmen.

Wenden muß ich mich gegen die Formulierung des Ausschußgutachtens. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß wir nicht für das ganze Ortsgesetz stimmen können, weil darin auch das jetzige Wahlrecht enthalten ist, das wir entschieden und prinzipiell als ein großes Unrecht bekämpfen. Stimmen wir für das ganze Ortsgesetz, so würden wir auch für das jetzige Wahlrecht stimmen. Deshalb ersuche ich, durch getrennte Abstimmung unsern Standpunkt zum Ausdruck bringen zu können.

Oberbürgermeister Dr. Beutler dankt allen Rednern für das der Vorlage entgegengebrachte Wohlwollen. Der Kompromißvorschlag ist unsern Wünschen entsprechend. Wenn die Vorlage in eine Zeit fällt, in der die Steuerkraft der Gemeinde sehr in Anspruch genommen ist, so geschieht dies deshalb, um zu Stadtratswahlen tüchtige und in der Praxis bereits bewährte Kräfte heranziehen zu können. Eine Erhöhung der Steuern tritt durch den Mehrbedarf von 4000 M. jährlich natürlich nicht ein. Selbstverständlich ist dem Rat das Minderheitsgutachten am sympathischsten, indessen bescheiden wir uns auch mit dem Ausschußgutachten.

Stadtv. Krumbein beantragt im Falle der Ablehnung des Minderheitsgutachtens die Wiederherstellung der Ratsvorlage, da diese immer noch günstiger sei als das Ausschußgutachten.

Stadtv. Dr. Schiebler bemerkt, ihm sei es auch schwer geworden, für das Ausschußgutachten zu stimmen, aber aus entgegengesetzten Gründen wie der Stadtv. Nitzsche. Er hätte gewünscht, daß der Ratsvorlage zugestimmt worden wäre.

In seinem Schlußwort behauptet der Stadtv. Dr. Graupner, die Sozialdemokraten machten heute, wenn sie dem Stadtv. Nitzsche folgten, einen kolossalen Schnitzer. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie heute mit Ihrem neuerworbenen Freunde Unrasch (Stürmische Heiterkeit b. d. Soz.) für das Mehrheitsgutachten stimmen, so verkennen Sie die Wünsche der breiten Masse der Beamtenschaft, dann veranlassen Sie, daß die Hinterbliebenen der Beamten mit einem Gehalt von 3000 M. wegen Gewährung des Gnadengehalts für den 2. und 3. Monat bittweise an den Rat herantreten müssen. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe bei den Soz.) Verhelfen Sie mit Ihren Stimmen dem Mehrheitsgutachten zum Siege, so führen Sie die Beamten von dem Wege des rechtlichen Anspruchs auf den Gnadenweg zurück. (Erneuter lebhafter Widerspruch bei den Soz. Sehr richtig! bei den Vertretern der Gruppe C.)

Stadtv. Schuricht weist in seinem Schlußwort ebenfalls darauf hin, daß bei Ablehnung des Minderheitsgutachtens der bedürftige Beamte auch für den 2. und 3. Monat den Gnadengehalt beziehen kann, und daß es sich nur darum handelt, dem Kolleg um das Mitbestimmungsrecht zu sichern.

In namentlicher Abstimmung wird das Minderheitsgutachten mit 42 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Krumbein auf Wiederherstellung der Ratsvorlage fällt ebenfalls. Darauf wird das Ausschußgutachten einstimmig angenommen. Gegen die Annahme des Ortsstatuts unter 1 stimmen die Sozialdemokraten.

Debattelos werden zu Kanalbauten für die Schwemmkanalisation 315 500 M. bewilligt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung haben kein allgemeines Interesse und werden glatt erledigt.

Mißstände im Straßenbahnwesen.

Zur Beratung kommt nun noch der Dringlichkeitsantrag Kohlmann. Der Antragsteller führt zur Begründung aus, daß sich die Beschwerden über die Art und Weise der Vergebung der Zeitfahrkarten in den letzten Tagen geradezu gehäuft hätten. Nun sei zwar dem Stadtrat bis zum 15. April Zeit zur Abstellung der Mängel gegeben worden, allein das könne nicht abhalten, für besonders kraß in die Erscheinung tretende Uebelstände schnelle Abhilfe zu verlangen.

Stadtv. Merbitz hält es ebenfalls für am richtigsten, wenn der Rat wieder auf das zurückkommt, was sich seit Jahrzehnten bewährt hat. Bedauerlich ist es auch, daß das Deponieren der Karten in Krankheitsfällen und dergl. nicht mehr gestattet ist.

Stadtv. Krüger (Soz.) erinnert daran, daß, als er in der zweiten Sitzung dieses Jahres die jetzigen Zustände bei der Straßenbahn einer Kritik unterzogen habe, es gerade Herr Kohlmann gewesen ist, auf dessen Antrag dem Rat bis zum 15. April Zeit zur Abstellung der Uebelstände gegeben wurde. Heute verlange dieser selbst sogar die Abänderung der bestehenden Verkehrsordnung, er hätte mir also damals keinen Vorwurf machen sollen, als ich die Sache anschnitt. Wie man mit der Ausstellung der Zeitfahrkarten verfährt, dafür kann ich mit einem Beleg dienen. Einem Fahrgast, dem bei Ausstellung einer Jahreskarte die Umschreibung derselben nach einem Monat bei dem Bezug nach einem anderen Stadtteil zugesichert worden war, wurde später erklärt, daß auf die neue Karte nur ein Betrag von 40 M. angerechnet werden könne, so daß der Mann für einmonatige Benutzung der Straßenbahn an Verkehrsabgaben 52 M. entrichten sollte. Auffällig ist es auch, daß es noch immer keine Arbeiterkarten zur Benutzung der Straßenbahn in der Mittagszeit gibt, obgleich ein diesbezüglicher Beschluß im April vorigen Jahres gefaßt worden ist. Da muß man doch wirklich fragen, welche Zeit braucht denn das Straßenbahnamt eigentlich, um einen Beschluß des Kollegiums zur Durchführung zu bringen. Der Verkehrsausschuß scheint mehr geschoben werden zu müssen, als daß er selber schiebt. Wir haben nichts gegen den Antrag Kohlmann, wir sind nur der Meinung, daß man es nicht dabei bewenden lassen, sondern eine Abstellung aller Mißstände fordern sollte.

Stadtv. Nitzsche (Soz.): Bei der Ausstellung der Arbeiterkarten hat sich nun auch noch eine andere Methode herausgestellt. Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen nicht fortlaufend Arbeiterkarten entnommen haben, erhalten solche vom Schaffner nicht mehr ausgestellt, sondern müssen sich nach dem Straßenbahnamt bemühen.

Stadtrat Köppen erklärt, in den meisten Fällen wird die Zeitfahrkarte sofort ausgehändigt, nur nicht am letzten Tage und den beiden ersten Tagen jeden Monats. Die Ausstellung der Karten von Monatstag zu Monatstag ist nicht möglich infolge der vom Rat und Stadtverordneten genehmigten Tarifbestimmungen. Man müsse also diese abändern, das sei aber bei der Kürze der Zeit nicht empfehlenswert, weil man erst die Erfolge der Tarifreform und ihre finanzielle Wirkung abwarten wolle. Ein Jahr müsse man schon warten. Eine Vermehrung der Ausgabestellen sei auch nicht möglich, weil es an Räumen fehle. Was aber unter der Herrschaft der bestehenden Bestimmungen geschehen kann, wird getan werden. Was die Arbeiterkarten zur Mittagszeit anbelange, so habe der Rat dem Antrage Krüger seinerzeit nicht vorbehaltlos zugestimmt. Eine Nachlässigkeit der Straßenbahndirektion besteht auch hier nicht, vielmehr hat der Verkehrsausschuß beschlossen, solche Karten noch nicht auszugeben, weil ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt werden könne. (Hört, hört! bei den Soz.)

Stadtv. Kohlmann hält sich durch die Antwort vom Ratstisch nicht für befriedigt. Auf irgendeine Weise müsse Wandel geschaffen werden. Wer voll bezahlt, muß auch die Bahn den ganzen Monat benutzen dürfen. (Zustimmung.)

Stadtv. Flüchner verteidigt als Mitglied des Verkehrsausschusses den letzteren gegen die Angriffe des Stadtv. Krüger.

Stadtv. Krüger (Soz.): Wenn der Verkehrsausschuß sich bei seinen Entschließungen nur immer auf das Material stützt, was ihm der Rat zugeben läßt, nicht aber auch mit dem Publikum Fühlung nimmt, dann ist es freilich kein Wunder, wenn die Klagen über Verkehrshindernisse nicht abreißen.

Der Antrag Kohlmann wird darauf einstimmig angenommen.

Gegen 10¾ Uhr wird in die geheime Sitzung eingetreten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Freies Geleit für Streik-Verbrecher.

Ende vorigen Jahres berichteten wir über die Ausweisung von drei in der Malzfabrik Warendorf in Striegau beschäftigten tschechischen Arbeitern, weil sie Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes geworden waren und sich an einer Lohnbewegung beteiligt hatten. Während der Frühstückspause wurden sie von drei Polizisten, begleitet von Polizeihunden, abgeholt und nach einem Verhör auf der Polizeiwache ausgewiesen. Notdürftig gekleidet und hungrig wurden sie über die Grenze geschafft, wo sie in Ziegenhals auf Stroh übernachten und am anderen Morgen im tiefsten Schnee eine Stunde Wegs marschieren mußten zur Uebergabe an die österreichische Behörde. Jetzt hat sich der so schon schwer Gestraften auch noch die Staatsanwaltschaft angenommen. Zwei der Ausgewiesenen haben Klagezustellung erhalten, sie sollen sich am 9. März vor dem Schöffengericht in Striegau wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verantworten, da sie hinreichend verdächtig erscheinen, „zu Striegau im Monat November 1909 durch fortgesetzte Handlungen andere durch Drohungen und Ehrverletzungen zum Beitritt zu einer Organisation behufs Erlangung günstiger Lohnverhältnisse zu bestimmen versucht zu haben".

Als Zeugen fungieren u. a. der Malzmeister und der Fabrikbesitzer. Gleichzeitig wird den Angeklagten mitgeteilt, daß ihnen zum Zwecke des Erscheinens zu dem Termin sicheres Geleit gewährt wird unter der Bedingung, daß sie eine bestimmte Route einhalten, nicht vor dem Tage des Termins das preußische Staatsgebiet betreten und dasselbe vor Ablauf des Termintages verlassen. Das freie Geleit erlischt, wenn auf Freiheitsstrafe erkannt wird oder die Angeklagten Anstalten zur Flucht treffen oder obige Bedingungen nicht einhalten.

Der Arm preußischer Gerechtigkeit reicht weit, er langt nach dem Streikverbrecher bis in das Ausland. Aber die Justiz ist doch auch vornehm und rücksichtsvoll: sie sichert dem Missetäter freies Geleit zur Richtstätte und freien Abzug nach seiner Heimat zu. Ob sie kommen werden? Wir hoffen's mit der Staatsanwaltschaft. Und wenn sie von Schuld und Vergehen freigesprochen werden, dann werden sie unter Eskorte von Polizeibeamten und Polizeihunden psalmensingend nach ihrer Heimat wallfahren und preußische Gerichtsbarkeit laut preisen. Wenn sie aber verurteilt werden . . . Na, sie werden schon nicht verurteilt werden.

Lokales.

Die Neutralität in der Arbeitsvermittlung.

Zu der Notiz unter obiger Spitzmarke wird uns vom Genossen Göttfried geschrieben:

„Zu der Bemerkung der Sozialkorrespondenz, daß die „Geschäftsführung" sich verpflichtet fühlt, gegen derartige die Machtbefugnisse der Arbeiterschaft überschreitende Maßnahmen Einspruch zu erheben, möchte ich feststellen, daß die nach den Satzungen eingerichtete Geschäftsführung davon nichts weiß. Auch haben nach den Bestimmungen der Satzungen und Geschäftsordnung einzelne Personen nicht das Recht, im Namen der Geschäftsführung derartige Machtbefugnisse für sich in Anspruch zu nehmen. Diese Tatsache haben wir schon öfter feststellen müssen; daß wir das jetzt in der Oeffentlichkeit tun müssen, bedauern wir im Interesse des Instituts.

Wenn sich der Geschäftsführer des Nachweises mehr um die Geschäfte des Nachweises kümmern würde, statt fortwährend sich

Wir haben uns die Aufgabe gestellt

das unbegründete Vorurteil, welches vielfach noch gegen den Bezug fertiger Herren- und Knabenkleidung besteht, immer mehr zu beseitigen. Ein Versuch mit den von uns hergestellten fertigen Anzügen, Paletots, Ulster, Joppen, Hosen, Westen, Pelerinen usw. wird dieses Vorurteil mit einem Schlage zerstören. Jeder Herr wird überrascht sein, für seine Figur, ob klein oder gross, ob schlank oder korpulent, derart vorzüglich passende und moderne Kleidung in so enormer Auswahl bei uns fix und fertig vorrätig zu finden. Bei alledem sind die Preise unserer fertigen Herren- und Knaben-Kleidung, infolge der Selbstanfertigung in grossem Maassstabe, unerreicht billig.

Robert Eger & Sohn
Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung
König-Johann-Strasse.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zum Beschützer einer Neutralität aufzuwerfen, die in Wirklichkeit keine Neutralität darstellt, so würde das zur Erweiterung seines Verständnisses für die Frage des Arbeitsnachweises weit förderlicher sein.

Dann besäße der Nachweis nach fünfmonatiger Tätigkeit auch längst Satzungen und Bestimmungen, die Fälle regeln würden, wie der in der Sozialkorrespondenz behandelte.

Man kann es den Arbeitern nicht verübeln, wenn sie mangels klarer Bestimmungen über die Stellung des Nachweises zu Streiks zur Selbsthilfe greifen.

In andern Städten sind solche Dinge nicht möglich, weil dort der Arbeitsnachweis die bestehenden Differenzen selbst durch Plakate im Nachweislokal bekannt gibt, und brauchen deshalb die Streikenden und Ausgesperrten keine Flugblätter zu verbreiten. Der Protest der Sozialkorrespondenz muß sich deshalb an eine andere Adresse wenden.

Die Ursache solcher Konflikte liegt in der ewigen Rechnungsträgerei gegenüber den Unternehmergruppen, die zwar Vertreter in den Geschäftsausschuß zur „Mitarbeit“ entsenden, aber nur, um desto dreister gegen die Entwicklung dieser Institution wirken zu können. Wir brauchen hierbei nur an die Zwiespältigkeit der Gewerbekammer zu erinnern, mit deren Stellungnahme sich die Volkszeitung erst jüngst beschäftigte.

Im übrigen wird ja in der nächsten Sitzung des Geschäftsausschusses über die Sache mehr geredet werden müssen.“

Beendigte Töpferbewegung in Dresden.

Auch die Bewegung der Ofensetzer ist nunmehr endgültig erledigt. Die Gehilfen erhielten 5 bis 7½ Proz. Zulage, auch wurden verschiedene Positionen des Akkordtarifs in annehmbarer Weise verbessert. Die tägliche Arbeitszeit auf Bauten wurde von 9 auf 8½ Stunden reduziert. Den im Töpferverband organisierten Hilfsarbeitern wurde ein Minimalstundenlohn von 45 Pf. für Vollarbeiter zugestanden.

Achtung Damenschneider!

In Nürnberg streiken die Kollegen. Die hiesige Firma Ehrich vermittelt dem Vernehmen nach Streikbrecher. Die mit der Firma abgeschlossenen Verträge sind null und nichtig, da die Firma verschweigt, daß in Nürnberg gestreikt wird. Kein Kollege darf sich verleiten lassen, Streikbrecher zu werden. Die Ortsverwaltung.

Aus der Umgebung.

Lohnbewegung der Schneider im Plauenschen Grunde.

Die Schneider des Plauenschen Grundes haben (seit sieben Jahren wieder das erste Mal!) Lohnforderungen gestellt. Sie wollen außer einer zeitgemäßen Lohnerhöhung tarifliche Festlegung der Löhne für den ganzen Bezirk des Plauenschen Grundes gleichmäßig herbeiführen. Einige Arbeitgeber haben die bescheidenen Forderungen bereits anerkannt, andere möchten „unterhandeln“ und in der Bewegung die Spitze abbrechen. Die Unternehmer irren sich aber, wenn sie glauben, durch kleine Zugeständnisse die Gehilfenschaft zu befriedigen und dadurch einer gründlichen Aufbesserung der Löhne aus dem Wege gehen zu können. Ein Teil der Arbeitgeber hat es bis zur Stunde überhaupt noch nicht für notwendig erachtet, auf die Forderungen zu antworten. Die Arbeiter werden am Montag den 7. März im Kurhaus, Deuben, in einer Versammlung definitiv zu den weiteren Maßnahmen Stellung nehmen. Eine Arbeitseinstellung ist jedenfalls nicht zu vermeiden und Zuzug deshalb streng fernzuhalten. Die Namen der geregelten Geschäfte werden wir nach dieser Versammlung bekannt geben.

Inland.

Arbeiterwohlfahrt um jeden Preis!

Wir berichteten kürzlich, daß der Gerresheimer Glashütte A.-G. vorm. Ferd. Heye durch Gerichtsentscheid ein Strich durch ihre Arbeiterwohlfahrt gemacht wurde. Das Gericht entschied, daß die Firma kein Zurückbehaltungsrecht an den Spargeldern der Arbeiter habe, weil diese Spargelder als ein Teil des Lohnes gelten. Dieser Gerichtsentscheid hatte jedoch nicht etwa zur Folge, daß die ganze Spareinrichtung aufhörte. Die Firma machte zwar durch Anschlag bekannt, daß die Spareinlagen bis zu einem bestimmten Tage ausgezahlt würden und daß nachdem das Recht auf die Auszahlung der Beiträge erloschen sei; der Arbeiterausschuß aber kam der Firma zu Hilfe. Er erließ ebenfalls einen Aufruf „An unsere Mitarbeiter“, in dem es u. a. heißt:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Arbeiterausschusses haben aber aus der stattgefundenen Besprechung mit der Firma das feste Vertrauen gewonnen, daß, wenn auch von der Firma eine weitere Zahlung an den Sparfonds nicht mehr verlangt werden könne, sie doch aus freien Stücken dem Sparfonds nach den Bestimmungen des Anschlages vom 9. Februar 1909, und die jeder Arbeitnehmer kennt, dieselben Beiträge zuführen wird. Es ist hierbei selbstverständlich, daß die Firma nur für diejenigen Glasmacher, Schürer und Pfleger freiwillige Beiträge leisten kann, die auch die vorhandenen Gelder in demselben belassen. Wir empfehlen unseren Mitarbeitern daher auf das dringendste, von einer Erhebung des von ihnen angesparten Betrages Abstand zu nehmen, da es in ihrem Interesse liegt und für sie erheblich vorteilhafter ist.“

Ein Arbeiterausschuß soll ja wohl so eine Art Interessenvertretung der Arbeiter eines Betriebes darstellen. Das Landgericht vertrat in seinem Entscheid das Recht des Arbeiters. Jetzt kommt der Arbeiterausschuß daher und macht dieses Recht seiner Berufsgenossen durch seine Liebedienerei und Kriecherei vor der Firma wieder zunichte. Ein für Arbeiter beschämender Vorgang! Hoffentlich sorgen die Arbeiter im Betriebe dafür, daß dieser devote Arbeiterausschuß bald durch Arbeiter ersetzt wird, die sich nicht allein auf dem Boden einfachster Rechtsauffassungen bewegen, sondern darüber hinaus es verstehen, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten.

Ausland.

Klassenjustiz in Neu-Süd-Wales.

Wir berichteten kürzlich über die Verurteilung von drei Führern der Bergarbeiter in Neu-Süd-Wales (Australien) zu ½ bis 1 Jahr Gefängnis. Es war gegen sie Anklage erhoben worden, weil sie „an Versammlungen, bei denen mehr wie zwei Personen anwesend waren, teilgenommen haben, die zum Zweck der Leitung, Unterstützung und zur Fortführung eines Streiks stattfanden“. — Das Zwangsgesetz (Coercion Act), auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, wurde erst während des großen Kohlenarbeiterstreiks angenommen, doch hat es schon, wie obiges Beispiel zeigt, sofort dazu gedient, den Gewerkschaften ganz ungeheure neue Schwierigkeiten zu bereiten. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten:

„Jede Versammlung von zwei oder mehr Personen, welche sich mit der Leitung, Anordnung und Unterstützung zur Fortführung einer schon bestehenden Aussperrung oder Streikbewegung befaßt, ist ungesetzlich, wenn die betr. Aussperrung oder Streikbewegung in Gewerben der täglichen Bedarfsartikel oder im staatlichen Transportgewerbe geführt wird.“ — „Jede Person, welche an einer solchen Versammlung teilnimmt und wissen kann, daß die wahrscheinliche Folge der Fortführung einer solchen Aussperrung oder Streikbewegung sein wird, das Publikum ganz oder zu einem großen Teile eines notwendigen Gebrauchsartikels zu berauben, soll mit zwölf Monaten Gefängnis bestraft werden.“ — Daß es noch eine Reihe anderer gesetzlicher Methoden gibt, die Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich zu machen, erfuhren 14 Funktionäre ebensovieler lokalen Gruppen des australischen Bergarbeiterverbandes, die Anfang Januar unter der Anklage, „durch die Befürwortung der Annahme der Resolution der Delegiertenversammlung ihres Verbandes, welche sich für den Streik ausgesprochen hatte, in ihren Sektionen den Streit heraufbeschworen zu haben,“ vor dem Gerichte in Newcastle standen. Alle 14 wurden zu je 2000 M. Geldstrafe oder zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

Aus der Urteilsbegründung des Richters Hendon verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden: „Meine jetzige Pflicht ist die am meisten ekelerregende, der ich jemals nachgekommen bin. Sie zwingt mich, Mitbürger zu verurteilen, die, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, ordentliche und achtenswerte Leute sind und denen ich unter anderen Umständen gern die Hände schütteln möchte.“ Hendon erklärte weiter, daß das „Streikgesetz“, nach welchem die Verurteilung erfolgen müsse, einen offensichtlich politischen Charakter trage.

Versammlungen.

Gewerkschaftskartell Dresden. In der am 25. Februar im Volkshaus abgehaltenen Versammlung wurde das vom Vorstand vorgelegte Statut für das Kartell, außer § 5, Abs. 4, einstimmig angenommen. Die Porzellanarbeiter, Potschappel, und Fabrikarbeiter, Deuben, sowie die Bezirkskommission beantragten, dem Absatz 4 im § 5 eine andere Fassung zu geben, die geeignet erschien, der Bezirkskommission zur Ausführung der Kartellbeschlüsse, die lediglich den Bezirk Plauenscher Grund betreffen, weitere Rechte einzuräumen als wie dem Kartellvorstand. Die Abänderungsanträge wurden gegen 29 Stimmen abgelehnt. Das neue Statut, das sofort in Kraft tritt, enthält im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie das alte Statut, es entspricht nur den Veränderungen, die durch das neue Vereinsgesetz eingetreten sind und enthält weiter die Kartellbeschlüsse, die im Laufe der Zeit gefaßt wurden und statutarischer Bestimmung waren. — Hierauf erstattete Genosse Göttfried Bericht über die Beschlüsse des engeren geschäftsführenden Ausschusses des Zentralarbeitsnachweises. Dieser Zentralarbeitsnachweis, der ein Produkt der Regierung ist, sollte anfänglich nicht zustande kommen. Die Schuld daran trug die bürgerliche Majorität der Stadtverordneten, die sich bei dieser Gelegenheit wiederum im arbeiterfeindlichen Lichte gezeigt hat. Die Regierung hat dann unter Ausschaltung der Stadtgemeinde die Frage wieder aufgegriffen und die in ... gestellten 10 000 M. bereits auch für das Jahr 1909 ... dieser Summe hat der Verein gegen Armennot und Bettelei ... für seinen Arbeitsnachweis verbraucht, so daß dem neuen ... nachweis 8700 M. als Grundstock zur Verfügung standen. ... nung des Zentralarbeitsnachweises vom Verein gegen ... ist nun erfolgt und wird auch in nächster Zeit in räumlicher ... ziehung erfolgen. Der Arbeitsnachweis wird Mitte April ... Grundstück Schießgasse 14 verlegt, das sehr geeignete Räumlichkeiten enthält, die vom Finanzministerium zu einem sehr geringen ... preis zur Verfügung gestellt wurden. Der Beschluß des ... kartells, dem Zentralarbeitsnachweis beizutreten, ist ... glücklicher gewesen, denn nur durch unsere Mitarbeit ... möglich sein, den Arbeitsnachweis zu dem zu gestalten, was ... soll: eine soziale Institution. Die jetzigen Satzungen haben die erstaufgestellten neue Formen angenommen. Die ... „Parität“ ist gefallen und jetzt eine wirkliche Parität ... Außer den Satzungen sind eine Geschäftsordnung und eine ... instruktion für die Beamten aufgestellt. Die Letzteren enthalten im wesentlichen die Bestimmungen, die sich aus der Praxis anderer Arbeitsnachweise, insbesondere der süddeutschen, ergeben haben. ... unsere Mitarbeit wird es möglich sein, dafür zu sorgen, daß die Geschäfte so gehandhabt werden, daß wir sagen können, ... keit der Ausführenden ist von sozialem Geist erfüllt. ... schieden müssen wir uns gegen die Stellungnahme der Gewerbekammer wenden. Diese intrigiert in ihren Versammlungen gegen den Arbeitsnachweis und sendet trotzdem Vertreter in den geschäftsführenden Ausschuß, die dort angeblich mitarbeiten sollen. ... derartige Zwitterstellung ist auf das entschiedenste zu verurteilen. Die Ausgaben, die durch den Arbeitsnachweis entstehen, ... nach Deckung. Im Haushaltplan ist eine jährliche Einnahme von 10 600 M. vorgesehen, bestehend aus 600 M. Vereinsbeiträgen und 10 000 M., die die Regierung jährlich zur Verfügung stellt. ... steht eine Ausgabe von 19 250 M. gegenüber, so daß noch ein ... betrag von 8650 M. vorhanden ist. Auf Vorschlag des Vorstandes beschließt die Versammlung, daß das Gewerkschaftskartell ... jährlichen Beitrag von 100 M. zahlen soll. Die Genossen Richter, Thiemig, Fabrikarbeiter, beschweren sich darüber, daß die ... vermittlung noch nicht in der Art erfolgt, wie wir es von ... paritätischen Arbeitsnachweis zu verlangen haben. Aus ... sei ein Fall zu verzeichnen, wo sich die Arbeitsuchenden ... Ein Unternehmer, bei dem gestreikt wird, habe hundert ... verlangt. Bei der Vermittlung ist zwar auf die Differenzen aufmerksam gemacht worden, aber in einem Ton, den man als anständigen nicht bezeichnen kann. Göttfried erklärt, daß ... Fall zwar etwas anders geschildert worden ist, aber er werde ... eintreten, daß Abhilfe geschaffen wird. An Unternehmer, ... Arbeitern den verdienten Lohn nicht zahlen, wird nicht vermittelt, es sei aber auch nötig, daß für solche Unternehmer der Arbeitsnachweis gesperrt wird, die unwahre Angaben machen. Genosse ... tritt dafür ein, daß den Arbeitern, die nach auswärts vermittelt werden, ermäßigte Eisenbahnfahrpreise gewährt werden. — ... Vorschlag des Vorstandes beschließt die Versammlung, dem ... stattzugeben, daß die neuerrichtete Zahlstelle des Maler- und ... arbeiterverbandes, die gegenwärtig 43 Mitglieder zählt, dem ... beitreten kann. — Weiter wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 9. März die Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht stattfinden und daß in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen für eine starke Wahlbeteiligung zu wirken ist. — Die ... neralversammlung des Kartells wird am 31. März abgehalten. ... Vorbereitung der Wahlen für den Vorstand wird eine ... mission gewählt, die aus den Genossen Seibel, Hanske, ... Lange und Hofrichter besteht. Anwesend waren 112 ... (Eing. 1./3.)

Vereinskalender für Sonnabend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Abends 8½ Uhr Branchenversammlung der Metallschleifer, Polierer und Vernickler im Volk...

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Tonhalle, Glacisstraße.

Reform-Esperanto-Verein. Abends 8 Uhr Oeffentlicher Vortrag ... Odeum, Carusstraße.

Unterstützungskasse Caritas. Familienabend im Ballhaus.

6. Wahlkreis. Bezirk Gitterlee-Cotschütz. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Rehbockschenke in Gitterlee.

Bezirk Kötzschenbroda. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im ... niger Hof, Niederlößnitz.

Sparverein Fortschritt, Potschappel. Familienabend.

Freie Schwimmer. Abends 9 Uhr Generalversammlung im Volk...

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dr... für den 5. März 1910.

Auffrischende nordöstliche Winde; zeitweise heiter; ... wiegend trocken.

Frühjahrs-Neuheiten!

Damen- und Mädchen-Strohhüte

garniert und ungarniert

Pariser, Wiener und englischen Genres

nur **moderne** und **schicke** Formen, Qualitäten und Garnituren

in phänomenaler Riesenauswahl.

Radeberger Hutfabrik

Wagawa & Crönert, G. m. b. H.

Einzelverkauf in **Dresden-A.**, nur **Moritzstrasse Nr. 3.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 51. | Dresden, Freitag den 4. März 1910. | 21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

... Sitzung Donnerstag den 3. März, 1 Uhr nachm.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel „Behörden für Untersuchung von Seeunfällen".

Abg. **Schwartz**-Lübeck (Soz.): Obwohl die Kommission 1902 eine gleiche Resolution angenommen hat, vermissen wir noch immer einen Gesetzentwurf, durch welchen eine behördliche Aufsicht über Seetüchtigkeit, Bemannung, Verproviantierung der Kauffahrteischiffe geregelt und für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen wird. Jahre sind vergangen, seitdem die verbündeten Regierungen sich überhaupt zur Sache geäußert haben. Und doch beweisen die häufigen Unglücksfälle, daß die

Aufsicht über die Schiffahrt

der Verbesserung bedarf. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Schiffsunfälle, die ein so trauriges Kapitel im Volksleben sind, erklären sich aus dem Bestand unserer Handelsmarine. Er betrug nach dem Verwaltungsbericht der Seeberufsgenossenschaft im Jahre 1900 944 hölzerne Segler, 460 eiserne Segler, 20 Segler mit Hilfsmaschinen, 1613 Dampfer, ferner 91 hölzerne Heringslogger, 89 eiserne, ... mit Hilfsmaschinen, 234 Fischdampfer und noch 476 Fischereifahrzeuge. Von diesen 3522 Schiffen hatten 1630 ein Alter von 1 bis 20 Jahren, 312 hatten ein Alter von 20 bis 50 Jahren und 10 waren über 50 Jahre alt. Redner gibt des weiteren die Ziffern der Bemannung und stellt fest, daß die Schiffe durchweg

ungenügend bemannt

sind. Schon in den 90er Jahren schrieb der Direktor der Hamburger Navigationsschule Niebuhr: „Früher verlangte man von einem seetüchtigen Schiffe, daß es den schwersten Sturm aushalte, heute schickt man Schiffe in See, die bei ebenem, d. h. kräftigem Backstagswinde ... und behauptet hinterher, die Schiffe seien seetüchtig gewesen." (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Unter den Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft steht freilich: Jedes Schiff ist bei Antritt jeder Reise in seetüchtigem Stande gehörig eingerichtet und ausgerüstet sowie gehörig bemannt und verproviantiert ... Aber diese Vorschriften stehen

nur auf dem Papier.

(Zustimmung b. d. Soz.) Ich wiederhole, was ich hier schon 1893 sagte: Wer kontrolliert die Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft? Und ich stelle hier frei und offen die Behauptung auf, daß, wenn wir hier die Macht hätten, eine Enquete zu machen, daß dann diese Enquete auf seetüchtigen Zustand unserer Schiffe recht kläglich ausfallen würde. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Heute ist man in Reederkreisen allerdings mehr als je gegen eine staatliche Ueberwachung der Schiffe. Im Jahre 1902 schrieb der bekannte Herr Adolf Schiff in Elsfleth an einen Kapitän: „Eugen ... Stella habe ich total verloren, und

ich freue mich, die Assekuranzgelder eingeheimst zu haben.

Leider ist dabei die Mannschaft gerettet worden." (Hört, hört! b. d. Soz.) Und Herr Ferdinand Laeisz schrieb 1896: „Die Unfallverhütungsvorschriften haben weniger einen praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen. Von diesem Gesichtspunkte aus ... wir jede auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, je harmloser, je lieber. Mundus vult decipi. (Die Welt will betrogen sein.)" (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.)

Ueber die Verluste an Menschenleben bei verschollenen Schiffen schweigt sich die Seeberufsgenossenschaft aus. Dagegen behauptet sie, daß durch die amtlichen Untersuchungen über die Ursache der Unfälle festgestellt sei, daß keine Verstöße auf dem Gebiete der Seetüchtigkeit, Beladung und Ausrüstung in Frage kommt. In den Berichten der Seeämter heißt es immer: „Ursache konnte nicht ermittelt werden" oder „bei Ausreise war das Schiff durchaus seetüchtig". Wer untersucht aber denn die Schiffe bei der Ausreise? Es ist vorgekommen, daß die Holzladung bis an die Kommandobrücke reichte und das Schiff sich zur Seite neigte; aber die Kapitäne ... tun, was die Reeder verlangen. Ich lege Photographien ...

überladener Schiffe

auf den Tisch des Hauses nieder. Ich meine, die Regierung sollte ... die Frage ernstlich prüfen, ob sie nicht der eingangs erwähnten Resolution Folge geben will. Im Namen der Menschlichkeit und ... fordern wir die endliche Durchführung der vor acht Jahren gefaßten Resolution. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Bundesratskommissar Geheimrat **Lewald**: Die Unfälle haben gerade in den letzten Jahren abgenommen. Eine Hauptforderung der Resolution von 1902: die Tieflademarke, ist inzwischen erfüllt. Die Seeberufsgenossenschaft hat einen halbamtlichen Charakter. Würden wir die Staatsaufsicht einführen, so bliebe doch diese Aufsicht in den Händen der gleichen bewährten Personen, die sie auch jetzt führen. Ein ... Mangel war bisher, daß die Kontrolle in außerdeutschen Häfen nicht ausgeübt wurde. Aber das ändert die Seeberufsgenossenschaft jetzt ab. (Beifall rechts.)

Abg. **Heckscher** (freis. Vereinigg.): Die Seeberufsgenossenschaft ist ganz ausgezeichnetes. Herr Schwartz verallgemeinert einzelne Fälle. Seine Auffassung, daß die Seeleute arbeiten, der Kapitän und die Schiffsoffiziere nur befehlen, hätte ich einem alten Seebären nicht zugetraut. (Bravo! b. d. Freis.)

Abg. **Dahlem** (Zentr.) wünscht Einführung der Sonntags- und Nachtruhe für die deutschen Schiffsmannschaften.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Statistisches Amt" begründet

Abg. **Brey** (Soz.) die Resolution Albrecht auf Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse bei der Herstellung von Säuren und Teerfarben beschäftigten Arbeiter, namentlich in Betrieben, die mit giftigen und explosiven Stoffen arbeiten. Daß gesetzliche Hilfe zur Abstellung der Mißstände in der chemischen Industrie dringend nötig ist, darüber sind sich alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter einig. Der ganze

Gefahrenkomplex der chemischen Industrie

muß erforscht werden. (Zustimmung b. d. Soz.) Wir verkennen die Schwierigkeit nicht und haben uns deshalb auf Erhebungen in der Säuren- und Teerfarbenindustrie beschränkt. Die Zahl der Unfälle in der chemischen Industrie übertrifft die Zahl aller anderen Berufsgenossenschaften und ist in den letzten zehn Jahren fortwährend gestiegen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Bei Herstellung von arsenhaltigen Säuren kommt es zu Vergiftungen und Verätzungen. Die Krankheitserreger dringen durch die Haut in die Verdauungsorgane, in die Lunge und das Blut. Aehnliche Erscheinungen beobachtet man bei der Salpetersäureherstellung, wo es zu schweren nervösen Störungen, Krämpfen und Herzkrankheiten kommt. In diesem Zustande finden die Arbeiter dann nur noch sehr schlecht bezahlte oder gar keine Arbeit mehr. Sie

verbluten an unsichtbaren Wunden,

die sie auf dem Schlachtfelde der Industrie erhalten haben, ohne daß sie die Hilfe in Anspruch nehmen können, welche die Gesetzgebung für die übrigen Opfer der Industrie geschaffen hat, weil eben nur in den allerseltensten Fällen solcher Vergiftungen ein Unfall als vorliegend erachtet wird. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.)

Die Explosionen haben sich seit dem Unglück in Griesheim-Elektron recht oft wiederholt. Man muß in solchen Bezirken gewesen sein, muß die verstümmelten Gestalten, die entstellten Gesichter gesehen, die Klagen der Hinterbliebenen gehört haben, um zu wissen, wie dringend

schnelle und durchgreifende Hilfe

notwendig ist. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Unsre Resolution verlangt auch Erhebungen über den Arbeiterwechsel in der chemischen Industrie. Er ist ein ganz kolossaler, steigt stellenweise auf 100 pro 100 Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Er hat zum Zweck, die Betriebskrankenkassen vor allzu großer Belastung zu bewahren und ist übrigens, wie die Sachen jetzt leider liegen, der einzige Schutz der Arbeiter vor den schrecklichen Folgen ihrer Tätigkeit.

Es wird ein wahrer Raubbau mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter getrieben. Dabei ist die chemische Industrie

sehr wohl in der Lage, wirksamen Arbeiterschutz zu ertragen.

Aber die in ihr maßgebenden Herren denken nicht daran. Sie rühmen sich vielmehr ihres Einflusses auf maßgebende Stellen, den sie im Sinne der Hintertreibung ernsthafter Sozialpolitik benutzen. Wir bitten im Namen der chemischen Arbeiter aller politischen Richtungen um möglichst einstimmige Annahme unserer Resolution. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. **Faßbender** (Zentr.) wünscht, daß die Genossenschaften reichsgesetzlich zu Mitteilungen an das statistische Amt verpflichtet werden.

Abg. **Gothein** (freis. Vereinigg.) äußert Bedenken gegen die generelle Regelung der Sonntagsruhe der Binnenschiffer.

Abg. **Legien** (Soz.) unterstützt den Wunsch des Abg. Faßbender. Hoffentlich wir aber dann auf dem Gebiete der Genossenschaftsstatistik besser gearbeitet als auf dem Gebiete der

Streikstatistik.

Auf diesem Gebiete ist die amtliche Methode vollkommen falsch und unzureichend. Diese amtliche Statistik weiß nichts von dem Verlust an Arbeitsverdienst, nichts von den Errungenschaften der Gewerkschaften, vor allen Dingen nichts von den erfolgreichen Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellungen zum Ziele geführt haben. Sie ist also

wertlos und völlig falsch und irreführend.

Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß man das im Reichsamt des Innern sehr gut weiß. Durch diese Statistik wird das Ausland über die wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland irregeführt, und ich halte es für unverantwortlich, daß das Reichsamt des Innern seine Hand dazu bietet. Um eine Aenderung herbeizuführen, verlangen wir, daß das statistische Amt sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt. Ich bitte auch die Herren vom Zentrum, in erster Linie den Weg zu gehen, den unsere Resolution weist. Liegt einmal ein Beschluß des Reichstags vor, so wird wohl auch der Staatssekretär genötigt sein, ihn zu erfüllen. (Bravo! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Vizepräsident Erbprinz **zu Hohenlohe** stellt zunächst die von Legien empfohlene Resolution zur Abstimmung und erklärt das Resultat für zweifelhaft. Er müsse die Abstimmung wiederholen lassen. (Bei der schwachen Besetzung der Rechten und des Zentrums steht die Mehrheit des Hauses. Lebh. Zurufe bei den Soz.: Die Mehrheit steht!) Der Vizepräsident erklärt nunmehr die Resolution für angenommen. (Bravo! bei den Soz.) Darauf wird die Zentrumsresolution angenommen und die andere sozialdemokratische Resolution (auf Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Säuren- und Teerfarbenindustrie) abgelehnt.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt" verbreiten sich die

Abg. **Jäger** (Zentrum) und Dr. **Junck** (natl.) über Wohnungswesen. Letzterer hält reichsgesetzliche Regelung der Materie für verfrüht, wünscht aber Erhebungen.

Staatssekretär Dr. **Delbrück** will die hohe Bedeutung der Wohnungsfrage nicht verkennen. Reichsgesetzliche Regelung sei zu schwierig, als daß daran auch nur gedacht werden könne. Schließlich käme man dann dazu, den Familienvätern, entsprechend der Anzahl ihrer Kinder, die Zahl der Zimmer vorzuschreiben. (Heiterkeit.) Viele Gemeinden hätten auf dem Gebiete ausgezeichnetes geleistet, er wolle die kostbare Zeit des Hauses nicht länger in Anspruch nehmen (Heiterkeit), die hochwichtige Frage aber stets im Auge behalten. (Beifall.)

Abg. **Gleitsmann** (Zentr.) wünscht großzügige Bekämpfung des Wohnungselends.

Abg. **Kobelt** (freis. Volksp.) spricht von den gesundheitsschädlichen Zusätzen in der Konservenindustrie. Man dürfe aber nicht zu ängstlich sein. Schließlich ist auch Kochsalz giftig, wenn man zuviel davon genießt. (Große Heiterkeit.) Ja versuchen Sie es einmal! (Schallende Heiterkeit.) Nicht einmal Dr. Munyon kann Sie dann kurieren. (Minutenlange Heiterkeit.) Auch die Desinfektionsmittel sind doch tödlich, wenigstens für die Bakterien. (Große Heiterkeit.) Am Lachen erkennt man den Narren, heißt es. — Vom Vizepräsidenten befragt, ob er mit der letzten Bemerkung ein Mitglied dieses hohen Hauses gemeint habe, verneint Redner unter großer Heiterkeit und kommt endlich zum Schluß, indem er den Wunsch nach einem Gesundheitsbeirat für die Nahrungsmittelbranche ausspricht. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. **Baumann** (Zentr.) fordert schärfere Maßnahmen gegen die Weinpanscher.

Regierungskommissar Freiherr **v. Steinen** verweist auf das neue Weingesetz.

Abg. **Lehmann**-Wiesbaden (Soz.): Ich weise hin auf die Bleivergiftungen, die in vielen Fällen tödlich verlaufen.

Das Reichsgesundheitsamt tut nicht das Notwendige zum Schutze gegen die Bleivergiftung. Das Bleigesetz von 1905 wird keineswegs genügend durchgeführt. Wo die Kontrolle eine genügende ist, treten die Vergiftungen nicht auf. In manchen Bezirken dagegen treten so außerordentlich viele Fälle von Erkrankungen auf, daß es klar ist, daß die Ursache in einer mangelhaften Kontrolle und in der

mangelhaften Durchführung des Bleigesetzes

zu suchen ist. Bei den Malern und Anstreichern sind die Bleikrankheiten sogar zahlreicher als bei den Arbeitern der Bleifabriken. Besonders zahlreich sind die Erkrankungen im Bezirk Wiesbaden. Aber auch anderwärts, wo es an Gelegenheit zum Waschen und an besonderen Speiseräumen fehlt, ist die Zahl der Erkrankungen sehr hoch. Die Fabrikärzte erkennen das Uebel sehr oft nicht, vielleicht weil sie in Vorurteilen befangen sind. Der Kassenarzt stellt sie ohne weiteres fest. Auch in den Staatsbetrieben steht es trotz aller Zusagen von dieser Seite genau so aus wie anderswo.

Vor zwei Jahren haben wir strengere Durchführung der Maßnahmen gegen Bleivergiftung gefordert. Wir verlangten damals, daß beim Anstrich Bleiweiß überhaupt nicht verwendet wird. Es hieß, das gehe nicht. Wir wissen aber, daß es sehr wohl geht. (Sehr wahr bei den Soz.)

Es geht in Frankreich, in Schweden und auch in manchen deutschen Betrieben.

Für die Unternehmer kommen aber lediglich Profitinteressen in Frage und die Fabrikinspektionsbeamten sind nicht in der Lage, alle Mißstände selbst abzustellen. Wir verlangen von der Regierung unbedingt, daß strengere Maßnahmen ergriffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag mittag 1 Uhr. Schluß $7^{1}/_{4}$ Uhr.

Briefkasten.

A. W., Cotta. Wir werden Ihre Beschwerde an die rechte Stelle weitergeben, damit Abhilfe geschafft wird.

Abonnent A., Blochmannstraße. Ihre Annahme ist richtig. Das Volkshaus in P. wurde 1901 eröffnet.

Quittung. Als freiwilliger Beitrag ging für den Sozialdemokratischen Verein Dresden-A. beim Unterzeichneten ein: Ruhs 6 M.

Max Richter.

Victoria-Salon.

„Eine Haremsnacht": die schöne Amerikanerin Miss Mabel Berra; die Humoristen Böhme u. Schubert; 3facher Reckturner Artois; Familie Adelmann usw. Anfang 8 Uhr. Sonntags nachm. 4 und abends 8 Uhr. Tunnel-Kabarett: Total neues Ensemble.

Arbeits-Garderobe

Anzüge, Stoffhosen u. Schuhwaren in jeder Größe empfiehlt Kegels Nachfolger Weiße Gasse 8. Reelle Bedienung. Billige Preise.

Billige Kleidung!

Kaufen Sie jetzt meiner werten Kundschaft bieten, da ich ar. Posten feiner Herren- u. Knabenbekleidung ... Kavalierkreisen einkaufte ... billigst abgebe. Um für Frühjahrswaren Platz zu schaffen, erhalten Sie jetzt im Räumungsverkauf ... Herrenanzüge schon 7.50 M. an, Jacketts 2 M. an, Ueberzieher 8–10, Konfirmanden-Anzüge in gr. ... Herren mod. Muster-Anzüge 18–25 M. Kinder-Anzüge aus best. Resterstoffen von ... M. an. Neue und getragene Schuhe billigst. Westen 50 Pf.

Reich, Dresden-A., Brüdergasse 5.

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

Merkur! Pillnitzer Strasse 44, I. **Auf Kredit!!**

Anzahlung von 5 M. an, Abzahlung 1 M. wöchentlich.

Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge, Herren-Paletots, Knaben-Paletots, Wetter-Pelerinen, Damen- u. Mädchen-Konfektion

Manufakturwaren, Bett- u. Leibwäsche, Kleiderstoffe, Blusen, Unterröcke usw.

Einzelne Möbel, Spiegel, Uhren, Polsterwaren — Anzahlung von 3 M. an. Abzahlung 1 M. wöchtl.

Trotz alledem erhält aber jeder, der seine Zahlungen regelmäßig selbst bringt, 10 Prozent Rabatt!

Nicht mehr Mitglied der Vereinigung Dresdner Waren-Kreditgeschäfte.

Zum Jahrmarkt!

Grosser Straussfedern-Verkauf.

35 Zentimeter lang, diesmal nur 1 M.

ca. $^{1}/_{2}$ Meter lang, extra schön breit nur 2 M., 3 M., 4 M., 6 M.

Enorme Mengen der neuesten Hutblumen, Vasenblumen, Kranzblumen, Palmen, Blätter, Früchte, Blumenpapier ꝛc.

Wer irgend etwas braucht, komme zu

Hesse, Dresden-A., Scheffelstr. 10 12.

Reste in Herren- u. Knaben-Anzügen, Paletots, Mänteln, Joppen, Kostümen, Jacketts usw. Blusen, Sammet, Musseline usw. Gerippter Sammet. — Schnitte gratis. —

Hermann Scholz, Dresden-A., Antonsplatz 9.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

Millionen Menschen

sind schon oft durch Reklame irregeführt worden, deshalb sieht sich unterzeichnete Firma veranlasst

5000 Mark Belohnung

für denjenigen auszusetzen, der nachweist, dass folgende Veröffentlichungen unwahr sind:

Das einzige Geschäft Dresdens

welches öffentlich behaupten darf

nachweislich das billigste Spezial-Geschäft

für **moderne Herren u. Knaben-Garderobe** zu sein, ist das **„Deutsche Kaufhaus"**.

Verkaufs-System | Deutsches Reich 1 Mark 1909 pro Mark | nur 15 Pfg. Nutzen.

und zwar:

Frühjahrs-Anzüge, Paletots und Ulster
Selbstkostenpreis: 10.00, Verkaufspreis: 11.50 M.
Frühjahrs-Joppen, Pelerinen und Hosen
Selbstkostenpreis: 4.50, Verkaufspreis: 5.18 M.
Konfirmanden- u. Entlassungs-Anzüge
Selbstkostenpreis: 6.00, Verkaufspreis: 6.90 M.
und so weiter.

Weitere Erläuterungen über diesen aussergewöhnlich billigen, **auf Massen-Umsatz** berechneten Verkauf enthalten die in den Schaufenstern ausliegenden Plakate.

„Deutsches Kaufhaus"

Michael Sternschein

Marschallstr. 38 Dresden-A. Ecke Gerichtsstr.

Eckladen mit 4 Schaufenstern! Eckladen mit 4 Schaufenstern!

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

E. PASCHKY

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47	Tel. 4114.
Alaunstraße 4,	„ 2257.	Wettinerstraße 17,	„ 1635.
Bismarckplatz 13,	„ 4162.	Rosenstraße 43	„ 1735.
Zöllnerstraße 12,	„ 3806.	Hechtstraße 27,	„ 4596.
Bienertstraße 11,	„ 4871.	Torgauer Straße 40,	„ 1539.
Warthaer Str. 14,	„ 4050.	Trompeterstraße 7,	„ 2967.
Pfotenhauerstr. 24,	„ 3970.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4114.

Kontore, Lagereien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1634.**

Von frisch eingetroffenen

Waggonladungen

Ganz besonders preiswert zum Braten, Sauermachen, Kochen usw. (ausführliche gedruckte Rezepte gratis!)

Grosse grüne
Makrelen-Heringe 5 Pfd. 70 Pf.
für auswärts die etwa 2 Zentner schwere Kiste 13 M.
bei 5 Kisten à 12.50 M., 10 Kisten à 12 M.

Seelachs ohne Köpfe
in großen Prachtfischen .....
Knurrhahn, hochfein
Kabljau ohne Köpfe
in großen fetten Fischen ..... **Pfd. 20 Pf.**

Seeforelle
im Geschmack wie Flußhecht! ...... **Pfd. 25 Pf.**
Schellfisch, „Helgol."
in feinsten Mittelfischen .... **Pfd. 28 Pf.**
Grüne Makrelen, „Helgol.", ff. fette Pfd. 40 Pf.

Täglich frisch vom Rauch:

Ia zarte Sprotten-Pöklinge, Kiste nur **70** Pf., 5 Kisten à **60** Pf., 10 Kisten à **58** Pf., 50 Kisten à **55** Pf.
Ia grosse Fettpöklinge, große Kiste, ca. 30 Stück, **130** Pf., 5 Kisten à **125** Pf., 10 Kisten à **120** Pf., 25 Kisten à **118** Pf.
Ia starker Kieler Speck-Aal, ½ Pfd. **40** Pf.

Soeben erschienen:

Wiener März-Schrift
Preis **20** Pf.

Glühlichter
(Bebel-Nummer)
Preis **10** Pf.

Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstrasse 14.

Tapeten pro Rolle 1 Pf.

kann man noch nirgends kaufen. Für 10 Pf. bekommen Sie jedoch schon reizende Tapeten und für 17 Pf. sogar sch... elegante Goldtapeten. Gehen Sie aber nicht ins falsche Geschäft, sondern nur zu

Cremers Tapetenhaus, Victoriastraße 26, Ecke Ferdinandplatz. — Neu eröffn...

Dort herrscht der Grundsatz: **Riesige Auswahl! — Riesig billig!**

Kreischa, Lungkwitz und Umg.

Bestellungen

auf **Dresdner Volkszeitung, Wahren Jakob, Postillion, Glühlichter, Neue Zeit, In freien Stunden** sowie auf alle **Partei- und Fachlitteratur** nimmt entgegen

Hermann Wallrath.

Annahme von Inseraten für die Dresdner Volkszeitung.

Herren

welche sich modern und elegant kleiden wollen,

ohne dafür viel Geld auszugeben, haben nicht nötig, neue billige Garderobe zu kaufen, mit der Sie sich bei Regenwetter nicht auf die

Neue Gasse 13 | Neue Gasse 13

Straße getrauen können, **sondern kaufen, wie nachweislich, zu staunend billigen Preisen gute, wenig getragene herrschaftliche Garderobe,** zum Teil auf Seide und zum Teil von deutsch-englischen Stoffen sowie von erstklassigen Schneidern gearbeitet, nur in der **I. Dresdner**

Zentral-Bekleidungshalle

Neue Gasse 13.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots von **5** M. an
Komplette **Herren-Sakko-Anzüge** von **9** M. an.
Komplette **Frack- u. Gehrock-Anzüge** von **15** M. an

Großes Lager in Burschen- u. Jünglings-Anzügen

sowie **enorme** Auswahl in **Stoff- und Arbeiter-Hosen** zu sehr herabgesetzten Preisen.

Auch für korpulente Figuren.

Sie brauchen bei Bedarf von Kleidungsstücken nicht ein großes Konfektionshaus ins Auge zu fassen, die **Zentral-Bekleidungshalle Neue Gasse 13** ist auch **leistungsfähig.**

Enorme Posten in Schuhwaren
für **Herren, Damen** und **Kinder.**

Engros und detail.

Meine Kundschaft von außerhalb erhält bis **1 M. Fahrgeld vergütet.**

Sonntag geöffnet!

Deutsches Haus, Potschappel.
Heute Sonnabend von früh 8 Uhr an werden
2 ff. Rinder verpfundet.
Pfund von **55** Pf. an.

Allerfeinstes

Mischobst

beste Mischung

1 Pfund 32 Pf.

bei 5 Pfd. 1 Pfd. 30 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18

Filiale: Schäferstrasse 15.

Telephon Nr. 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. wie a. neuen H.- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen u. a. z. Verleihen. **10 Gr. Brüdergasse 10, 2.**

Eine größere Partie
Herren-Boxcalf-Schuhe
Paar von **7** M. an
Damen-Schuhe
Paar von **6** M. an
Kinder-Schuhe
Paar von **4** M. an, verkauft
Reich
Große Brüdergasse 5, I.
Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

Achtung, Arbeiter!

Zum Jahrmarkt empfiehlt in seltener Auswahl **gute getragene**

Stiefel aller Art

zu billigsten Preisen, wie bekannt Genosse **Irmor,** Neue Gasse 40.

Achtung!
Während des Jahrmarktes bei Einkauf von **getrag. Herren- u. Damenkleidern** eine **Kinderhose oder Weste gratis.**

E. Näther, Frauenstr. 10, I.
früher Gr. Brüdergasse 3.

Billig! Achtung! Billig!
Kartoffeln (magn. bonum) 10 Pfd. 30 Pf., **feste saure Gurken,** 3 St. 10 Pf., **garant. reinen Schleuderhonig,** Pfd. 80—85 Pf., **Sauerkraut,** 10 Pfd. 45 Pf., **Heringe,** 10 St. 55—65 Pf., **Apfelsinen,** süß, 10 St. 30—35 Pf., **Möhren,** süß, 10 Pfund 35 Pf.

Zeller, Laubegast
Bismarckstraße 10.

Soeben erschienen:

Aus meinem Leben

von

August Bebel.

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort. — Aus der Kinder- und Jugendzeit. — Die Lehr- und Wanderjahre. — Zurück nach Wetzlar und weiter. — Mein Eintritt in die Arbeiterbewegung und das öffentliche Leben. — Lassalles Auftreten und dessen Folgen. — Der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine. — Friedrich Albert Lange. — Neue soziale Erscheinungen. — Der Stuttgarter Vereinstag. — Wilhelm Liebknecht. — Zunehmende Verstimmung in den Arbeitervereinen. — Die Katastrophe von 1866. — Nach dem Krieg. — Die Weiterentwicklung des Verbandes der deutschen Arbeitervereine. — Persönliches. — Der Marsch nach Nürnberg. — Die Gewerkschaftsbewegung. — Meine erste Verurteilung. — Vor Barmen-Elberfeld.

Preis 2 Mark.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Dresden, Große Zwingerstraße 14.

Verblüffend

ist die vorzügliche Wirkung der echten **Teerschwefel-Seife** v. **Bergmann & Co.,** Radebeul mit Schutzmarke: **Steckenpferd.** Es ist die beste Seife gegen alle Arten Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pickel, Blütchen, Gesichtspickel, Pusteln etc. à St. 50 Pf. bei:
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Koch, Altmarkt 5.
Weigel & Zeeb, Marienstr. 12.
Otto Friedrich, Grenadierstr. 2.
Joh. Köhler, Oppellstraße 33.
In **Pieschen: Ernst Dressler.**
In **Cotta: Wilh. Reymer.**

Wir empfehlen:

Stern-Büchlein
für das Jahr 1910
Erste Einführung in die Astronomie
Mit 12 Monatskarten und vielen Abbildungen
Preis 75 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
u. die Zeitungsausträger.

Für Wiederverkäufer!
Konfirmations- u. Osterkarten in Riesenausw. empf. zu bill. Preisen
Fr. Knauthe, Kirchhofsgasse 6.

Potschappel

Bestellungen auf die Dre... **Volkszeitung** sowie sämtl. P... **Literatur, Inserate, Drucksa...** nimmt entgegen

Frauenlobs Buch- u. Pa... Handlung
Dresdner Straße 4...

Nähmasch., gebr. ganz b... zu vk. Anz... **Schumannstrasse 30.**

Größte Auswahl in getrag... und zurückgesetzten

Schuhware...

wie bekannt nur bei **Herm... Noack,** Leipziger Straße ...
Neue Schuhwaren ...

Militärschuhe und St...
Konfirmanden- u. Damenstie...
Rich. Nicolai, Kl. Kirch...

Gewissen- haft repar. **Uh...**
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. ...
Drehgasse 1a, I. Et...

Fahrräder, H. u. D., ... Mäntel, Sch... Ketten usw. Alle Reparaturen ... u. cm. **Schneider,** Schäferstr. ...

Strümpfe, mit Maschen, ... sowie Anstricken, ... gut u. billig ...
Fr Rittmanitsch, Leuben, ...

Rover, 15 ...
zu verk. Seidnitz, Sorbenstr. ...

Gute Ziehmutter ... einem zweij. Knaben ges. ... gasse 6, prt. Sonnabend n. 1— ...

Deutscher Fabrikarbeiter-Verband
(Zahlstelle Radeberg).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Traugott Kissig

am Montag im Alter von 65 Jahren verschieden ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 5. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Parentationshalle aus statt.
Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.
Die Ortsverwaltung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgange meiner unvergeßlichen teuren Gattin, unserer Mutter

Laura Löwe geb. Schmidt

in so reichem Maße entgegengebracht wurden, sprechen wir hiermit unseren tiefempfundenen **herzlichen Dank** aus. Dank auch dem Herrn Pastor Lamm für die trostreichen Worte und dem Gesangverein Sängerlust für den erhebenden Gesang.

Kaitz, Pöpschen, den 3. März 1910.

Die trauernden Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands

Zahlstelle Dresden u. Umgegend.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Die Unterzeichneten bitten Sie, mit der Bitte an Sie herantreten zu dürfen, bei Ihrem Verkehr bei Vergebung von Festlichkeiten, Sitzungen, kleineren Versammlungen, Familienfestlichkeiten usw. die Mitglieder unseres Verbandes zu berücksichtigen. Wir werden stets bestrebt sein, unseren Gästen mit guten Speisen und Getränken aufzuwarten.

		Vereinszimmer Pers.
Dresden-Altstadt:		
Stammlokal	Adam, Kamlachstraße 16, Telephon 2700	20—150
„	Pechfelder, Trebaische 8, Telephon 8892	50—70
„	Starke, Röllnerstraße 35, Telephon 11 189	20—70
„	Wersich, Striesener Straße 31	20
„	Weber, Schnorrstraße 31	10
„	Schurig, Seifhennersdorfer Straße 14	30
„	Müller, Elisenstraße 57	40
„	Mitschke, Falkenstraße 2, Telephon 7937	40
„	Leonhardt, Hauptstraße 29	50
„	Gartner, Rosenstraße 93	30
„	Schulze, Rosenstraße 106, Telephon 502	70—80
„	Eßlinger, Zwickauer Straße 24	15
„	Welde, Altonaer Straße 6	40—80
„	Lehmann, Camelienstraße 8	40
„	Wagner, Schnorrstraße 62	40—60
„	Umlauft, Eisenstraße 7	20
„	Schubert, Könneritzstraße 17	40—80
„	Köhler, Güterbahnhofstraße 8	30
„	Kühnel, Zwickauer Straße 31, Teleph. 2006	60
„	Emmer, Bürgerwiese 12	—
„	Weichelt, Schandauer Straße 17	—
„	Hoffmann, Zwickauer Straße 29	60—80
„	Peter, Fröbelstöckchenstraße 18	—
„	Richard Wirthgen, Jagdweg 1	50
„	Eckert, Waldheimstr., Ecke Röllnerstr., Teleph. 627	50
„	Forderer, Altonaer Straße	20
„	Findeisen, Gerbergasse 24	40
„	Bock, an der Falkenbrücke 2a	20—100
„	Otremba, Pirnaischer Str. 45, Telephon 19 381	40—80
„	Hanisch, Nordpol, Rampischestraße 25	40
„	Fiettrich, Lorenzstraße 9	50
„	Hoffmann, Stephanienstraße 60	—
„	Jerche, Böhmischplatz 19	—
Dresden-Neustadt:		
Stammlokal	Zimmermann, Radebeuler Str. 10, Tel. 9069	30
„	Mickel, Schönbrunnstraße 1, Telephon 9499	20—150
„	Engel, Böhmische Straße 41	40
„	Scheile, Hechtstraße 32	60—80
„	Michaelis, Hechtstraße 21	40
„	Tiepner, Schäfers Ruhe, Ludwigstraße 1	30
„	Natsch, Markgrafenstraße 33	20—50
„	Freyer, Oppelstraße 9	20
„	Schröder, Weimarische Straße 15, Tel. 10356	40—100
Dresden-Pieschen:		
Stammlokal	Rothe, Grenzhainer Straße 128, Tel. 8246	30—80
„	Tahmo, Leipziger Straße 12	100
Dresden-Trachau:		
Stammlokal	Hänsel, Rastteller, Alt-Trachau Nr. 14	30—50
„	Möbius, Alnstraße 34	40
Dresden-Mickten:		
Stammlokal	Koch, Winterstraße 12	30—70
Dresden-Uebigau:		
Stammlokal	Seifert, Zur Kette	50
Dresden-Kaditz:		
Stammlokal	Bär, Fechnerstraße 2a, Telephon 2391	50—70
„	Wehle, Pirkelstraße 26	40
Dresden-Striesen:		
Stammlokal	Birnstengel, Schandauer Str. 45, Tel. 7128	40
„	Deutsche Eiche, Hattenstraße 1	25—200
„	Barthel, Altenberger Straße 22	60
„	Sybel-Schäfer, Behrischstraße 42, Tel. 2438	70
„	Andres, Deutsch. Frieden, Markgr.-Heinr.-Pl. 21 Telephon 18826	30—40
„	Vogel, Bärensteiner Straße 13	20—60
„	Kirchgeorg, Schandauer Str. 42, Tel. 7748	60—70
„	Lindner, Glashütter Hof, Glashütter Straße 97 Tel. 2643	20—60
Dresden-Gruna:		
Stammlokal	Zickler, Beilstraße 30, Telephon 7621	60
„	Haubold, Gruna-Seidnitz, Bodenbacher Str. 60	60
Seidnitz.		
Stammlokal	Klotz, Gabelsberstraße 7 . . Telephon 19297	50
Groß-Zschachwitz:		
Stammlokal	Lehmann, Simonstraße 10, Telephon: Amt Niederlößnitz 2930	150
Niedersedlitz:		
Stammlokal	Hauptvogel, Nordstraße 50, Telephon: Amt Niederlößnitz 2815	50—80
„	Krahl, Telephon: Amt Niederlößnitz 2890	60
Leuben:		
Stammlokal	Goldner Stern, Bahnhofstraße 15, Telephon: Amt Niederlößnitz 2862	80
Lockwitz:		
Stammlokal	Wilhelm	50
Sporbitz:		
Stammlokal	Schade	50—100
Coschütz.		
Stammlokal	Bertram, Dresdner Straße 2	—
Dresden-Cotta:		
Stammlokal	Kunzsch, Kleyliocktstraße 40, Telephon 7475	50—120
Dresden-Löbtau:		
Stammlokal	Schillingshof, Inh. John, Reißewitzerstraße	50
„	Kampfe, Wernerstraße	20—100
„	Encyklopädie, Freiberger Straße 93	—
„	Hniffkin, Dimanstraße 23, Telephon 888	50
Dresden-Plauen:		
Stammlokal	Gohlau, Kleines Volkshaus, Hofmühlenstraße 51, Telephon 4536	50—300
Radeberg:		
Stammlokal	Kaiser, Oberstraße 16	20—100
Deuben:		
Stammlokal	Rühria, Augusta-Bad	30—200

Bitte ausschneiden!

Esperanto!

Zur Abwehr.

Häufige Anfragen über unsere Beziehungen zu Reform-Esperanto zwingen uns zum Schutze unserer Genossen und Kollegen zu einer öffentlichen Erklärung.

Weder die Esperanto-Kongresse noch die bürgerlichen Esperanto-Gesellschaften wollen von Ido oder Reform-Esperanto etwas wissen, deshalb war der deutsche Arbeiter den Idisten als Versuchskaninchen gut genug. Wenn die Reform so gut ist, warum inserieren dann die Idisten **Esperanto** Kurse und lehren Ido! — Bezeichnend ist auch das Inserat vom 15. Januar 1910 in einer hiesigen Zeitung mit der Aufschrift: „Der Zerfall des Esperanto und der Aufschwung des Ido". Esperanto zählt seine Anhänger nach Hunderttausenden und die Idisten sind seit einem Jahre von 17 Vereinen zu einer kleinen Tischgesellschaft zusammengeschmolzen. Warum? Weil aus Reform-Esperanto nicht nur Ido entstand, sondern die Reformisten sich bereits in mehr als ein Dutzend Lager, jedes mit seiner allein seligmachenden Sprache, gespaltet haben und sich gegenseitig bekämpfen.

Es wäre also gefahrvoll für den Arbeiter, mit der angeblichen Weltsprache Ido ins Ausland zu reisen, verstanden würde er doch nicht. Hingegen kann er sich mit Esperanto überall verständigen. Also, deutsche Arbeiter, die Augen auf und die Taschen zu!

Der Deutsche Arbeiter-Esperantisten-Bund.

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstrasse 2 ▪▪▪ Telephon 1425 ▪▪▪ Maxstrasse 13.

Sonntag den 6. März, im grossen Saal

Nachmittags zum letzten Male

Hänsel und Gretel, Kindermärchen mit Gesang in fünf Bildern.

Einlass ½2 Uhr. — Anfang ½3 Uhr. — Eintritt mit Programm 15 Pf.

Wegen vorheriger Versammlung ist vor ½2 Uhr kein Einlass!

Abends

Sie weiss etwas

Schwank in vier Akten von Kneisel.

Einlass ½6 Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Eintritt mit Programm 30 Pf.

Rothes Restaurant
Grenzhainer Straße 128
empf. sich Freunden und Bekannten.

Parade der Zinnsoldaten
ist der neueste Schlager Schallplatten.
Denselben empfiehlt
Oscar Victor
21 Wallstrasse 21.
Zuverlässigste Firma.

Nur für Herren
welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit **nur Breitestraße, zur billigen 12.** Maßanzüge von Bestchaften, wenig getragen, 8, 12, 15 M. usw., Maßpaletots 6, 10, 16 M. usw., ein Gelegenheitskaufen in Winter-Anzügen und Joppen, große Auswahl in Ballwesten, schw. Rock-, Frack- u. Smokinganzügen, getragene Herren-, Damen- u. Kinderschuhe von 1.50 M. an, einz. Streifhosen, Jackets u. 2 M. an, Westen v. 40 Pf. an, Verleihen v. Fracks u. Gehröcken. Schaufenster verf. staunend billig **Wahler, nur Breitestr. 12**
Kunden v. auswärts Fahrvergütung.
Jahrmarkts-Sonntag von vorm. 11 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.

Gesuche, Klagen, Reklamationen nr. bill. Zimmermann, Torgauerstr. 30.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Radeberg u. Umg. zur gefälligen Kenntnis, daß das

Restaurant z. Felixturm

vom 1. März dieses Jahres an täglich geöffnet ist, und bitten wir, uns in unserem weiteren Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglichster Hochachtung **Georg Vogel u. Frau.**

Gasthof Poisental.

Sonnabend den 5. März findet unser

Einzugs-Schmaus

statt, wozu wir alle Freunde und Gönner von nah und fern ganz ergebenst einladen **Robert Naumann und Frau.**

Varieté Musenhalle Löbtau Haltestelle Reisewitzer Str.

Im Parterre-Saal täglich Vorstellung, Beginn abends 8 Uhr

Riedel-Zöls-Sänger und Schauspieler aus Berlin! Stettin. Nur kurze Zeit!

Der Alte von der Klippe

Charakterstück a. d. Seemannsleben in 2 Abteilungen: Aus Meeresstrande. — Neue Ausstattung u. Dekoration, Gesangs-Einlagen sowie der **reichhaltige Solistenteil.**

Vorzugskarten Gültigkeit

Gasthof Leuben.

Sonntag den 6. März 1910

Gr. Zitherkonzert

Mitwirkung: **Zitherklub Edelweiß, Leuben u. U.**

Nach diesem: **BALL.**

Einlaß 3½ Uhr. Anfang 4½ Uhr.

Es laden freundlichst ein E. Hennse und Frau.

Kinematograph

Radebeul, Dresdner Str. 10 unterhalb der Krone. **Leuben,** Schulstr. 3 gegenüber der Molkerei.

Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag

ununterbrochene Dauer-Vorstellung.

Sonntag von 2—11 Uhr, Freitag, Sonnabend und Montag von 5—11 Uhr

Es laden ergebenst ein **A. Ritter & Ko.**

Dresdner Felsenkeller dunkel

ist ein nach bayrischem Verfahren gebrautes und den besten in Bayern hergestellten Bieren in jeder Beziehung vollkommen gleichwertiges Bier.

Zu beziehen durch alle Flaschenbier führenden Geschäfte.

Verein der Bierhändler von Dresden und Umgegend.

Geldnot

ist ein Uebel der jetzigen Zeit, deshalb muß gespart werden. Im **Zentral-Leihhaus** (konzessionier.) **Breite Str. 18, I.** kann an Herrengarderobe viel gespart werden, dort erhält man von

Millionären

Doktoren, Kavalieren usw. wenig getragene, nach Maß gearbeitete Anzüge und Paletots (Winterüberzieher). Diese Garderoben zeichnen sich durch besonders gute Verarbeitung, tadellosen Sitz und Haltbarkeit der Stoffe aus. Wir empfehlen

Maß-Anzüge 8 M., 14 M., 20 M. usw.
Maß-Paletots 6 M., 12 M., 18 M. usw.

Zentral-Leihhaus, Breite Straße 18, I., unweit Seestr.

Gelegenheitskäufe in eleganter neuer Garderobe.
Extra-Abteilung: Pfandleihe.

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

Wir empfehlen:

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.

50. Verbesserte, vermehrte und neubearbeitete

Jubiläums-Ausgabe.

Preis gebunden 3.— M.

Volksbuchhandlung, Dresden, Grosse Zwingerstrasse 14.

Sülzenfleisch

½ Pfd. 1 M., Ochsenfleisch 2 Pfd. 1 M., Schweinefleisch Pfund 70, Pökelschinken 90, Rinderbraten ohne Knochen 90, Wurst 60, Hausschlachtene Landleberwurst 80, Fleisch-Sülze 80, Schinkenfett ½ Pfd. 50, starker fr. Speck 80 Pf.

Schumannstrasse 31, Ecke Nicolaistrasse.

Kaitz und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung und sämtliche Parteiliteratur sowie Inserate und Druckaufträge nimmt entgegen

Hermann Drechsler, Kolporteur
Schmiedegässchen Nr. 9, part.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

95 Pf. WOCHE

Messow & Waldschmidt, Warenhaus Wilsdrufferstr.

1 Angebot für Sonnabend, Sonntag, Montag! Unsere 95 Pf.-Woche zeigt einen Warenaufbau von ungewöhnlicher Größe u. weitgehendster Vielseitigkeit

50000 Meter Seidenband Reinseidenes Taffetband mit eingewebten Kantchen und doppelseitiges **Atlasband** in 25 verschied. Farben 3 m 5½ cm br. **95**, 4 m 4 cm **95** 6 m 2½ cm breit **95**

Franz. Samtband, 8 cm br. in 35 modernen Farben . . 2 m **95**

Schwarzes schweres Failetin- und Taffetband, 7, 9, 10 und 11 cm breit . . . 1½ und 2 m **95**

20000 Meter bunte Waschbesätze in prachtvollen Ausführungen, 4 m **95**, 6 m **95**, 10 m **95**, 12 m **95**

2 Gros Kragenstäbchen, Zelluloid, in allen Höhen **95**

500 St. vorgezeichn. Handtücher aus gutem Halb- und Reinleinen, in Stich und Kreuzlich . . . 3 Stück **95**

1000 Meter Fältchentüll u. Spachteltüllstoffe in weiß, creme und farbig, in wertvollen Qualitäten . . . . . 1 m **95**

2000 St. Trikotagen aus echt Mako, Mako-Imitation und guten wollgemischten Arten in Hemden und Hosen, ausschließlich wertvolle Fabrikate, in sämtl. Herrengrößen, jedes St. **95**

Ein gewaltiger Posten **tadellose Strümpfe** in Flor, durchbrochen, in besten Mako-Qualitäten . . . . . 2 Paar **95**

1000 Stück Madapolamsticker à 4—8 cm breit, in allerfeinster Ausführung . . . . . Stück 4½ m **95**

Ein nicht zu wiederholendes Angebot **Pantoffel mit Ledersohle** Größe 36—39 **95**

Haussehuhe, imprägniert mit Trockenfilzsohle **95**

100000 Stück Papier-Servietten . . 200 Stück **95**

Klassiker-Ausgaben in gutem Leinenband, Grillparzer, Heine, Herder, Shakespeare, Hauff, Kleist, Körner u. a. . . . . Band **95**

600 Stück Bilder mit schönen, schmalen Rahmen, Kunstreproduktionen hervorragender Künstler **95**

600 Paar Kinderstiefel in solider Ausführung aus gutem Leder, Größe 18—22, in braun und schwarz Paar **95**

800 Stück Pariser Gürtelkorsetts in den wertvollsten Ausführungen Stück **95**

2000 Stück prachtvolle Gold-Jacquard-Samt-Gummi-Gürtel mit vornehmen, modernen Schlössern **95**

1 Verlängerungs-Markttasche 33 cm groß . **95**

2 Markttaschen, 30 cm, in soliden Ausführungen **95**

Taschentücher

Linontücher, volle Größe . Dtzd. **95**
Linontücher, 48 cm, weiß u. bunt ½ Dtzd. **95**
Atlastücher, weiß kariert ½ Dtzd. **95**
Seidenbatist-Tücher ½ Dtzd. **95**
4 Stück **engl. Tücher** für Herren . **95**
2 Dutzend **Kindertücher** m. Bildern **95**
½ Dtzd. **Rein-Leinen-Schuss,** 45 cm **95**
½ Dtzd. **Linontücher,** 45 cm groß, mit gestickten Buchstaben **95**
1 Dtzd. **Kindertücher** m. Buchstaben **95**

Zephirtücher für Herren, 52/54 cm ½ Dutzend **95**
Türkische Herrentücher, 56 cm ½ Dutzend **95**
Staubtücher, Leder imitiert 1 Dutzend **95**
Imitierte Ledertücher, extra stark ½ Dutzend **95**
Gartendecken, neue moderne Muster, m. u. ohne Franse, Stück **95**
Schneiderzeug, ca. 120 cm breit, in 5 Farben . . Meter **95**

40 Stücke ca. 108 cm. breite reinwollene Cheviots Meter **95**

80 Stück Blusenflanelle reine Wolle und **Popeline** in modern. Farben u. sparten Preisen Meter **95**

1 Dose Bohnerwachs unsere Specialmarke . . . 2-Pfd.-Dose **95**

150 Bogen Briefpapier | **50 Stück Kuverts** | in Leinen, weiß, grau, lila, Elfenbein **95**

Regenschirme für Damen, Herren, Kinder **95**

Unterrock-Volant hell u. dunkel, waschbar, Stück **95**

3 m Musseline, mit u. ohne Bordüre, hell u. dunkel Fond, in guter Ausführung **95**

3 m Zephir für Blusen und Hauskleider in schönen Bandstreifen, vorzüglich waschbar **95**

Restbestände der Wintersaison in Kleiderstoffen m für Röcke, Kleider u. Kostüme, bowelbreite Qualität, bisheriger Verkaufspreis bis 4.00 **95**

Wäsche

Damenhemden aus solidem Hemdentuch **95**
Damenbeinkleider, Kniebeinkleider in Prinzenform **95**
Nachtjacken aus Croisébarchent . . . **95**
Kinderröschen od. **Kinderhemdchen** Größe 45—90 . . . . . **95**
Wirtschaftsschürzen | **Kinderschürzen** | **Tändelschürzen** | . . Stück **95**
2 Mtr. Stoff für 2 Scheuerschürzen . **95**

1 Dtzd. Wischtücher rot-weiß kariert **95**
½ **Dtzd. Wischtücher** gesäumt und gebändert . **95**
Kopfkissenbezüge aus Ia Leinen Stück **95**
1 Dtzd. weiße Köper-Servietten . **95**
¼ **Dtzd. weiße Jacquard-Servietten** seidenglänzend 55:55 . . . . . **95**
2½ **Mtr. weiss. Batist** à jour oder gestickt Mull **95**
2 Meter Schürzen-Gingham . . **95**

5 Meter Hemdentuch **95**
3 Meter feinfädiger Renforcé . **95**
3 Meter Croisé-Barchent weiß . . **95**
3 Meter bunter Hemdenbarchent **95**
3 Meter Hemdentuch, solide Waschqualität **95**
1 Meter 145 cm breites Bettuch-Damast **95**
1 m 130 cm breites gutes Bettzeug, garantiert **federdicht** **95**

Einige 1000 Mtr. Seiden ein Angebot ohnegleichen
Reinseidene Messaline weich fließende Gewebe . . . Meter
Reinseidene Taffet
Reinseidene Japon, ca. 60 cm . **95**
Seiden-Samte . . . . . Meter **95**
für Blusen, bish. Verkaufspreis bis 2,50

Ein Posten **Lambrequins** in Tuch und Plüsch Stück **95**

Ein Posten **engl. Tüll-Stores** Stück **95**

8 St. Scheuertücher 95

Als besonders preiswert empfehlen wir: Einen Posten zirka **500 Meter** ca. 130 cm breite **Bett-Damaste** deren normaler Verkaufspreis 1,50 bis 2,50 beträgt . . . . . Meter **95**

1 reinleinenes weisses Tisch-Milieux à jour-Ecken **95**

½ **Dtzd. Handtücher** **95**
¼ **Dtzd. Handtücher,** ca. 45 cm breit, grau Drell, gemustert **95**

1 großer Posten bunt. Barchent-Bettücher Restbestände des Winterlagers, bisheriger Verkaufspreis bis 2.00 Stück **95**

3 Meter Gardinen, weiß und creme **95**
1 Stück Scheibenschleier, weiß und creme **95**
1 Tischdecke, rot und grün, bekurbelt **95**
1 Kinder-Steppdecke in verschiedenen Farben **95**
1 Bettvorleger in imitierten Perser oder Arminster **95**
1 Linoleumvorleger oder **1 Meter Linoleum** **95**
2 Meter, 130 cm breit, **Organdy,** bisheriger Preis 2.50 . . . . . **95**
1 Wachstuch-Tischdecke, in verschiedenen Mustern, Größe 85/125 . . **95**

1 Kostümrock in festen Zwirnstoffen mit Knopfgarnierung **95**
1 Unterrock in gestreift. Cretonne, mit Volant **95**
1 Barchentbluse mit Kragengarnitur und Säumchen in vielen Mustern **95**
1 Kreton- oder Katunbluse, waschecht, in viel. Streifen, Vorderteil mit Säumchen . . **95**
1 weiße Batistbluse m. Stick. u. Spitzeneinf. geschmackvoll garniert **95**
1 Kinderkleid aus Barchent mit Passe und Smokarbeit in vielen schönen Dessins . . **95**
1 Russenkittel aus gestreift. u. einfarb. waschechten Sr. m. durchg. Bord., Größe 45-55 **95**
1 Knabenhose aus sehr dunkl. fest. Zwirnstoff. **95**

1 elegant. weisser Sporthut garniert **95**
200 Stück ung. Damenstrohhüte neue Formen **95**
500 Stück Kinder-Strohhüte **95**
48 Dtzd. Veilchen . . . **95**
300 Stück Straussfedern Stück **95**
Automützen **95**
3 Mtr. Seidengaze in vielen Farben **95**

12 Speiseteller, blau Zwiebel . . **95**
15 Speiseteller, weiß **95**

1 Gemüse-Etagere für eine komplette 22 teil. Tonnengarnitur **95**

1 feindekor. Bier-Service mit 6 Gläsern . . . . . komplett **95**

1 ff. dekor. Likör-Service mit Tablett und 6 Gläsern **95**

3 Dosen Schnittbohnen, à 2 Pfund **95**
1 Dose = 2 Pfund Pflaumen und **2 Pfund Heidelbeeren** **95**
1 Pfd. Kakao und **1 Pfd. Zucker** . . **95**
1 Dose Spinat u. **1 Dose Pfifferlinge** **95**
Ca. 5000 Eimer gemischte Marmelade, 5-Pfund-Eimer **95**
4000 Pfund feinstes Weizenmehl Kaiserauszug . . ein 5-Pfund-Beutel **95**

1 Emaille-Eimer und **1 Scheuertuch** **95**
1 Emaille-Fenstereimer **95**
1 Emaille-Eimer, dekoriert, 28 cm . **95**
1 Emaille-Wasserkanne zirka 8 Liter Inhalt **95**
1 fein lackiertes Sand-Seife-Soda-Konsol **95**
1 Geflügelschere **95**
1 Messergarnitur am Brett **95**

4 gr. echte Porzellan-Speiseteller mit Goldrand **95**
Eine komplette **Waschgarnitur,** fein dekoriert **95**
6 Stück Alpakasilber-Kaffeelöffel **95**
1 Tafelaufsatz m. Vase, Bakkaranschliff-Imitation . **95**
1 dopp. seitige Musikplatte, 25 cm **95**

12 Stück Hyazinthen-Gläser **95**
10 Stück Bierbecher mit Ia Goldrand **95**
1 Satz = 5 St. Glasschüsseln **95**

Heinemann's

beruhmter 95 ½ Tage

Ich bringe für diese Preise in allen Abteilungen meines Verkaufshauses hervorragende Gelegenheitskäufe.

Kleiderstoffe.

1 Posten schw. **Kleiderstoffe,** Meter **95** Pf.
Hauskleiderstoffe in 30 verschiedenen Kostümmustern . . . Meter **95** Pf.
1 Posten grene **Kleiderstoffe,** Wert bis 1.55 . . . . . Meter **95** Pf.

1 Posten reinw. Cheviots Neuheiten . . . . . Meter **95** Pf.

Reinwollene **Cheviots u. Chevrons,** Wert bis 1.65 . . . . . Meter **95** Pf.
Reinwoll. **Beige** in Sportfarben Meter **95** Pf.
1 Posten **Blusenstoffe,** hochaparte Zusammenstellung . . . . . Meter **95** Pf.

1 Posten schwere aeschorene **Kostümrockstoffe** Meter **95** Pf.

1000 Meter reinwollene **Kleiderstoffreste** ohne Rücksicht auf früheren Preis . . . im Rest Meter **95** Pf.

Seiden-Reste für Blusen. Meter **95** Pf.

Weisse Ballstoffe vorzeitnen, entzückende Muster Meter **95** Pf.

3 Meter **Hemdenbarchent,** gute Qualität . . . . . **95** Pf.

Blusenabschnitt prima Zeichnung . . . . . **95** Pf.

Baumwollwaren

2½ Mtr. **Blusen-Barchent,** mod. Muster **95** Pf.
2½ Mtr. **Sportflanell** in vielen Dessins **95** Pf.
2 Mtr. weiß. **Piqueebarchent** f. 1 Nachtjacke **95** Pf.
3 Meter kräftig. **Hemdenbarchent 95** Pf.

1 fertiges Bettlaken **95** Pf.

10 Stück **Wischtücher,** kariert . . **95** Pf.
6 Stück **Wischtücher,** kariert . . **95** Pf.
3 Mtr. weiß. **Hemdentuch,** kr. Qual. **95** Pf.
4 Mtr. kräftiges **Hemdentuch** . . **95** Pf.
2 Meter weiter **Rip-,** prima Ware . **95** Pf.
2½ Mtr. weiß. **Kinderbarchent,** schw. Ware **95** Pf.
3 Mtr. **Baumwollflanell,** crème, grau u. rosa **95** Pf.
1½ Meter **Schürzengingham** . **95** Pf.
1½ Mtr. **Schürzendruck,** 120 cm breit **95** Pf.
2 Meter **Schürzensatin,** waschechte Farben . . . . . **95** Pf.
3 Meter **Kleiderdruck,** pa. Ware **95** Pf.
2½ Meter **Musseline-Imitation** per Stück . . . . . **95** Pf.

Schwere Schlafdecken s. **95** Pf.

Leinenwaren.

1 **Kaffeedecke** mit Fransen . . **95** Pf.
1 kräftiges weißes **Tischtuch** . . **95** Pf.
9 Stück **Scheuertücher** . . . **95** Pf.
½ Dtzd. kräftige **Küchentücher 95** Pf.
3 weiße damasierte **Jaquardhandtücher** . . . . . **95** Pf.
3 schwere **Gerstenkornhandtüch. 95** Pf.
4 kräftige **Handtücher** . . . . **95** Pf.
3 Meter buntes **Bettzeug** f. 2 Kissen **95** Pf.
3 Mtr. bunter **Bettkattun** f. 2 Kiss. **95** Pf.
2 Meter rotes **Bettinlett** . . . **95** Pf.
Bettuch - Halbleinen, 150 cm breit, schwere Qualität . . Meter **95** Pf.
Bettuch-Renforcé, 160 cm breit, prima Ware . . . . . Meter **95** Pf.
1 großer Posten **Bettdamast,** Bettbreite . . . . . Meter **95** Pf.
1 großer Posten **Stangenleinen,** prima Ware, volle Bettbreite Mtr. **95** Pf.
1½ Meter **Damast,** Kissenbreite . . **95** Pf.
1½ Mtr. **Stangenleinen,** Kissenbr. **95** Pf.

1 fertiges **Kissen-Inlett** oder 1 fertiger **Kopfkissenbezug** weiß oder bunt . . . . . **95** Pf.

Taschentücher.

1 Dtzd. **Linon-Taschentücher,** feine Qualität, gesäumt . . . . . **95** Pf.
1 Dutzend **Kindertaschentücher** mit Kante, gesäumt . . . . . **95** Pf.
1 Dutzend bunte **Kindertaschentücher,** gesäumt . . . . . **95** Pf.
½ Dtzd. extra feine **Glorialücher,** gesäumt . . . . . **95** Pf.
½ Dutzend bunte **Herrentücher,** Leinenimitation . . . . . **95** Pf.
½ Dutzend türk. **Herrentücher,** extra groß . . . . . **95** Pf.
3 Stück elegante **Herrentücher,** Seidenimitation . . . . . **95** Pf.

Damen-Korsetts.

1 **Korsett** aus gemustertem Stoff, moderne Fassen . . . . . **95** Pf.
1 **Korsett,** glattes Drillgewebe mit Spitzenbesatz . . . . . **95** Pf.
3 **Korsettschoner** in all. Farben **95** Pf.

Trikotagen.

1 **Herren-Normalhemd** . . . **95** Pf.
1 **Herren-Normalhose** . . . **95** Pf.
1 starkes **Trikot-Beinkleid** mit angem. Futter . . . . . **95** Pf.
2 **Filethemden** . . . . . **95** Pf.
1 **Knaben-Sweater** . . . . . **95** Pf.
1 **Untertaille** mit starkem Futter . **95** Pf.

Kinder-Ringeltrikots mit Leibchen und Ärmel, für 4 bis 10 Jahre . . Stück **95** Pf.

Damen-Wäsche.

1 **Damenhemd,** Vorderschluß mit Trimming . . . . . **95** Pf.
1 **Damenhemd,** Achselschluß mit Spitze . . . . . **95** Pf.
1 **Nachtjacke,** weiß Croisé m. Besatz **95** Pf.
1 **Nachtjacke** mit Besatz . . . . **95** Pf.
1 **Unterrock,** weiß Croisé mit gebogtem Volant . . . . . **95** Pf.
1 Paar **Beinkleider,** weiß Croisé gebogt . . . . . **95** Pf.
1 Paar **Beinkleider,** weiß Croisé mit Stickerei . . . . . **95** Pf.

1 hochelegante **Stickerei-Untertaille 95** Pf.

1 großer Posten Badewäsche

3 **Frottierhandtücher,** Größe 45/80 cm . . . . . **95** Pf.
1 extra schwer. **Badetuch,** 80/100 **95** Pf.
2 extra schwere **Frottierhandtüch. 95** Pf.
1 Dutzend große **Seiftücher** . . . **95** Pf.
1 **Frottierhandtuch** m. Monogr. **95** Pf.

Bunte Barchentwäsche.

Barchent - Männerhemden 95 Pf.
Frauen-Barchent-Hemden 95 Pf.
Frauen-Barchent-Beinkleider . . . . **95** Pf.

Posten weisse Kinderwäsche in Barch. u. Hausduch bis 12 Jahre **95** Pf.

Reizende Barchent-Kinderkleidchen mit Volant, hübsch garniert **95** Pf.

Schürzen.

1 **Hausschürze,** 140 cm breit . **95** Pf.
1 **Hausschürze** mit Träger . . **95** Pf.
1 **Reformschürze** . . . . . **95** Pf.

300 Stück **große Wirtschaftsschürzen** in Blaudruck, Köper u. Gingham, beste Qualitäten . . . Stück **95** Pf.

2 elegante **Zierschürzen** . . . **95** Pf.
2 hochaparte **Teeschürzen** . . . **95** Pf.

400 hochel. **Kinder-Schürzen** bunt, einfarb., weiß, noch nicht dagewesen, bis 6 Jahre, Stück **95** Pf.

Valenciennes-Spitzen, alle Breiten . . . . . 6 Meter **95** Pf.

Elegante Teeschürzen m. Träger, ringsherum u. Träger m. Stickerei, in weiß u. bunt, Stück **95** Pf.

Diese Rubrik enthält

sensationell billige Angebote!

4 Stück **Herrenkragen,** alle Weiten, alle Höhen . . . . . **95** Pf.
2 seidene elegante **Krawatten** . **95** Pf.
1 eleg. seidene **Regattes,** neueste Dessins . . . . . **95** Pf.
1 Schal engl. **Tüll-Gardinen** . **95** Pf.
1 Schal **Vitragen,** Köper . . . **95** Pf.
2 **Brise-bise** . . . . . **95** Pf.
3 Mtr. gestr. **Kongress,** doppelbr. **95** Pf.

Strümpfe — Socken.

3 Paar **Wintersocken** . . . **95** Pf.
3 Paar starke **Arbeits-Socken** . **95** Pf.
2 Paar **Kammgarnsocken** . **95** Pf.
1 Paar reinwoll. **Jamelhaarsocken** . **95** Pf.
1 Paar reinwoll. **Kammgarn-Socken** . **95** Pf.
3 Paar **Damenstrümpfe** . . **95** Pf.
1 Paar zwei und zwei gestrickte **Strümpfe,** prima . . . . . **95** Pf.
3 Paar **Kinder-Stärkchen,** alle Größen **95** Pf.
3 Paar **Kinderstrümpfe** . . **95** Pf.
2 Paar wollene **Kinderstrümpfe 95** Pf.

Handschuhe.

3 Paar lange weiße **Ball-Handschuhe** . . . . . **95** Pf.
2 Paar durchbr. **Ballhandschuhe** und ohne Finger . . . . . **95** Pf.
1 Paar hochelegante **Ballhandschuhe** . . . . . **95** Pf.
1 Paar lange, weiße, reinwollene **Damen-Handschuhe** . . **95** Pf.

Damen- **Glacé-Handschuhe** m. Futter, solange Vorrat, Paar **95** Pf.

2 Paar **Hosenträger,** kräftig . **95** Pf.
1 Paar **Hosenträger,** prima . **95** Pf.
1 große **Flügel-Handtasche,** elegant, aus Leder, prima Arbeit **95** Pf.
1 schw. **Wachstuchleder-Markttasche,** groß . . . . **95** Pf.

Hochelegante **Damengürtel** in Seide, Leder u. Seidengummi Stück **95** Pf.

2 Stück elegante **Damengürtel 95** Pf.

Otto Heinemann

26 u. 28 Webergasse 26 u. 28

gegenüber der Bärenschenke.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100304/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Heinrich Esders

Dresden

Prager Strasse, Ecke Waisenhausstrasse.

Bevor Sie

Ihren Bedarf in Frühjahrs-Garderoben decken, prüfen Sie mein heutiges

Billiges Jahrmarkts-Angebot!

1 Posten	Herren-Anzüge	M.	9.90	14.50	19.– 25.–
1 Posten	Herren-Paletots	M.	12.–	15.–	19.– 25.–
1 Posten	Herren-Hosen	M.	2.10	2.90	4.50 5.90
1 Posten	Gehrock-Anzüge	M.	25.–	29.–	32.– 39.–
1 Posten	Arbeits-Joppen	M.	2.10	2.90	4.50 6.50
1 Posten	Arbeits-Westen	M.	1.90 und 2.90.		

Auch in

Knaben- u. Kinder-Garderoben

stelle ich zum Jahrmarkt einige billige Posten zum Verkauf und offeriere:

1 Posten	Jünglings-Anzüge	M.	9.90	15.–	20.–	25.–
1 Posten	Konfirmanden-Anzüge	M.	8.90	14.–	18.–	24.–
1 Posten	Burschen-Hosen	M.	2.10	3.50	5.75	7.75
1 Posten	Knaben-Hosen	M.	1.70	2.90	3.90	4.90
1 Posten	Burschen-Joppen	M.	3.50	4.90	5.75	7.50
1 Posten	Wetter-Pelerinen	M.	4.90	6.90	8.90	10.50
1 Posten	Kinder-Anzüge	M.	3.90	5.90	8.50	12.–

Zum Jahrmarkts-Sonntag von 11 Uhr an geöffnet!

Männer-

Hemden in Barchent 1.00—2.50
do. „ Normal 1.00—4.00
do. „ weiß . . 1.10—2.50
Unterhosen . . . . 1.00—4.00
Unterjacken . . . . 0.90—2.50
Aermelwesten . . 2.00—9.50
Socken . . . . . 0.25—1.20
do. handgestrickt 1.60

Ernst Klaar

Liliengasse 25, part. und 1. Etage. Eingang Jorchinenstraße.

---

ffeine Vanille-Schokolade

garantiert rein **Kakao u. Zucker** in 1-Pfund-Blöcken

1 Pfund 65 Pf.

bei 5 Pfund

1 Pfund 63 Pf.

bei mehr billiger!

Feinster

Kakao

garantiert rein, leicht löslich

1 Pfund 90 Pf.

bei 5 Pfund

1 Pfund 85 Pf.

bei mehr billiger!

F. E. Krüger

Webergasse 18

Telephon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen

Empfehle herrschaftl. gest. **Herren-Anzüge** v. 8 M. an, **Monats-Anzüge** 12—25 M., **Muster-Anzüge** von 17 bis 36 M., einzelne **Sakkos** von 2 M. an, einzelne **Westen** von 50 Pf. an.

E. Näther, Dresden-Altstadt, **Frauenstrasse 10,** 1. Etage.

Fracks

schwarze Rockanzüge, Zylinder verleiht und verkauft nur

Landhausstraße Nr. 10

Telephon Nr. 9799.

---

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert **Photograph Rich. Jähnig** Marienstraße Nr. 12 im Hause von Weigel & Zeeh.

Konfirmanden-Ausstattung

in bewährten Qualitäten!

Hüte, steif und weich, neueste Fassons	. .	**1.50, 2.00, 2.50, 2.80**
Krawatten, moderne Fassons	. .	**10, 20, 30, 40, 50** Pf.
Kragen, garantiert Ia. 4fach	. . . . .	3 Stück **95** Pf.
Manschetten, garantiert Ia. 4fach	. . . . .	3 Paar **1.10**
Chemisetts, Ia. Qualität	. . . . .	**35, 45** und **50** Pf.
Handschuhe, Glacéleder	. . . . .	Paar **1.20, 1.45**
Hosenträger, schöne Muster	. . . . .	Paar **50** Pf.

Straßburger Hutbasar

Wettinerstraße, Ecke Zwingerstraße
:: **Hauptstraße 2,** Am Markt ::

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet!

Möbel

Polstermöbel, ganze Ausstattungen Brautleute, günstiger Einkauf in moderner einfacher guter Ausführung. Empfehle Kommoden, Spiegel usw. zu billigsten Preisen

H. Müller, Möbelhalle, Pirna

Suppen

für die sonst **Butter** genommen wird, bereitet man ebenso schmackhaft, aber viel billiger mit

Siegerin

oder

Mohra

Margarine, den beiden besten Butter-Ersatzmitteln in höchster Vollendung! Feinstes Butter-Aroma und delikat im Geschmack!

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA-BAHRENFELD.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für

Monats-Garderoben

Prager Str. 26, mit wirklich gutsitzender, moderner Kleidung zu versehen.

Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavalieren nur wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete

in Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maass-Anzüge	**10 M.**	**14 M.**	**20 M.** usw.
Maass-Paletots	**8 M.**	**12 M.**	**18 M.** usw.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus f. Monats-Garderoben

Dresden, 26 Prager Straße 26.

Abteilung II:

Elegante neue Garderoben.

Streng reelles Geschäft.

Jahrmarkts-Sonntag geöffnet.

Möbel-Ausverkauf

wegen Umbau bis 1. April. **Ganze Einrichtungen** sowie **einzelne Möbelstücke** zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. Für **Brautleute günstigste Gelegenheit.**

Robert Wolf, Pillnitzer Strasse 19.

---

ff. Kochfleisch und diverse **Wurstwaren,** täglich frisch, empfiehlt zu billigsten Preisen **Bruno Ehrlich,** Kochschlächterei, **Ammu.**

Filialen in Döbeln und Jauckerode.

---

10. Meissner Dombau-Geld-Lotterie.

Ziehung: 16. bis 19. März.

10 033 Geld-Gew. u. 1 Prämie, zahlbar beim Rest v. Mk.

192500

Im glücklichsten Falle ist der grösste Gewinn Mark

75000

Prämie und Hauptgewinne:

Prämie **50000**
Hauptgewinne: **25000** **10000** **5000**

Lose à 3 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf.)

sind zu haben bei den Herren **Kollekteuren** der **K. S. Landes-Lotterie,** in den durch Plakate kenntlichen **Verkaufsstellen** und beim **General-Debit:**

Alexander Hessel

Dresden, Weissegasse 1.

Georg Kayser

Cotta, Sachsdorfer, Ecke Kronprinzenstr.

empfiehlt

ff. Zervelat- und Salamiwurst Sülze, Salate, Aufschnitte besonders **Rauch- u. Pökelfleisch, Schinkenfett** u. a. m.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. Bandagen.

Frauen-Artikel

Preisliste gratis. Auf Verl. 10 Pfg. Porto.

Frau Heusinger

37 Am See 37

Ecke Dippoldiswaldaer Platz.

Man achte auf die Firma.

Gute getragene

Herren- u. Damenkleider

(Konfirmanden-Anzüge)

Frack- und Gehrock-Anzüge verkauft und verleiht billigst

E. Näther, Frauenstr. 10

früher Nr. 26 Prüfergasse 3.

Konfirmandenkleider! Reiner von Herren- und Damenstoffen billigst. Anfertigung von **Konfirmandenkleidern** von 6 M. an. **Frau Held,** Schneiderin, Löbnitzerstr. 56f, gegenüber d. Elektr.-Werk.

Fahrräd

neu **48, 55, 65, 75, 85, 125** bis **165** M.

Damenräder 60—

Gebrauchte Räder 15, 25—75 M.

Stirl, Wettiner, Ziegelstr.

Verlangen Sie sofort

Frauen-T

Paket 75 Pf.

Preislisten gratis!

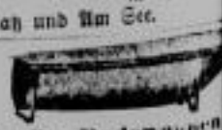
R. Freislebe

Postplatz.

K. Dittrichs Kinder

Sport-, Ziegenwag die bequ. beq. billig

Quelle, Lilienmühle in der Nähe plan und Am See.



Große Badewanne

Oswin Richter, Grünhainichen

Bildereinrahmung viel billiger wie in **O. Erfurth,** Josephinenstr.